

NEUE ZEIT

JUNI 1985

23

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

SOWJETUNION: HERZLICHER EMPFANG FÜR GANDHI



14159 23
ZOLLVERW-BI
151 394 347
PLES



Dr. Maria Nesterowa im Labor

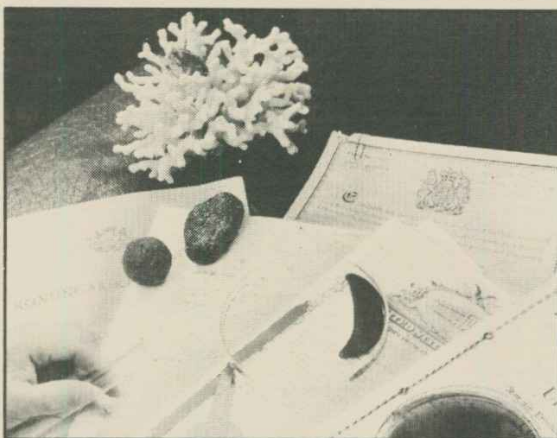
SOWJETUNION IM BILD

Die Verschmutzung des Weltmeers ist gegenwärtig ein sehr akutes Problem. Alljährlich werden Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukte in die Meere und Ozeane geleitet. Die Folgen sind dramatisch: Die Tier- und Pflanzenwelt der Seen geht zugrunde, der Fischfang erleidet schweren Schaden, die Küstengebiete werden verschandelt.

Der Schutz des Weltmeers vor Verschmutzung ist das Hauptthema eines Wissenschaftlerkollektivs unter Dr. Maria Nesterowa, Leiterin des Analytischen Labors im Institut für Ozeanologie „Pjotr Schirchow“ der AdW der UdSSR. Maria Nesterowa besitzt 24 Erfindungen und hat 160 wissenschaftliche Arbeiten geschrieben. Das unter ihrer Leitung entwickelte Präparat ML ist für die Reinigung von Tankern, Kähnen, Eisenbahnkesselwagen, Behältern u. a. bestimmt.

Viele Entwicklungen des Labors sind schon übergeleitet worden und bringen der Volkswirtschaft große Einsparungen. Ihre Anwendung in der Agrarproduktion (Waschen von Transport- und Landmaschinen) ergibt einen Nutzeffekt von 4,5 Mio Rubel im Jahr.

Die Anwendung von ML schließt schwere und schädliche manuelle Arbeit aus. Ausländische Forschungszentren haben



**Ausländische Patente
für die Reinigung
des Seewassers
von Erdöl**

z. B. zu ML-72 das Gutachten abgegeben: viel besser als die anderen bisher bekannten Mittel, nicht toxisch, nicht explosiv und brennt nicht. Außerdem wird ein und dieselbe Lösung 15- bis 20mal verwendet.

Sehr gern arbeitet Dr. Nesterowa mit jungen Wissenschaftlern zusammen, sind sie doch die Zukunft des Labors, das sie schon 30 Jahre leitet.

**Ampullen mit
Wasserproben für
wissenschaftliche
Forschungen**



Fotos: I. Sotin

GEMEINSAM UND ZIELSTREBIG

In Asien, einer Wiege der menschlichen Zivilisation und dem größten Weltteil, leben etwa zwei Drittel der Erdbevölkerung. Wie alle Bürger unseres Planeten brauchen auch die Völker Asiens festen Frieden, gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit.

Aber Frieden und Sicherheit auf dem asiatischen Kontinent zu gewährleisten, ist heute wohl nicht weniger schwer als etwa in Europa, ja in einigen Regionen sogar noch schwerer. Als die Kolonialherren gingen, hatten sie zahlreiche Konfliktsituationen wie Spätzünder hinterlassen. Bisweilen kommen die uralten ethnischen und religiösen Vorurteile an die Oberfläche. All das stimmt. Doch bei genauerer Betrachtung sieht man, daß fast allen Konflikten in Asien Versuche der imperialistischen Großmächte zugrunde liegen, sich in die inneren Angelegenheiten der jungen Nationalstaaten einzumischen und ihnen zu diktieren. In gewissen westlichen Hauptstädten, vor allem in Washington, neigt man dazu, diese Länder nur als Objekte der Neokolonisierung zu betrachten, und erklärt sie in der Großmachtherrlichkeit zu "Sphären seiner vitalen Interessen". Die USA bekräftigen solche Ansprüche durch die Strategie der Einschüchterung: Sie erweitern ihre Militärstützpunkte und halten die interventionistische Eingreiftruppe sprungbereit. Auch sind sie bemüht, möglichst viele Staaten vor ihren Streitwagen zu spannen; freigebig bewaffnen und versorgen sie die konterrevolutionären Söldner. Vor allem in einer solchen Politik wurzeln die Ursachen vieler tragischer Konflikte.

Auch asiatische und pazifische Länder, sehen diese Gefahr. Man denke z. B. an Neuseeland, das den US-Schiffen mit Kernwaffen an Bord das Anlaufen seiner Häfen verboten hat.

Die UdSSR setzt sich stets konsequent und aktiv für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Asien, für eine gleichberechtigte, gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten dieser riesigen Region ein. Aus dem aufrichtigen Streben Moskaus, zur Beseitigung aller Spannungsherde und zur friedlichen Bereinigung aller gefährlichen

Situationen in Asien, Afrika und Lateinamerika beizutragen, ergibt sich der Vorschlag, den Michail Gorbatschow auf einem Empfang in Moskau zu Ehren des indischen Premierministers Rajiv Gandhi machte: Jedes ständige Mitglied des UNO-Sicherheitsrates soll die Verpflichtung übernehmen, in den Beziehungen zu den Ländern dieser Kontinente strikt die Prinzipien der Nichteinmischung, der Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung zu befolgen und sie in keine Militärblöcke einzubeziehen. Die UdSSR ist bereit, eine solche Verpflichtung zu übernehmen.

Durch die neue sowjetische Initiative werden viele konstruktive Vorschläge der letzten Jahre über verschiedene Aspekte der Sicherheit auf dem asiatischen Kontinent fortgesetzt und weiterentwickelt: der Vorschlag der UdSSR, über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im Fernen Osten zu verhandeln; der sowjetische Friedensplan für den Golfraum; der Appell an alle Staaten, deren Schiffe den Indischen Ozean befahren, sich noch vor Einberufung einer internationalen Konferenz über eine Friedenszone aller Schritte zu enthalten, die die Situation in diesem Raum noch mehr komplizieren könnten. Die Mongolische Volksrepublik schlug allen asiatischen und pazifischen Staaten einen Nichtangriffspakt vor, der auch die gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt vorsieht. Bekannt sind die Initiativen der Indochina-Staaten zur Normalisierung der Lage in Südostasien.

Kurz, auf dem diplomatischen Tisch in Asien liegen viele Projekte und Vorschläge. Nicht zu unterschätzen ist auch, daß die beiden Nuklearmächte des Kontinents — die UdSSR und China — sich verpflichtet haben, auf einen nuklearen Erstschlag zu verzichten.

Es erhebt sich nun die Frage — und sie wurde vom Generalsekretär des ZK der KPdSU bei seinem Treffen mit dem indischen Premierminister formuliert —, ob es angesichts all dieser Initiativen wie auch gewissermaßen der Erfahrungen Europas nicht an der Zeit ist, über ein allgemeines komplexes Herangehen an das Problem der Sicherheit in Asien und eine Vereinigung der Anstrengungen seiner Staaten in dieser Richtung nachzudenken. Gewiß, der Weg dazu ist schwierig. Doch war auch der Weg zu Helsinki nicht eben und glatt. Möglich sind offenbar verschiedene Methoden: bilaterale Verhandlungen, multilaterale Konsultationen, bis hin zu einem künftigen gesamtasiatischen Forum, auf dem gemeinsam nach konstruktiven Lösungen gesucht werden könnte.

Es liegt auf der Hand: Wie nie zuvor kommt es auf die Solidarität und Aktionseinheit der asiatischen Völker an, darauf, daß sie sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt werden. Wenn sie gemeinsam und zielstrebig handeln, können sie erreichen, daß auf ihrem großen Kontinent die Sache des Friedens und Fortschritts triumphiert.

Es ist beschämend, daß es noch Landsleute gibt, welche die Niederlage der Nazidiktatur als ihre eigene empfinden. Herr Roth (Diskussion mit dem Leser, NZ 14/85) sieht in der Zerschlagung des Nazi-Regimes, des grausamsten aller Terrorregimes, welche es wohl je gegeben hat, keinen Grund zum Feiern. Mit anderen Worten, für ihn wäre der 8. Mai ein Feiertag, hätte der Hitlerfaschismus gesiegt.

Leider wurde Deutschland gespalten, aber nicht als Folge des 2. Weltkrieges, sondern vielmehr als Folge der Abkehr der Westalliierten von den Prinzipien der Antihitlerkoalition, welche den Sieg über den Hitlerfaschismus besiegelten und logischerweise am Ende des Krieges zum Potsdamer Abkommen führten.

Es ist festzustellen, daß die, die Deutschland gespalten haben, heute diese Tatsache am meisten bejammern und versuchen, der Sowjetunion die Schuld dafür zuzuschreiben, identisch sind mit den Leuten, welche den 8. Mai als Trauertag sehen.

Wären die Westmächte, und später die Bundesrepublik selbst, auf die Vorschläge und das Drängen der Sowjetunion eingegangen, welche von Jalta und Potsdam ausgingen, so könnten wir heute in einem geeinten, demokratischen, antimilitaristischen, antifaschistischen, neutralen Deutschland leben. Leider hatten die Westmächte etwas anderes vor. Sie wollten einen Teil Deutschlands, nämlich die Bundesrepublik, in ihre neue Politik des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten einspannen. Das führte folgerichtig zur Gründung der NATO und zum Beitritt der BRD. Damit war die Spaltung Deutschlands zementiert. Herr Roth wird sicherlich die Politik der Bundesregierung begrüßen, welche die USA bei ihrem Streben nach militärischer Überlegenheit über die sozialistischen Länder unterstützt.

Es ist ein Glück für die Menschheit, daß es die Länder der sozialistischen Gemeinschaft gibt — als Bollwerk des Kampfes für den Frieden, gegen den Krieg.

Siegfried KASSEBAUM
Kirchlengern, BRD

Die amerikanische Seite unterschätzt offenbar die jetzt in Genf laufenden Verhandlungen über die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und dessen Beendigung auf der Erde. Benutzt sie ja im Grunde diese Verhandlungen als propagandistischen Deckmantel ihrer eigenen Hochrüstung. Man sollte die amerikanische Delegation an die Möglichkeiten erinnern, die der Dialog der beiden Großmächte eröffnet. Verspricht er ja Aussichten auf eine allgemeine Abrüstung.

Emanuel NOVOTNY
Přibram, CSSR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 23 JUNI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW
Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Gemeinsam und zielstrebig (Wort des Redakteurs)	1
W. Sagladin — Kurs des Friedens und Fortschritts	5
L. Shegalow, A. Uswatow — UdSSR—Indien. Rosen und Lotos	8
V. Gussenkow — Frankreich. Zwischenlösung in Paris gefunden	10
D. Sgerski — Sinnloses Blutvergießen (Kommentar)	11
A. Baryschew — Vasallen-Duell	12
A. Archipow — USA. Terrorereinsatz in der Osage Avenue	12
N. Alexejew — „Bester Freund“ (Kommentar)	13
R. Pantelejmonow — ILO. Angriff als beste Verteidigung!	14
V. Chromow — Schnickschnack (Kommentar)	15
Notizen • Glossen	16
Heng Samrin — Kampuchea: Kampf und Aufbau (Interview)	18
W. Tichomirow — Halbinsel Korea. Wiedervereinigung: zwei Standpunkte	20
A. Kartunowa — China. Internationale Solidarität	22
L. Makarewitsch — So war es in Jalta (Das politische Buch)	24
W. Pawlow — Schweden. Selbst die Polizei streikt	24
A. Tolpegin — BRD. Nicht besser und nicht schlechter	26
Biographisches: Abdel Rahman Seward Ed-Daheb	27
L. Jelin — Sklaverei	28
W. Gurewitsch — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Rajiv Gandhis Besuch in der UdSSR, der erste offizielle Besuch des indischen Premierministers, hat die freundschaftlichen sowjetisch-indischen Beziehungen noch mehr gefestigt. Überall wurde ihm ein herzlicher Empfang bereitet. T A S S — Foto: Rajiv Gandhi in der kirgisischen Hauptstadt Frunse

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Am 27. Mai empfing Michail Gorbatschow im Kreml Willy Brandt, den Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationale. Es wurden ausführlich viele Fragen der gegenwärtigen Lage in der Welt und in Europa erörtert. Michail Gorbatschow und Willy Brandt waren sich völlig darin einig, daß der Weltraum immer ein Bereich der friedlichen Zusammenarbeit bleiben muß. Beide Seiten sprachen sich für die weitere Entwicklung der normalen, gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik aus. Unser Bild: Während des Treffens

Foto: A. Steschanow

Am 25. Mai berichtete die sowjetische Presse über eine Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU: Die Ergebnisse einer Beratung der ZK-Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder für Wirtschaftsfragen wurden erörtert; das Politbüro betonte die große Bedeutung dieser neuen Form des Zusammenwirkens der Bruderparteien für die Festigung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft und die Intensivierung der kollektiven Anstrengungen zwecks Erweiterung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches in der Leitung der Wirtschaft durch die Partei. Das Politbüro erörterte und billigte die Ergebnisse der Verhandlungen Michail Gorbatschows und anderer sowjetischer Spitzenpolitiker mit Rajiv Gandhi, der der UdSSR einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstattete. Es wurde hervorgehoben, daß während dieser Verhandlungen, die in einer Atmosphäre von Freundschaft, gegenseitiger Achtung und Vertrauen verliefen, die beiderseitige Genugtuung über die erfolgreiche Entwicklung, die Stabilität und den Umfang der sowjetisch-indischen Beziehungen sowie über die Ähnlichkeit der Standpunkte zu den großen weltpolitischen Problemen zum Ausdruck kam. Entgegengenommen wurden Andrej Gromykos Mitteilung über

seine Gespräche mit österreichischen Staatsmännern und den Außenministern einiger Länder während seines Besuchs in Wien anlässlich des 30. Jahrestags des Staatsvertrages über die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Österreichs und Michail Solomenzews Information über die Teilnahme einer sowjetischen Delegation an den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba.

Am 21. Mai fanden im Kreml Verhandlungen Michail Gorbatschows mit Rajiv Gandhi statt. Am 22. Mai empfing Michail Gorbatschow seinen Gast zu einem Gespräch. Am selben Tag wurden zwei Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien unterzeichnet. Rajiv Gandhi besuchte ferner Minsk und Frunse, worauf er am 26. Mai die UdSSR verließ (S. 8).

Am 21. Mai empfing Michail Gorbatschow die ZK-Sekretäre der Bruderparteien der RGW-Länder für Wirtschaftsfragen. Er schätzte die Arbeit der Beratung hoch ein, verwies auf ihre Bedeutsamkeit und informierte über die Wege des sozialökonomischen Fortschritts der UdSSR.

Am 27. Mai empfing Andrej Gromyko im

Kreml eine Delegation eines Ausschusses der Arabischen Liga. Der Delegation gehörten an: Chedli Klibi, Generalsekretär der Liga, die stellvertretenden Premierminister und Außenminister Tareq Aziz (Irak) und Abdel Kerim Aryani (Jemenitische Arabische Republik), der Außenminister Jordaniens Tahir Masri, die Botschafter Abdel Jarrah (Kuweit), A. Kab-baj (Marokko) und Mohamed Gherab (Tunesien). Erörtert wurden Fragen der Einstellung des iranisch-irakischen Krieges sowie einer allumfassenden Nahostregelung. Am selben Tag hatte Andrej Gromyko ein Gespräch mit Tahir Masri, der eine Botschaft König Husseins von Jordanien für Michail Gorbatschow überbrachte.

Am 24. Mai hatte Nikolai Ryshkow ein Treffen mit Zbigniew Messner, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der VR Polen.

Am 27. Mai traf Vitali Worotnikow zu einem Freundschaftsbesuch in Kanada ein. Am selben Tag hatte er ein Gespräch mit Außenminister Charles Joseph Clark. Bei einem Treffen mit Ministerpräsident Brian Mulroney überbrachte Vitali Worotnikow ihm eine persönliche Botschaft Michail Gorbatschows.

Im ZK der KPdSU hatten Boris Ponomarew und stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Karen Brutenz am 20. Mai ein Treffen mit einer Delegation der Palästinensischen KP unter Naim Ashab, Mitglied des Politbüros des ZK der PKP. Im Gespräch wurde die stete Solidarität der UdSSR mit dem palästinensischen Volk im mutigen Kampf für seine legitimen natio-

nen Rechte, für die Schaffung eines unabhängigen Staates bestätigt.

Vom 22. bis zum 24. Mai weilte Matyas Czürös, Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, mit einer Gruppe verantwortlicher Funktionäre des ZK in Moskau. Die ungarischen Genossen wurden von Boris Ponomarew und Konstantin Russakow, Sekretär des ZK der KPdSU, empfangen.

Am 21. Mai traf in Moskau eine Delegation der Großen Nationalversammlung der Türkei unter dem Vorsitzenden N. Karaduman zu einem offiziellen Besuch ein. Die Delegation suchte den Obersten Sowjet der UdSSR auf, unternahm eine Reise durch das Land und wurde von Wassili Kusnezow empfangen.

Durch einen Erlass vom 24. Mai ratifizierte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR das in Warschau am 26. April 1985 unterzeichnete Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955.

Am 21. Mai beendete in Moskau die VIII. Tagung der sowjetisch-amerikanischen Regierungskommission für Handelsfragen ihre Arbeit. Auf einer Pressekonferenz noch am selben Tag betonte US-Außenhandelsminister M. Baldrige, daß bei seinen Begegnungen in Moskau praktisch vereinbart wurde, einige der bestehenden Hindernisse für die Erweiterung des Handels zwischen der UdSSR und den USA zu beseitigen.

Am 27. Mai wurde in Moskau die XIV. Internationale Konferenz "Frieden auf den Meeren" eröffnet. Die Organisatoren der Konferenz waren die Sowjetische Assoziation für Seerecht und das Internationale Institut des Weltmeeres; ihnen stand das "Programm des Umweltschutzes" bei. Der Ministerrat der UdSSR richtete eine Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer und wünschte ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Am 28. Mai traf Bettino Craxi, Vorsitzender des Ministerrates der Italienischen Republik, zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR ein.

Vom 20. bis zum 23. Mai hielt der Militärattache der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten in Budapest eine Sitzung ab. Ausgehend von der gegenwärtigen Weltlage, erörterte der Rat Fragen der praktischen Tätigkeit des Vereinten Kommandos bei der weiteren Vervollkommen der Kampfkraft der Vereinten Streitkräfte.

Wichtige Initiative

Auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sind die sozialistischen Länder mit einer neuen wichtigen Initiative zur militärischen Entspannung auf dem europäischen Kontinent hervorgetreten.

Das von der Delegation der CSSR eingebrachte Arbeitsdokument enthält detaillierte Vorschläge, betreffend die vorherige Benachrichtigung über große Übungen der Landstreitkräfte in Europa sowie im angrenzenden See- (Ozean-) bzw. Luftraum, wenn daran 20 000 und mehr Mann teilnehmen. Das von der Delegation der DDR eingebrachte Dokument betrifft die vorherige Benachrichtigung über große Übungen der Luftstreitkräfte, bei denen sich in einem bekanntgegebenen Übungsraum auf dem Territorium eines europäischen Staates sowie im angrenzenden See- (Ozean-) bzw. Luftraum über 200 Kampfflugzeuge zugleich in der Luft befinden. Die Delegation der UdSSR brachte ein Arbeitsdokument ein, worin vorgeschlagen wird, über Übungen der Kriegsschiffe in dem an Europa angrenzenden See- (Ozean-)raum zu benachrichtigen, wenn daran über 30 Kampfschiffe und 100 Kampfflugzeuge teilnehmen. Die Benachrichtigung soll 30 Tage vorher erfolgen.

In seiner Ansprache wies der sowjetische Delegationschef Oleg Grinewski darauf hin, daß die vorgeschlagenen Benachrichtigungen das Vertrauen fördern würden.

Geld für "lautlose Killer"

Washington forciert die Vorbereitungen auf "Sternenkriege", vergißt aber darüber auch seine "irdischen" Sorgen der gleichen Sorte nicht. Dieser Tage gestand der US-Kongreß der Reagan-Administration im Rahmen des Militäretats für das Finanzjahr 1986 beinahe 163 Mio Dollar für die Entwicklung einer neuen Generation von "lautlosen Killern" — binären Kampfstoffen — zu. Aus dem Geld sollen im chemischen Komplex der US Army in Pine-Bluff (Arkansas) Kapazitäten zur Produktion von nervenschädigenden Kampfstoffen gebaut werden. Hier wird demnächst ein weiterer Betrieb die Produktion auf-

nehmen, der Artilleriegeschosse Kaliber 155 mm und die Big-Eye-Bomben mit Binärladung erzeugen soll.

Die Abstimmung im Senat war Ergebnis einer intensiven Bearbeitung der Gesetzgeber durch das Pentagon und die Militaristen-Lobby; sie wollen, daß das Moratorium für die C-Waffen-Produktion von 1969 aufgehoben wird. Dazu wurde auf persönliche Weisung des Präsidenten eine spezielle Kommission eingesetzt. Vor kurzem legte sie einen Bericht vor, worin sie sich für eine aktive Erhöhung des chemischen Potentials ausspricht. Das vom Weißen Haus konzipierte Programm in diesem Bereich wird 10 Md. Dollar kosten.

Ja zur Solidarität

Der Tag der Freiheit Afrikas wurde in der UdSSR umfassend begangen. Am 24. Mai veranstaltete das sowjetische Außenministerium einen Empfang für die Chefs der diplomatischen Vertretungen der afrikanischen Staaten. Am selben Tag fand in Moskau eine Versammlung der Öffentlichkeit zum Tag der Freiheit Afrikas und anläßlich der Woche der Solidarität mit dem Kampf der Völker im Süden Afrikas statt. Baiken Aschimow, stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, lieferte in seinem Referat eine Übersicht der Lage in Afrika und betonte, daß die Völker der UdSSR treu zu den jungen freien afrikanischen Ländern halten. Der madagassische Botschafter Frederic Randriamamonjy dankte den Sowjetbürgern für die Unterstützung, die sie den Völkern Afrikas erweisen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR gratulierten herzlich allen Staats- und Regierungschefs und allen Völkern der afrikanischen Länder. In der betreffenden Botschaft heißt es: "Unser Land unterstützt entschlossen den nationalen Befreiungskampf, den das Volk Namibias unter Leitung der SWAPO, seiner einzigen und wahren Vertreterin, führt, und setzt sich fest für die sofortige Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia ein. Wir waren und bleiben unversöhnliche Gegner des RSA-Rassismus. Unsere Solidarität gehört den patriotischen Kräften Südafrikas, an deren Spitze der ANC steht." In der Botschaft werden allen Staaten und Völkern Afrikas weitere Erfolge in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus gewünscht.

KURS DES FRIEDENS UND FORTSCHRITTS

Wadim SAGLADIN

Unser Land geht dem XXVII. Parteitag der Partei Lenins entgegen.

So ist es denn nur natürlich, wenn die sowjetischen Menschen überall in Worten oder Gedanken ein Fazit aus dem Geleisteten ziehen und an die Zukunft denken. Was ist seit dem XXVI. Parteitag getan worden und wie? Was haben wir nicht ganz geschafft? Worum müssen wir uns im weiteren bemühen?

Sie denken auch über die Innen- und die Außenpolitik nach, ohne sie voneinander zu trennen. Das ist nicht weiter verwunderlich. Die Innen- und die Außenpolitik eines jeden Landes sind naturgemäß miteinander verbunden und können unmöglich getrennt werden. Die Innenpolitik, die Erfolge in der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes bilden die erforderliche Grundlage für unsere friedensdienliche Außenpolitik, während diese darauf konzentriert ist, die bestmöglichen, günstigsten, d. h. vor allem friedlichen Verhältnisse für die Verwirklichung des entwickelten Sozialismus und den kommunistischen Aufbau zu schaffen.

Die Schlußfolgerungen aus den jetzigen Diskussionen wird selbstverständlich der Parteitag selbst ziehen. Doch schon heute kann man mit Gewißheit sagen, daß wir Ursache haben, stolz zu sein.

Die inneren Angelegenheiten unseres Landes sind ein Thema, das speziell behandelt zu werden verdient. Sieht man sie aber unter dem Gesichtswinkel der Außenpolitik, so ist unser Land seit dem XXVI. Parteitag bedeutend erstarkt, ist es reicher und mächtiger geworden. Folglich hat sich auch das Fundament der Politik unserer Partei in Weltangelegenheiten noch mehr konsolidiert.

Als anschauliches Beispiel dafür kann schon die Tatsache dienen, daß unser Land gemeinsam mit unseren Bündnispartnern in den betreffenden Jahren die in Übersee ausgeheckten Pläne durchkreuzen konnte, das bestehende militärstrategische Gleichgewicht zu stören, das Kräfteverhältnis, wie es sich in der Welt gebildet hat, zugunsten des Imperialismus anzutasten und eine Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen. Das ist ein ansehnliches, zu Hoffnungen berechtigendes Resultat. Man kann sicher sein, daß es auch weiterhin niemandem gelingen wird, die Oberhand über den Sowjetstaat und seine Bündnispartner zu gewinnen und die Macht des Sozialismus zu erschüttern.

Unsere sozialistische Volkswirtschaft ist eine feste Basis der Streitmacht des Sozialismus. Wir werden jede Bedrohung, sei es auf der Erde, auf und unter dem Wasser oder im Kosmos, gebührend zu beantworten wissen. Es ist wohl angebracht, hier das Wort "beantworten" hervorzuheben. Der Sowjetstaat will ja nichts anderes als eine gesetzmäßige, notwendige Verteidigung seiner Sicherheit und seiner Interessen. Unserem sozialistischen Land liegt der Drang nach Herrschaft, Überlegenheit und Diktat von Natur aus fern.

Und wie schließt die Bilanz unserer Außenpolitik für die vergangene Zeitspanne ab?

Hier muß wohl vor allem daran erinnert werden, daß die Welt seit dem XXVI. Parteitag voller Spannungen und Unruhe war. Der Kampf der beiden entgegengesetzten außenpolitischen Kurse tobt unablässig seit fast 70 Jahren, seit der Großen Oktoberrevolution. In den letzten Jahren aber ist der Zweikampf zwischen der Friedens- und der Kriegspolitik besonders heftig geworden. Er bildete den politischen Hintergrund, vor dem unsere außenpolitischen Initiativen gearbeitet und in die Tat umgesetzt worden sind.

Die ausgeprägtesten Züge, die Hauptrichtungen des Zweikampfs zwischen den beiden außenpolitischen Kursen sind allgemein bekannt. Vielleicht ist es aber trotzdem angebracht hervorzuheben, daß für die Jahre seit dem XXVI. Parteitag eine Fortentwicklung alter Tendenzen wie auch einige neue Momente charakteristisch waren, in denen sich die Besonderheiten des jetzigen weltpolitischen Kampfes widerspiegeln und die für seine Vertiefung bestimmend sind.

Der Umstand, daß das Wettrüsten durch Verschulden des Imperialismus und zum tiefen Leidwesen aller Völker schon lange ein Zeichen unserer Zeit darstellt, ist eine Binsenwahrheit. Es ist aber nicht zu übersehen, daß auch das Wettrüsten letzthin ausgeprägte neue Wesenszüge angenommen hat. In erster Linie ist das sein neuer Umfang zu nennen — noch nie ist für Kriegsvorbereitungen soviel wie jetzt verausgabt worden. Die USA liegen damit ständig an der Spitze, sie bewilligen für den Bau von Vernichtungswaffen und für die Ausbildung und Stationierung der Streitkräfte Hunderte Milliarden Dollar jährlich.

Wenn es aber nur der Umfang wäre! Viel schwerer wiegt es, daß jetzt in Übersee qualitativ neue Waffen entwickelt werden, die eine neue, eine wirklich globale Gefahr für die ganze Menschheit heraufbeschwören. Wir meinen vor allem die Pläne für Sternenkriege, d. h. dafür, das Wettrüsten auf den Kosmos auszudehnen.

Neu ist es auch nicht, daß der Imperialismus, daß die NATO-Staaten schon lange darauf Kurs genommen haben, rings um die sozialistische Welt immer mehr Militärstützpunkte anzulegen und dort immer perfektere Waffen zu stationieren. Auch in dieser Hinsicht haben sich in etwas mehr als vier Jahren neue Momente ergeben. In Europa hat die Stationierung neuer nuklearer US-Raketen begonnen. Es sind zwar Mittelstreckenraketen, sie haben aber im Grunde genommen strategische Bedeutung, weil sie das strategische Erstschlagpotential der USA ergänzen. Zugleich entstehen rings um und in Japan neue Militärobjekte, wo Flugzeuge stationiert werden, die sich als Kernwaffenträger eignen; dort ankern Schiffe, auf denen sich bereits solche Waffen befinden.

Längst weiß man, daß in den NATO-Stäben andauernd an der Perfektionierung der strategischen Anlagen und Pläne gearbeitet wird. Die neuesten Pläne aber, perfektere sogenannte konventionelle Waffen (die den Massenvernichtungswaffen immer mehr angeglichen werden) zu entwickeln und zu stationieren, die Pläne, laut denen bei einem beliebigen Konflikt sofort ein Schlag ins Innere der sozialistischen Länder geführt werden soll — diese Pläne ergeben zweifelsohne ein neues Element der strategischen Situation auf unserem Kontinent. Und dieses Element ist äußerst gefährlich.

Ebenfalls weiß man längst, daß die Methode brutaler Druckausübung auf andere Länder, die Methode eines "Exports der Konterrevolution", eine gewohnte Waffe des Imperialismus ist. Die Geschichte des Imperialismus, vor allem die des US-amerikanischen, strotzt von Beispielen brutaler Aggression und schonungsloser Mißachtung der Rechte ganzer Völker. Doch auch hier sind in den letzten Jahren neue Elemente festgestellt worden. Verbrämten die USA ihre Aggressionsakte früher mit scheinheiligen Reden, so glauben sie, das jetzt nicht mehr nötig zu haben, ja dieses Vorgehen wird nicht allein gerechtfertigt, es wird auch beinahe als Muster dessen propagiert, wie man die

Demokratie verteidige, als Muster der Moral in Weltangelegenheiten. Tragische Zeichen der letzten Jahre sind die bestialische Okkupation Grenadas, der stetig anwachsende nicht erklärte Krieg gegen Afghanistan und die beispiellose allseitige Druckausübung auf das souveräne, freie Nikaragua.

Und schließlich ein sehr gewichtiges neues Moment der vergangenen Jahre: die Erhebung dieser Verbrechen, die die Menschheit einem Vernichtungskrieg immer näher bringen, in den Rang der Staatspolitik. Mit haarsträubender Unverblümtheit werden diese Akte "theoretisch begründet": Man schwingt Reden über eine Erlösermission und einen "heiligen Krieg", einen Kreuzzug gegen den Sozialismus und alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte. Die imperialistischen Kreise, vor allem die der USA, haben sich, wie der XXVI. Parteitag mit Recht konstatierte, "aber ein irreales Ziel gesetzt: den fortschrittlichen Veränderungen in der Welt einen Riegel vorzuschieben und sich erneut die Rolle von Herren über die Geschicke der Völker anzumaßen."

Warum haben sich die Dinge so entwickelt? Wie konnte es kommen, daß die Welt von der Entspannung von Mitte der 70er Jahre, die die Völker sehr hoffnungsvoll stimmte, zur Konfrontation übergegangen ist? Das fragt man sich überall. Die Kommunisten haben es als erste direkt und ehrlich beantwortet. Jetzt aber kommen immer mehr politische Kräfte zu der Meinung, die die Kommunisten in Worte gekleidet hatten und die auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU ausgesprochen wurde. Er konstatierte, daß sich die Krise des Kapitalismus vertieft hat, daß die verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Schwierigkeiten in der kapitalistischen Welt zunehmen, daß sich diese Schwierigkeiten auf die Politik, auch die Außenpolitik, des Imperialismus auswirken und zum Abenteuerismus sowie zu der Bereitschaft führen, die Lebensinteressen der Menschheit aus Eigennutz aufs Spiel zu setzen.

Die aggressivsten Kreise des Imperialismus sehen in der Konfrontation mit dem Sozialismus, in dessen "rollback" und sogar Vernichtung unverkennbar eine Methode zur Festigung der eigenen Positionen.

Das ist eine unkluge, realitätsfremde, kurzsichtige Einstellung. Man erkennt bereits deutlich, daß der Imperialismus dadurch, daß er die Welt immer weiter in die Konfrontation hineindrängt, seiner Schwierigkeiten nicht Herr wird, sondern sie nur noch steigert. Ein Versuch aber, das Zerwürfnis zwischen den beiden

Systemen mit Waffen beizulegen, würde den Imperialismus keineswegs retten, aber die ganze Menschheit zugrunde richten. Der Weg der Konfrontation, den die aggressiven Kreise des Westens gewählt haben, führt ins Nichts.

Die imperialistische Politik der Konfrontation und des Wettrüstens, das Aufheizen der Spannungen hat unserer Außenpolitik die Erfüllung ihrer Aufgaben natürlich nicht erleichtert. So ist es denn begreiflich, daß, wie der XXVI. Parteitag der KPdSU feststellte, unsere Hauptaufgabe jetzt darin besteht, den Kampf für die Bannung der Kriegsgefahr, für die Erhaltung und Vertiefung der Entspannung und für den Ausbau der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit mit den meisten Ländern der Welt beharrlich fortzusetzen.

Der Parteitag konstatierte: "Unser Kampf für die Festigung des Friedens und für die Vertiefung der internationalen Entspannung ist vor allem ein Kampf dafür, dem Sowjetvolk die notwendigen äußeren Bedingungen für die Lösung seiner schöpferischen Aufgaben zu sichern. Dadurch lösen wir auch ein Problem wahrhaft globalen Charakters. Heutzutage gibt es nämlich für kein einziges Volk ein wesentliches und wichtigeres Problem, als den Frieden zu erhalten und das vornehmlichste Recht eines jeden Menschen — das Recht auf Leben — zu gewährleisten."

In den Jahren seither hat unsere Außenpolitik mit unentwegter Energie, Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit für diese hohe Zielsetzung gekämpft.

In dieser Zeitspanne ist die Konsequenz und Kontinuität der sowjetischen Außenpolitik vielleicht besonders eindringlich zutage getreten. Zwischen dem vorigen und dem kommenden Parteitag sind drei Generalsekretäre des ZK der KPdSU — Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko — aus dem Leben geschieden. Im Westen hatte man eifrig darauf spekuliert, daß sensationelle Wendungen und Schwankungen unserer Politik eintreten würden. Vergebens! Die KPdSU hat klipp und klar gezeigt, daß unsere Politik, die bei Lenin und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ihren Anfang nahm, wirklich konsequent, kontinuierlich und stets friedensfördernd ist.

Auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom April d. J. sagte Generalsekretär Michail Gorbatschow: "Die Sowjetunion erklärt immer aufs neue, daß sie konsequent den Leninschen Kurs des Friedens und der friedlichen Koexistenz verfolgen wird, der unserer Gesellschaftsordnung, unserer Moral und Weltanschauung entspricht. Wir setzen uns für kontinuierliche, kor-

rekte und — wenn Sie so wollen — zivilisierte zwischenstaatliche Beziehungen ein, die auf echter Respektierung der Völkerrechtsnormen basieren. Eins muß jedoch absolut klar sein: Nur bei einem Verzicht des Imperialismus auf die Versuche, den historischen Streit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen mit militärischen Mitteln zu entscheiden, werden die internationalen Beziehungen in die Bahnen einer normalen Zusammenarbeit geleitet werden können."

Der XXVI. Parteitag der KPdSU hat bekanntlich ein Friedensprogramm für die 80er Jahre aufgestellt. Es umfaßte eine Reihe grundsätzlicher Vorschläge zu Schlüsselfragen der Weltpolitik. Unsere Initiativen galten vor allen Dingen der Einstellung des Wettrüstens, besonders des nuklearen. Sie sahen kardinale Maßnahmen zur Ausräumung der vorhandenen Kriegs- und Spannungsherde vor. Der Parteitag bekräftigte nachdrücklich die Bereitschaft der UdSSR zu friedlicher Koexistenz und beiderseitig vorteilhafter Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt. Das Leitmotiv der Beschlüsse unseres XXVI. Parteitages lautete: "Nicht Kriegsvorbereitung, die die Völker zur sinnlosen Vergeudung ihrer materiellen und geistigen Reichtümer verdammt, sondern die Festigung des Friedens — das ist unser Kompaß auf dem Weg ins Morgen."

Hätte der Westen zustimmend auf die Initiativen des Parteitags reagiert, so könnte es heute auf der Welt ganz anders aussehen. Sie könnte eine wirklich friedliche Welt sein. Das ist sie aber nicht. Der Westen hat sich, wie gesagt, für eine neue Konfrontation entschieden.

Als das geschah, war so mancher bestürzt, konnte sich nicht sogleich richtig orientieren und feststellen, woher die Bedrohung des Friedens ausgeht und wer die Entspannung gestört hat. Unsere Politik und die unserer Freunde von der sozialistischen Ländergemeinschaft blieb aber unbeirrt. Nach einer entschieden Abfuhr an die im Rahmen der imperialistischen Politik verübten Aggressionsakte setzte sie, ohne sich provozieren zu lassen, beharrlich, mit immer neuen Methoden den Kampf gegen die Kriegsgefahr fort.

Selbstverständlich haben wir, wie gesagt, die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Hauptsache aber ist, daß wir jeden neuen Konfrontationsschritt des Westens mit konstruktiven Initiativen zu deren Aufhebung und jeden neuen Schritt beim Wettrüsten mit konkreten Vorschlägen zum Rüstungsabbau und zur Abrüstung beantwortet haben.

In den gut vier Jahren seit dem XXVI.

Parteitag, d. h. vom 23. Februar 1981 bis zum Mai 1985, hat unser Land über achtzig Vorschläge zu Schlüsselfragen der Weltpolitik gemacht, darunter einige über die Unterlassung der Militarisierung des Kosmos und seine ausschließlich friedliche Nutzung; ferner konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Kernwaffen, darunter einen über die restlose Freisetzung Europas von Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer; Vorschläge zum Verbot der C-Waffen.

Wir haben uns bereit erklärt, zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Nordeuropa und dem Balkan beizutragen. Auch die Erklärung des Mittelmeers zu einer Zone dauerhaften Friedens und der Zusammenarbeit ist vorgeschlagen worden. Weiter haben wir konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa angeregt. Ebenso zur Beilegung der jetzigen lokalen Konflikte.

Die KPdSU, der Sowjetstaat und unser Volk haben in diesen Jahren konsequent die Interessen der vom Imperialismus unter Druck gesetzten, geschröpften und unterdrückten Völker wahrgenommen. Dabei haben wir für uns selbst keine Vorteile, weder materielle noch andere, gesucht. Wir haben es getan nach unserem revolutionären Gewissen und unseren sozialistischen Anschauungen, unter Berücksichtigung der Völkerrechtsnormen, laut denen jedes Volk die Möglichkeit haben muß, über sein Geschick, seine Regierungsform und seine soziale Einrichtung zu bestimmen. Die UdSSR ist stets für die Respektierung dieses legitimen Rechts der Völker. Darin sehen wir einen Pfeiler des festen Friedens, eine ausschlaggebende Garantie für die friedliche Koexistenz.

Darauf hat die UdSSR gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern ständig Kurs gehalten. Die allseitige Entwicklung der Beziehungen zu den Bruderländern und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit ihnen wird von unserer Partei stets als wichtigste Voraussetzung sowohl für das erfolgreiche Schaffen der neuen Gesellschaft im sozialistischen Teil der Welt als auch für die Erhöhung der internationalen Sicherheit angesehen. In den vergangenen Jahren haben die Beziehungen aller sozialistischen Länder zueinander gute Ergebnisse gezeitigt. Allmählich normalisieren sich auch die sowjetisch-chinesischen Beziehungen, was natürlich wichtig ist.

Als sehr wirksam hat sich das Verteidigungsbündnis der sozialistischen Staaten, die Organisation des Warschauer Vertrags, der unlängst auf einhelligen Beschluß verlängert worden ist, auf dem

Weltschauplatz erwiesen. Die Dokumente der Sitzungen, die der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags abgehalten hat, weisen viele wohlgedachte Friedensideen auf. Obwohl manche davon schon vor Monaten oder sogar vor einigen Jahren vorgebracht wurden, bleiben sie aktuell und klingen auch heute wie ein abgerundetes Programm für die Umkehr der menschlichen Gesellschaft zu normalen, zivilisierten, friedlichen Beziehungen.

Beim Gipfeltreffen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags vom April d. J. bekräftigten sie mit allem Nachdruck nochmals ihren festen Willen zur Abwendung einer Kriegskatastrophe. Im damaligen Kommuniqué heißt es: "In der gegenwärtigen internationalen Situation ist es mehr denn je geboten, die Anstrengungen aller Völker und Staaten, aller friedliebenden Kräfte, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, zu vereinen, um dem Abgleiten der Welt in eine nukleare Katastrophe Einhalt zu gebieten."

Die Westmächte haben die Vorschläge der sozialistischen Länder gewöhnlich abgelehnt oder (ein Muster an diplomatischer Höflichkeit!) unbeantwortet gelassen. Bedeutet das aber, daß unsere Initiativen umsonst waren? Durchaus nicht.

Die letzten Jahre brachten eine erstaunliche Erscheinung. Je mehr sich der Westen sträubte, die sozialistischen Initiativen und Vorschläge anzunehmen oder auch nur zu erwägen, desto mehr Aufmerksamkeit schenkten ihnen die Völker, die nicht in den Bannkreis der imperialistischen Allianzen einbezogenen Länder und selbst die Regierungen einiger Bündnispartner der USA.

Seit dem XXVI. Parteitag der KPdSU hat die UNO-Vollversammlung viermal getagt. Den Vorschlägen, die die UdSSR und ihre Bündnispartner — manchmal nur sie und manchmal gemeinsam mit anderen Staaten — in der UNO machten, stimmte jedes Mal eine überwiegende Mehrheit zu, so daß der Westen, vor allem die USA, in einer splendid isolation dastanden.

Daher übrigens die unablässigen Anwürfe Washingtons gegen die UNO, die Behauptungen, daß sie ineffektiv sei. Das stimmt nicht. Die UNO und ihre Organe gehen einer äußerst wichtigen und nützlichen Tätigkeit nach: Sie fassen immer neue Beschlüsse für Frieden und Abrüstung, gegen eine Militarisierung des Kosmos und für den Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit der Völker in Bereichen wie die Hilfeleistung an die jungen Nationalstaaten, den Umweltschutz und die Ausdehnung der wahrhaft freien internationalen Information.

Manche westliche Kommentatoren fragen zuweilen, wie es die Russen fertiggebracht hätten, die UNO so zu "bearbeiten", daß sie für ihre Vorschläge stimmt.

Von Bearbeiten ist keine Rede. Vielmehr trägt die sowjetische Außenpolitik, die sozialistische Außenpolitik überhaupt schon immer den ureigenen Interessen der ganzen Menschheit Rechnung. Keine unserer außenpolitischen Initiativen schmälert die Souveränität, Sicherheit und Freiheit irgendeines Landes und Volkes.

Anders gesagt, entsprechen alle unsere Initiativen nicht nur unseren eigenen Anschauungen, sondern auch den Ansichten und Vorschlägen anderer gesellschaftlicher Kräfte, anderer Länder zu Fragen des Friedens und der Sicherheit, unabhängig davon, ob diese Länder zu einem anderen sozialen System gehören.

Unsere Außenpolitik ist, wenn man es so sagen kann, eine Synthese des Friedensstrebens der ganzen Menschheit. Sie ist wirklich eine Politik des Friedens und Fortschritts, und ebendeshalb wird ihr weit und breit — nicht allein in der UNO, sondern überall auf der Welt — beige-pflichtet. Darin liegt auch ihr hohes Verdienst, das ist die Quelle ihrer Stärke und ihres Einflusses.

In allerletzter Zeit, schon in diesem Jahre, haben sich neben den um sich greifenden ungünstigen Tendenzen auch einige Momente gezeigt, die zur Hoffnung Anlaß geben. Zwischen der UdSSR und den USA haben neue Verhandlungen über kosmische und nukleare Rüstungen begonnen. Sie sind schwierig, machen bisweilen nicht viel Hoffnung, aber sie finden statt, und unsere Diplomaten werden alles tun, um sie zum Erfolg zu führen.

Bei den Stockholmer und Wiener Verhandlungen, die auch nach Ansicht vieler im Westen zum Vorwärtkommen beitragen können, sind neue Ideen und Vorschläge vorgebracht worden. Es erübrigt sich zu sagen, daß das in erster Linie die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder getan haben.

Wichtig ist, daß die Zusammenarbeit der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder mit denen, die das Kolonialjoch gebrochen haben, perfektioniert und vertieft wird. Ein gutes Beispiel dafür ist das konstruktive Zusammenwirken der UdSSR und Indiens. Die Initiativen der jungen Nationalstaaten und ihre zunehmende Aktivität sind ein aussichtsreiches Element der Weltlage.

Fruchtbare Kontakte, auch solche auf höchster Ebene, entwickeln sich zwischen der UdSSR, den meisten Ländern Westeuropas und Japan. In ihrem Verlauf wird auf beiden Seiten geäußert, daß die Konfrontation aufhören und daß man zur Entspannung zurückfinden muß.

Zwar ist in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA die Eiszeit noch nicht vorüber, aber trotzdem haben sie in den letzten Monaten wichtige bilaterale Geschäftskontakte aufgenommen, wenn diese vorläufig auch noch keine wesentlichen Resultate erbracht haben.

Neue Impulse hat die Antikriegsbewegung gewonnen, sie bemüht sich jetzt immer energischer um eine Einstellung des Wettrüstens auf der Erde sowie darum, daß eine Militarisation des Kosmos nicht zugelassen wird.

Ist der Horizont zwar noch immer bewölkt, so liegt doch kein Anlaß zum Pessimismus vor.

Eine weitere Verschlechterung der Weltlage ist keineswegs unausbleiblich. Das ist in erster Linie ein hohes Verdienst des Sozialismus und natürlich der sowjetischen Außenpolitik.

Anders als viele westliche Politiker betrachten wir die Geschehnisse realistisch. Ja, auf der Welt bestehen zwei entgegengesetzte soziale Systeme mit völlig verschiedener Philosophie und verschiedenen Anschauungen. Das muß aber nicht unbedingt zur Konfrontation führen. Weder durch eine Konfrontation noch durch einen Krieg können die Gegensätze in der Welt behoben werden. Es gibt keine tragbare Alternative und kann auch keine Alternative für die friedliche Koexistenz und für konstruktive Beziehungen der Länder zueinander geben, besonders in unserem nuklearen Zeitalter nicht. Dieser Realität trägt die sowjetische Außenpolitik in vollem Umfang Rechnung.

Ihrem XXVII. Parteitag entgegengehend, orientiert sich unsere Partei fest darauf, in den weltpolitischen Angelegenheiten eine Wende und eine Umkehr zur Entspannung herbeizuführen.

Das Wort "Umkehr" ist übrigens nicht ganz zutreffend. Es müßte Hinkehr zu einer neuen, profunderen Entspannung heißen, die dann in eine feste, beständige friedliche Koexistenz und in einen friedlichen Wettbewerb der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinüberwachsen soll.

Wir sind durchaus dazu bereit. Wir wollen es. Falls jemand vor dem friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus zurückscheut, so ist das seine Sache. Der Sozialismus ist sich seiner Lebenskraft, seiner Aussichten und Vorzüge sicher.

Gerade diese Vorzüge haben den Erfolg des bereits fast 70jährigen sozialistischen Schaffens in der UdSSR ermöglicht. Sie haben es ermöglicht, nach dem zweiten Weltkrieg den Frieden 40 Jahre lang zu bewahren, und sie werden es auch in Zukunft ermöglichen, ihn zu erhalten und zu festigen.

Davon sind wir überzeugt.

UdSSR--INDIEN

Rajiv Gandhis Besuch festigte Vertrauen und Freundschaft

ROSEN UND LOTOS

Leonid SHEGALOW und Alexander USWATOW

Vor der Landung unserer Maschine in Moskau wurde das Wetter durchgegeben: trübe, regnerisch. Die indischen Journalisten aus Rajiv Gandhis Suite zogen ihre Mäntel an. Einer von ihnen, der Korrespondent einer großen bürgerlichen Zeitschrift, witzelte:

"Ein fertiger Artikelanfang, Jungs! Nicht alles in den indisch-sowjetischen Beziehungen ist wolkenlos und ungetrübt..."

"Hör mal zu", unterbrach ihn sein Kollege aus einer soliden hauptstädtischen Zeitung, "glaubst du nicht, daß das unbeständige Wetter die Beständigkeit in den Beziehungen zwischen unseren Ländern noch betont?"

Im Großen Kremlpalast, wo am 21. und 22. Mai die Gipfelgespräche stattfanden, wurde die politische Konstante in den sowjetisch-indischen Beziehungen bestätigt: Sie beruhen nicht auf wetterwendischen Faktoren, sondern auf dem festen Fundament des Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971.

Jahrzehnte gehen dahin, Generationen (darunter in der Führung) wechseln einander ab, aber die freundschaftlichen und für beide Seiten nützlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien entwickeln sich nur aufwärts.

Der Grund ist, daß sie auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen fußen. Keiner der Partner übt einen Druck auf den anderen aus, keiner zwingt dem anderen politische Bedingungen auf. Die Übereinstimmung oder Ähnlichkeit der Standpunkte beider Länder zu den Grundproblemen der Gegenwart — und das zeigte sich während der Moskauer Gespräche erneut — untermauert ebenfalls die sowjetisch-indische Zusammenarbeit.

Aufwärts

Charakteristisch für die sowjetisch-indischen Beziehungen sind Stabilität und breite Ausmaße. Sie sind keinen Konjunkturschwankungen unterworfen, werden von keinen Spekulationen, von keinen gehässigen Erfindungen, an denen es gegenwärtig in der westlichen Propaganda nicht mangelt, beeinflusst. Die beste Antwort auf Versuche, einen Keil zwischen Indien und die UdSSR zu treiben, sind die klaren Worte der führenden Politiker beider Länder.

Rajiv Gandhi: "Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR sind ein fester Bestandteil unserer Außenpolitik. Unser Volk sieht im Sowjetvolk seinen Freund, der in einer für uns schwierigen Zeit stets in der Nähe war."

Michail Gorbatschow: "Die sowjetische Führung will weiterhin aktiv zur Weiterentwicklung und Vertiefung der sowjetisch-indischen Freundschaft beitragen. Das friedliebende, unabhängige Indien wird bei der UdSSR immer Verständnis und Unterstützung finden."

Unsere Einstellung zu Indien spiegelt die grundsätzliche und stetige Unterstützung wider, die die UdSSR den Völkern in ihrem Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung, für die Festigung der Unabhängigkeit und die soziale Erneuerung erweist.

Ein beeindruckendes Ergebnis der sowjetisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen sind über 70 gemeinsam erbaute und schon funktionierende Betriebe, die es Indien ermöglicht haben, seine nationale Schwerindustrie zu begründen.

Moskau und Delhi blicken weit voraus. Eines der in diesen Tagen unterzeichneten Abkommen legt die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik für den Zeitraum bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts fest. Ein zweites Abkommen betrifft die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beim baldigen Bau mehrerer Objekte des Brennstoff- und Energiekomplexes in Indien. Zu solchen Objekten gehören u. a. das Wärmekraftwerk im Unionsstaat Bihar mit einer Leistung von 840 MW, Kohletagebau und -gruben in Uttar-Pradesch und Bihar sowie die Erdölprospektierung. Vorgesehen ist die Modernisierung der mit sowjetischer Hilfe errichteten Maschinenfabriken. Damit Indien die zur Realisierung der vereinbarten Vorhaben notwendigen sowjetischen Waren und Dienstleistungen bezahlen kann, gewährt die UdSSR ihm einen hohen Kredit in Rubel. Die Zeitung "Indian Express" schreibt von diesen Abkommen, daß sie "Indien die günstigsten Bedingungen bieten, die unser Land je erlebt hat".

Die Bandbreite der sowjetisch-indischen Beziehungen in Wirtschaft und Technik reicht heute von den Tiefen der Erde bis zum Kosmos.

Doch darf das Erreichte nicht die

Möglichkeiten eines weiteren Vorankommens vergessen lassen. Der indische Premierminister schätzte den gewichtigen Beitrag der UdSSR zur Festigung des Wirtschaftspotentials Indiens und zur Beschleunigung seines wissenschaftlich-technischen Fortschritts hoch ein und sagte: "Wir möchten, daß sich diese Zusammenarbeit rasch erweitert."

Als ein westlicher Korrespondent Rajiv Gandhi auf der Pressekonferenz fragte, ob Indien bereit sei, im Austausch gegen US-Technologien Washington außenpoli-

der Ziele gerichtet, die denen in der Deklaration von Delhi ähnlich sind.

Damit ist die Aufzählung der sich in gleichen Bahnen bewegenden friedensdienlichen Initiativen der UdSSR und Indiens bei weitem nicht erschöpft. Delhi fordert z. B. zu Verhandlungen auf, bei denen eine Konvention über das Verbot des Kernwaffeneinsatzes ausgearbeitet und von allen Nuklearmächten unterzeichnet werden soll. Das hat bei der sowjetischen Seite Unterstützung gefunden. Indien seinerseits hat die Erklärung

im Kampf für den Frieden, die Verhütung einer nuklearen Katastrophe, die Abrüstung und internationale Entspannung.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben im Kampf für wahrhaft gleichberechtigte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industrie- und den Entwicklungsstaaten. Die UdSSR unterstützt diesen Kampf voll und ganz. Sie wird auch weiter für eine Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage eintreten. Das Beispiel der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit bestätigt, daß dieses Ziel grundsätzlich erreichbar ist.

Gegenseitiges Anziehen

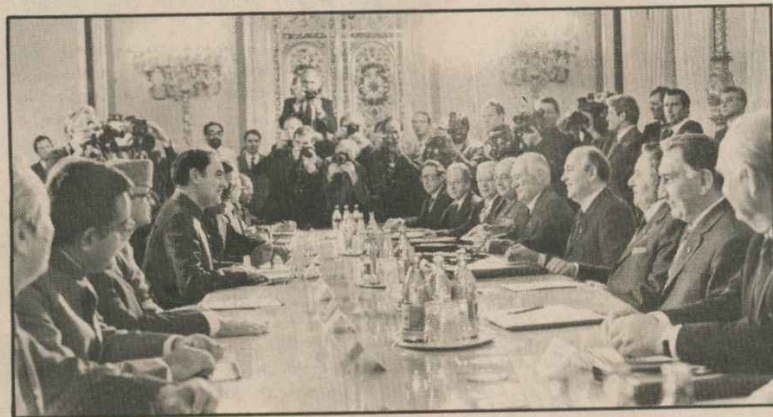
Die Journalisten aus der Umgebung des Premierministers betonten in ihren Reportagen immer wieder, mit welcher Wärme, Herzlichkeit und Gastfreundschaft Rajiv Gandhi und seine Begleitung in Moskau, Belorußland und Kirgisien aufgenommen wurden.

Eine Zeremonie aber war wohl besonders kennzeichnend, ja symbolisch: In Moskau wurde während des Besuchs ein Platz nach Indira Gandhi benannt. Ein paar Viertel weiter den Lomonossow-Prospekt entlang trägt ein anderer Platz schon seit ein paar Jahren den Namen Jawaharlal Nehrus.

Selbstverständlich basiert die vielfältige fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR auf durchaus rationalen Dingen: auf gegenseitigem Nutzen und ähnlichen internationalen Ansichten, auf dem gemeinsamen Interesse an friedlichen äußeren Bedingungen für den Aufbau in beiden Ländern. Diese Zusammenarbeit wäre jedoch nicht so inhaltsvoll und stabil gewesen, käme nicht ein weiterer Faktor hinzu, der auf den ersten Blick so gar eher emotional scheint: die gegenseitige Anziehung der beiden großen Völker, die in der Gemeinsamkeit ihrer historischen Geschichte wurzelt, wie unterschiedlich sie rein äußerlich auch sein mögen.

In seiner Fernsehansprache an das Sowjetvolk sagte Rajiv Gandhi: "Wir wissen, wie viele Leiden Ihr Volk während der Kriege nach Ihrer Revolution ertragen mußte. Wir wissen, welche Opfer das Los jeder sowjetischen Familie waren. Der Qual und Pein entstieg die Rose Ihrer Friedensliebe, wie den Leiden, die wir unter dem Kolonialismus ertrugen, der Lotos unserer Hoffnung und Entschlossenheit entwachsen ist." Der indische Regierungschef forderte dazu auf, diese symbolischen Blumen zu pflegen. Bei den Sowjetbürgern, die eine aufrichtige Sympathie für das große Nachbarland empfinden, findet das starke Echo.

Rajiv Gandhis UdSSR-Besuch bildet einen wichtigen Schritt zur weiteren Festigung und Entwicklung der vielfältigen Beziehungen zwischen beiden Großmächten.



Während der Verhandlungen

Foto: S. Smirnow,
A. Steschanow

tisch zu unterstützen, antwortete der Premierminister, der bald einen Besuch in den USA abstatten wird: "Wir tauschen unsere Prinzipien gegen nichts."

Verbündete im Friedenskampf

In Moskau haben sich die führenden Politiker einer sozialistischen Großmacht und eines der größten asiatischen Staaten, des gegenwärtigen Vorsitzenden der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, getroffen. Es ist deshalb begreiflich, daß sie einen weiten internationalen Fragenkreis erörterten. Wie es in der gemeinsamen Erklärung heißt, bestätigten die Seiten dabei erneut, daß ihre Standpunkte zu den Hauptfragen der Gegenwart entweder übereinstimmen oder sich nahekomen.

Hinter dieser Feststellung steht eine ganze Reihe paralleler oder einander ergänzender außenpolitischer Initiativen unserer beiden Länder. Wie Rajiv Gandhi bemerkte, ist die UdSSR die erste und vorläufig einzige Nuklearmacht, die die im Januar d. J. in Delhi angenommene Deklaration der Staats- und Regierungschefs von sechs Ländern, ein Dokument, das zu einer totalen Einstellung der Erprobung, Produktion und Stationierung von Kernwaffen und ihren Beförderungsmitteln aufruft, unterstützt hat. Zugleich sind, wie es in der gemeinsamen Erklärung heißt, die von der UdSSR unterbreiteten Vorschläge über die Verhütung einer Militarisierung des Weltraums, die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die endgültige Liquidierung der Kernwaffen auf die Erreichung

der UdSSR über den Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz begrüßt. Solche Beispiele ließen sich fortsetzen.

Die UdSSR und Indien, die sich beharrlich im großen wie im kleinen für den Frieden einsetzen, äußerten ihre Besorgnis über die wachsenden internationalen Spannungen, die u. a. auf die zunehmende Gefahr zurückzuführen sind, daß das nukleare Wettrüsten auf den Weltraum ausgedehnt wird. Einer solchen unerwünschten Entwicklung setzen sie die friedliche, für alle nützliche Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme entgegen, eine Zusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung beruht. Gerade die sowjetisch-indischen Beziehungen demonstrieren eine solche Zusammenarbeit in der Praxis. Deshalb sind Moskau und Delhi dagegen, daß die souveränen Rechte von Staaten und Völkern auf eine unabhängige friedliche Entwicklung geschmälert werden, deswegen wenden sie sich gegen jede Äußerung von Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Herrschaft und Hegemonie.

Da Rajiv Gandhi auch der Vorsitzende der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ist, widmete die sowjetische Führung dem Wirken dieser einflußreichen politischen Strömung der Gegenwart die gebührende Aufmerksamkeit. Mit Genugtuung verwiesen die UdSSR und Indien auf die gewachsene positive Rolle der Bewegung

Meinungsverschiedenheiten über Sternenkriegspläne bei USA-Verbündeten

ZWISCHENLÖSUNG IN PARIS GEFUNDEN

Die Ergebnisse des Bonner Treffens der "großen Sieben" nährten in Paris den Boden für Kommentare über die Zuspitzung der französisch-amerikanischen Widersprüche. Regierungskreisen nahestehende Informationsmedien sparten nicht mit Lob für Präsident Mitterrand, der sich in Bonn dem unverfrorenen Druck des Chefs des Weißen Hauses konsequent entgegenstellte. Die propagandistische Kampagne, an der sich auch offizielle Persönlichkeiten aktiv beteiligten, soll die Unabhängigkeit der Außenpolitik Frankreichs demonstrieren. Auch gewisse innenpolitische Überlegungen sind mit im Spiel, denn im nächsten Jahr finden Parlamentswahlen statt, und die Probleme der Außenpolitik werden mit Sicherheit ein Schwerpunkt des harten Wahlkampfes sein.

Der Dialog Paris--Washington entwickelt sich auf verschiedenen Ebenen. Frankreich bestreitet nicht die führende Rolle der USA und unterstützt die Ausarbeitung einer allgemeinen Strategie des Westens, vertritt aber gleichzeitig einen realistischen Standpunkt zu einigen Problemen ("Strategische Verteidigungsinitiative", Regelung der Handels- und Finanzbeziehungen, Verhältnis zu Nikaragua).

Auf dem Treffen in Bonn lehnte Francois Mitterrand ab, den Reagan'schen "Sternenkriegs"-Plan zu unterstützen. Der Präsident erklärte, Frankreich könne keiner Partnerschaft zustimmen, in der die Gleichberechtigung nicht gewährleistet wird.

Paris verhielt sich von Anfang an zurückhaltend zu der weitpropagierten "Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) Washingtons. Sogar die Unterstützung der französischen Regierung über ihre Absichten hielt die US-Administration für unnötig. Die Behauptung des Weißen Hauses, mit der Realisierung dieses Programms würde eine Ära ohne Kriege beginnen, stieß an der Seine auf offene Skepsis. Der Verteidigungsminister Charles Hernu bemerkte sarkastisch:

"Bereits im März 1983 verband Reagan die SDI mit einer Perspektive, die die Europäer verwunderte. Er ließ verlauten, die Schaffung der Verteidigungssysteme

könnte die Kernwaffen — ich zitiere — 'veraltet und unnütz' machen. Gibt es denn überhaupt einen Politiker, der nicht gegen die Anwendung von Kernwaffen auftreten würde? Ich weiß nur nicht, ob es jemals möglich sein wird, das von Präsident Reagan gesetzte Ziel zu erreichen. Die Amerikaner geben selbst zu, daß sie das nicht garantieren können. Wenn dem aber so ist, was tun sie dann? Sie setzen die Modernisierung ihrer Kernwaffen aktiv fort: der MX-Rakete, des B-1-Bombers, der Trident-Raketen zur Bestückung von U-Booten, ein Programm, das bis zum Jahre 2010 reicht!"

Daraus zieht man in Paris den Schluß über den destabilisierenden Charakter des "Sternenkriegs"-Programms. Laut Außenminister, Roland Dumas, stellen die amerikanischen Pläne der Weltraumnutzung ihrem Wesen nach eine Superaufrüstung dar. Er unterstrich, daß die SDI die Gefahr eines Nuklearkonfliktes vergrößere. Frankreich befürwortet kein Wettrüsten, besonders den Weltraum betreffend, sagte der Außenminister. In Paris macht man kein Hehl daraus, daß die SDI einen Widerspruch zu der französischen Militärdoktrin der "nuklearen Abschreckung" enthält und infolgedessen den Nationalinteressen des Landes Schaden zufügen könnte.

Nicht weniger Besorgnis rufen in französischen politischen Kreisen die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Folgen des "Sternenkriegs"-Programms hervor. Durch Bereitstellung der gigantischen Summe von 26 Md. Dollar für dieses Programm bis 1989 beabsichtigen die USA, das industrielle und geistige Potential Frankreichs und anderer westeuropäischer Länder in den Dienst ihrer geopolitischen Interessen zu stellen und in Zukunft in den führenden Branchen — Herstellung optischer Geräte, Elektronik, Laser- und Informationstechnik — die dominierende Rolle zu übernehmen. Den Europäern wird skrupellos die Rolle von Zulieferern und zweitrangigen Partnern zugewiesen.

Die Unterstützung des "Sternenkriegs"-Programms würde auf lange

Sicht die Verwandlung Westeuropas in einen USA-Satelliten bedeuten und der US-Industrie die Vorherrschaft ermöglichen. Das würde zum Verlust der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit Frankreichs führen. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit in der Weltraumforschung innerhalb des atlantischen Bündnisses haben bereits überzeugend gezeigt, daß die USA an den technischen Errungenschaften ihrer Partner interessiert sind, ohne ihnen den Zugang zur eigenen Technologie zu gewähren. Mit dem Beteiligungsangebot am "Sternenkriegs"-Programm versucht die US-Administration, ihre Bündnispartner in ein Vorhaben einzubeziehen, dessen Verwirklichung unter US-Kontrolle stehen würde.

Wie sollte man diese Herausforderung von jenseits des Atlantik wenn schon nicht neutralisieren, so doch wenigstens abschwächen? Die französische Regierung sieht eine solche Möglichkeit in gemeinsamen Aktionen der EG. Paris wendet sich mit dem Aufruf an seine Partner, einen starken und gemeinsam abgestimmten Standpunkt auszuarbeiten, damit Europa zu diesem Zeitpunkt der Wende entschlossen auf die Bühne treten könnte.

In diesem Spiel mit hohem Einsatz beansprucht die französische Regierung die Führungsrolle. Im April stellte Präsident Mitterrand die Initiative "Eureka" vor, dessen Hauptziel ist — Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik der Länder der Alten Welt im wissenschaftlich-technischen Bereich, Verhinderung des "brain drain" nach Übersee. Nach Ansicht des Forschungsministers, Hubert Curien, berührt "Eureka" alle Probleme, die entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Weltraumtechnik haben. Die Realisierung dieses ehrgeizigen Vorha-

Zeichnung: N. Stscherbakow



bens wird nicht weniger als 230 Md. Franc beanspruchen. In Paris wird betont, daß "Eureka" keinen militärischen Charakter trägt und rein zivilen Zwecken dient. Dabei sind jedoch die Grenzen zwischen den Weltraumforschungen und ihrer Anwendung für militärische Zwecke reichlich verwischt.

Außer der politischen Anziehungskraft der Initiative, die aber kaum allen europäischen Partnern Anreiz bieten wird, besitzt "Eureka" noch einen Trumpf: wesentlich größere Möglichkeiten der praktischen Anwendung als die SDI. Dies gilt im besonderen Maße für zivile Wirtschaftszweige. Interessierte französische Kreise sind der Auffassung, daß der beste Weg, "Eureka" für Großunternehmen lukrativ erscheinen zu lassen, über seine maximale Annäherung an die Marktnachfrage führt; dabei muß auch eine Produktionsstrategie im Rahmen der im Programm ausgewählten Richtungen festgelegt werden. Ein solches Herangehen entspricht den Interessen der westeuropäischen Industrie, die sowohl auf dem Gebiet der Forschungen als auch in der industriellen Produktion hinter den USA zurückbleibt.

Auf der letzten Tagung des Rates der Westeuropäischen Union (in ihr sind außer Frankreich noch die BRD, Großbritannien, Italien und die Benelux-Länder vereint) schlug Paris den Mitgliedstaaten vor, Organisationsprinzipien und Art der Finanzierung der "Eureka"-Initiative gemeinsam zu durchdenken. Auf diesen Vorschlag wurde mit Zurückhaltung reagiert. Am meisten enttäuschte Frankreich das reservierte Verhalten der BRD, hatten doch seine offiziellen Kreise vom französisch-bundesdeutschen Tandem "grünes Licht" für dieses Projekt erwartet. Durch ihr starkes ökonomisches Potential und ihren politischen Einfluß bilden gerade Paris und Bonn den Grundpfeiler des Gemeinsamen Marktes.

Empfindlich reagierte die französische Regierung auf das Verhalten der BRD beim Treffen der "Sieben" in Bonn, wo Kanzler Helmut Kohl die US-Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums offen unterstützte. In Paris stellt man verstimmt fest, daß die BRD "Eureka" und dem Versuch, Europas Aufbau zu aktivieren, in den Rücken gefallen ist. Die Bonner Haltung beunruhigt Frankreich auch deshalb, weil die Teilnahme am Reagan'schen "Sternenkriegs"-Programm der BRD unter Umgehung der bestehenden Verbote Zutritt zu den neuesten Rüstungssystemen, nukleare eingeschlossen, ermöglicht. Dadurch könnte der Verbündete und gleichzeitige Rivale jenseits des Rheins Vorteile gegenüber Frankreich und anderen EG-Ländern erhalten und im Rahmen der "Zehn" die militärpolitische Führungsrolle beanspruchen.

Um den zerbrochenen Krug wieder zu kitten, vereinbarten Paris und Bonn ein

außerplanmäßiges Gipfeltreffen für Ende Mai. Frankreich beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit Maßnahmen zur Förderung der "Eureka"-Initiative zu ergreifen. Hier ist Eile geboten, da die Amerikaner bereits zu einigen französischen Großunternehmen Kontakt aufgenommen haben, in dem Bemühen, diese in die amerikanischen Weltraumpläne einzubeziehen und ihren großen politischen Einfluß zur Druckausübung auf die französische Regierung zu nutzen. Beobachter schließen auch die Möglichkeit nicht aus, daß Frankreich versuchen wird, zwischen dem "Sternenkriegs"-Programm und der eigenen "Eureka"-Initiative Brücken zu schlagen. Der Graben zwischen diesen beiden Plänen ist nicht unüberwindbar.

Das Treffen der "Sieben" offenbarte Widersprüche auch in den französisch-amerikanischen Handels- und Finanzbeziehungen. Bereits seit Jahren kritisiert Paris den überhöhten Dollarkurs und die Hochzinspolitik der USA, die einen Aderlaß für die französische Ökonomie bedeuten, das Wirtschaftswachstum aufhalten und finanzielle Schwierigkeiten verursachen. Während des Bonner Treffens übte Washington auf die Verbündeten enormen Druck aus in dem Bestreben, sie im Rahmen des GATT bereits Anfang 1986 zu einer neuen Verhandlungsrunde zu bewegen. Dies geschah unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Protektionismus und der Liberalisierung des Welthandels.

Der ablehnenden Haltung Frankreichs zu den Handelsgesprächen im Rahmen des GATT liegen die Interessen der französischen Landwirtschaft zugrunde, die bei den Amerikanern auf taube Ohren stoßen. In Bonn stand Frankreich allein da. Seine EG-Partner, vor allem die BRD, eilten ihrem mächtigen Gönner aus Übersee entgegen. Im Kommentar zu den Debatten bemerkte Außenminister Roland Dumas, daß der "europäische Motor" während des Treffens mit Unterbrechungen arbeitete. Er äußerte die Meinung, daß Helmut Kohl vom gemeinsamen Weg abgewichen sei, um für Ronald Reagan ein guter Gastgeber zu sein.

Kaum waren die Staats- und Regierungschefs vom Verhandlungstisch nach Hause zurückgekehrt, als aus Washington Vorwürfe wegen ungenügender Kompromißbereitschaft an die Adresse Frankreichs eintrafen. In den dem Weißen Haus nahestehenden Kreisen wird Enttäuschung über die Haltung Mitterrands laut. Das altbekannte Szenario wiederholt sich: Sobald Paris in der internationalen Arena seine eigene Sprache spricht, bekommt Washington einen Anfall schlechter Laune. Dort werden nur Jasager geschätzt, die vor dem militaristischen Kurs und der Politik des Diktats dienern.

Y. GUSSENKOW

NZ

KOMMENTAR

SINNLOSES BLUTVERGIESSEN

Die Ereignisse in Libanon haben eine unerwartete Wendung genommen. Ende Mai kam es in Westbeirut zu Zusammenstößen zwischen den Abteilungen der schiitischen Amal-Bewegung und den bewaffneten PLO-Trupps, die bald in blutige Kämpfe umschlugen, bei denen schwere Waffen eingesetzt wurden. Der Flughafen von Beirut ist erneut für den Flugverkehr gesperrt. Die Wohngebiete der Stadt liegen unter Artilleriebeschuß. Das Aufflammen einer der höchsten in den letzten Monaten Zwistigkeiten forderte zahlreiche Opfer. Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich auf ca. 2000. Viele Verletzte sterben, weil sie keine medizinische Hilfe bekommen.

Wilde Schießereien entbrannten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila. Als die Amal-Milizen nach erbitterten Kämpfen diese Lager unter Kontrolle brachten, wurde ein anderes Flüchtlingslager der Palästinenser, Borj al-Barajneh, Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen. Die Ereignisse lösten in der arabischen Welt große Besorgnis aus. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, stattete Beirut einen Besuch ab, um mit dem libanesischen Präsidenten, Gemayel, und dem Führer der Amal-Bewegung, Berri, über die Beilegung des ausgebrochenen Konflikts zu sprechen.

Unabhängig davon, wer der Anstifter der jetzigen Zusammenstöße war, fügen sie den nationalen Interessen Libanons schweren Schaden zu. Zu den tragischen Ereignissen in Beirut haben die kommunistischen und Arbeiterparteien des arabischen Ostens eine Erklärung abgegeben, in der aufgefordert wird, die Kämpfe in Libanon unverzüglich einzustellen. Im Dokument wird vor einem Komplott gegen die Beilegung des Palästina-Problems gewarnt. Die Fortsetzung der blutigen Kämpfe lenke von den Verbrechen der israelischen Besatzer im Süden Libanons und vom Kampf für Einheit und Unabhängigkeit des Landes ab.

Das Sowjetische Solidaritätskomitee der Länder Asiens und Afrikas hob in einer Stellungnahme hervor, daß diese Entwicklung vor allem den Feinden der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Libanons nutze, die es seit langem darauf anlegen, die Schuld für die innere Instabilität im Lande den Arabern in die Schuhe zu schieben. Die sowjetische Öffentlichkeit forderte die Konfliktseiten auf, den sinnlosen Brudermord sofort zu beenden.

D. SGERSKI

VASALLEN-DUETT

In den Protokollabteilungen des Weißen Hauses und des USA-Außenministeriums herrschte Mitte Maitagelang Hochbetrieb. Hochrangige Besucher — der salvadorianische Präsident Duarte und der honduranische Präsident Cordova — gaben sich in Washington die Klinke in die Hand.

Daß die beiden USA-Getreuen in Mittelamerika nach Washington zitiert wurden, hat seine Ursache: Die Rückkehr Reagans aus Westeuropa und die Reise des nikaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega durch einige europäische sozialistische und kapitalistische Länder. Nach einhelliger Meinung politischer Beobachter haben die Verhandlungen in westeuropäischen Hauptstädten dem amerikanischen Präsidenten keine Lorbeeren gebracht. Seine Partner verurteilten — die einen in scharfen, die anderen in gedämpften Tönen — die vom USA-Präsidenten über Nikaragua verhängte Wirtschaftsblockade und setzten sich für eine politische Regelung der brisanten Lage in

Mittelamerika ein. Auf der anderen Seite bekundeten die Regierungen Frankreichs, Italiens, Spaniens, Schwedens und Finnlands beim Empfang Daniel Ortegas die Absicht, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Nikaragua auszubauen.

Um diesen gellenden Mißton zu dämpfen, wollte man in Washington den Anschein erwecken, als ob in Europa zurückgewiesene Pläne des USA-Präsidenten über Mittelamerika gleichwohl in dieser Region selbst unterstützt würden. Und dazu lud man Duarte und Cordova ein.

Bei den aus diesem Anlaß durchgeführten Treffen mit amerikanischen Politikern, Vertretern der Geschäftswelt und Gewerkschaftern stimmten die beiden Gäste ein Loblied auf die Friedenspläne des USA-Präsidenten an und ließen sich über die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit den USA und darüber aus, daß die USA-Regierung in diesem Weltteil "die Freiheit verteidige". Der honduranische Präsident erlaubte sich sogar eine offene Kritik

gegen jene Kongreßabgeordneten, die gegen die Bewilligung der 14 Mio Dollar für die nikaraguanischen Contras stimmten.

In den Gesprächen zwischen dem honduranischen und dem salvadorianischen Präsidenten und Präsident Reagan andererseits gab es weitere Berührungspunkte. Beide Gäste priesen Reagans Doktrin, deren Sinn, so "New York Times", darin besteht, daß die USA das Recht auf Einmischung hätten, sobald ein Land in Mittelamerika eine Politik betreibt oder eine Regierung stellt, die nach Meinung der USA die gemeinsamen Interessen bedroht. Duarte und Cordova dankten unterwürfig für die militärische und ökonomische Hilfe und bettelten um weitere Spenden.

Heute gibt Washington für die Unterstützung der Diktatur in El Salvador über 1 Mio Dollar täglich aus. In den letzten fünf Jahren belief sich die Gesamtsumme auf 2 Md. Dollar. Im laufenden Finanzjahr wird die militärische und ökonomische Hilfe für das Regime in El Salvador 430 Mio Dollar betragen.

Was Honduras betrifft, so schlug die Regierung Reagans eine Erhöhung der Wirtschaftshilfe von

USA

TERROREINSATZ IN DER OSAGE AVENUE

"Jetzt hält man uns in der ganzen Welt wahrscheinlich für Barbaren" — der amerikanische Journalist, ein Bekannter von mir, schüttelte deprimiert den Kopf. Er meinte die 10 000 Schüsse, die auf das Wohnhaus Osage Avenue 6271 in Philadelphia abgegeben wurden, und seine mehrstündige Belagerung, wonach aus einem Polizeihubschrauber eine starke Sprengladung darauf abgeworfen wurde; die Gleichgültigkeit, mit der die bewaffneten "Ordnungshüter" seelenruhig zusahen, wie die Mauern einstürzten und Frauen und Kinder unter sich begruben.

Damit hatte die Exmittierung der in dem Haus wohnhaft gewesenen "Dissidenten", Mitglieder der Move-Sekte, ein Ende. Das Resultat ist bekannt. Elf Tote, davon vier Kinder. Etwa 60 eingescherte Reihenhäuser. 250 obdachlose schwarze Amerikaner. 8 Mio Dollar Sachschaden.

Die Behörden erklären sich schleunigst zum Wiederaufbau bereit. Unter dem Druck der Öffentlichkeit ist eine Untersuchungskommission gebildet worden. Trotzdem bleiben Fragen offen. Stellen

die Einwohner eine derartige Gefahr dar, daß das Einschreiten notwendig war, das die "Newsweek" mit der Taktik in Vietnam vergleicht, wo die Amerikaner Dörfer vernichteten, angeblich um sie zu retten? Wer ist schuld an der "Operation"? Warum wurde bei den Exzessen nicht eingegriffen? Das sind keine müßigen Fragen, denn die Tragödie war bloß noch schlimmer als andere.

Oktober 1984. New York. Sechs Polizisten gingen gegen die 66jährige schwarze Amerikanerin Eleanor Bumpers vor. Der Polizeioffizier Steven Sullivan erschoss sie, als sie exmittiert wurde. Die Anklage gegen Sullivan wurde niedergeschlagen.

Winnemucca (Staat Nevada). Unter der Last erdrückender Tatsachen gestanden 20 Polizisten, Obdachlose auf den Müllabladeplatz getrieben, ihnen befohlen zu haben, die Schuhe auszuziehen, und auf einen Haufen Müll und Glasscherben gestoßen zu haben.

April 1985. Queens (New York). Am Körper des 18jährigen farbigen Schülers Mark Davidson wurden an 49 Stellen die

Spuren elektrischer Foltern festgestellt. Polizisten vom 106. Polizeirevier preßten ihm das falsche Geständnis ab, er habe für 10 Dollar Marihuana verkauft. Dieser Enthüllung folgten Beweise dafür, daß die Polizei von dem Folterinstrument Stun Gun Gebrauch macht.

Bei jeder Gelegenheit und immer häufiger wird nach der Pistole gegriffen. An Beschwerden darüber, daß die Polizei Gewalt übt, liefen voriges Jahr in New York 6689, fast um 33% mehr als im vorangegangenen Jahr ein. Wie die "New York Times" errechnet hat, wurden zwischen 1978 und 1984 insgesamt über 20 000 solche Klagen wegen "übermäßiger Gewaltausübung" gegen die Polizei eingereicht.

War das in Philadelphia notwendig? Das fragen sich immer wieder die erschütterten Amerikaner. Die Behörden haben einen schweren Stand. Die üblichen Ausflüchte, schuld seien "die Roten" oder "die Sowjets", passen hier nicht. Man kann doch nicht in Friedenszeiten mir nichts, dir nichts ein Haus zerbomben", sagte Hardy Williams, ein Abgeordneter der städtischen Legislative. Man wollte sich mit einer "Wahrung der öffentlichen Interessen" rechtfertigen, aber das leuchtete auch nicht ein. Armand Nicholas, der eine halbe Meile vom Schauplatz der Tragödie wohnt, hat erzählt: "Nachbarn

"NEUE ZEIT" 23.85

135 Mio Dollar im laufenden auf 147,5 Mio Dollar im kommenden Finanzjahr und der Militärhilfe von 62 auf 88 Mio Dollar vor.

Beide Besucher ließen auch ihre Privatinteressen nicht verkümmern. Duarte wollte den Salvadorianern zeigen, daß er in Washington willkommen ist, um seine politische Stellung im Lager der zerstrittenen salvadorianischen Reaktion zu stärken. Im Pentagon besprach er eine neue Taktik des Kampfes gegen die patriotischen Kräfte.

Cordova drängte auf den Abschluß eines Vertrags über die gemeinsame Verteidigung mit den USA. Aber Reagan ließ sich lediglich zur Billigung der seit 1954 geltenden amerikanisch-honduranischen Verträge überreden, weil er meinte, daß sie völlig ausreichten, um dem Pentagon die unkontrollierte Verfügungsgewalt über das Land zu sichern. An diesen Verträgen wurden lediglich geringfügige Änderungen und Ergänzungen vorgenommen. Schließlich fürchteten die amerikanischen Behörden, daß jede zweiseitige Garantie gegen den anderen wichtigen Bündnispartner in dieser Region — El Salvador genutzt wer-

den kann. Bleibt doch das Verhältnis zwischen Honduras und El Salvador seit Ausbruch des lange dauernden Grenzkonfliktes gespannt, der 1969 in den sogenannten Fußballkrieg umschlug.

Das gemeinsame Kommuniqué von Reagan und Cordova enthält den Passus, in dem laut Vertrag von Rio de Janeiro und der OAS-Charta "die Absicht der USA bekräftigt wird, die territoriale Integrität von Honduras zu verteidigen".

Die Erklärungen der USA-Offiziellen und Pressemeldungen lassen darauf schließen, daß die Reagan-Regierung die beiden Präsidenten zitiert hat, um die Vermittlungsaktivitäten der Staaten der Contadora-Gruppe zur Normalisierung der Lage in diesem Weltteil im Vorfeld des für Mitte Juni anberaumten Treffens von Vertretern aller mittelamerikanischen Republiken zu untergraben.

Die in Washington durchgeführten Verhandlungen zeigen ein übriges Mal, daß die USA El Salvador und Honduras in einen großen Krieg gegen Nicaragua hineinzuziehen gedenken.

A. BARYSCHEW



Die Häuser dieser Amerikaner sind von der Kürzung der Sozialleistungen "zerbombt" worden. Eine Unterkunft früherer Einwohner solcher Häuser am Stadtstrand New Yorks

Foto: AP-TASS

behaupten jetzt, sie hätten die Sektenmitglieder in dem Unglückshaus nur dazu angehalten, ihre Radios nicht so laut spielen zu lassen." Und noch ein "Argument": Polizeiagenten hätten festgestellt, daß sich in dem Haus ein MPI-Lager befände und daß Gänge unter die Nachbarhäuser gegraben würden. Seit Tagen sucht man in den Trümmern

vergeblich nach Spuren, die das bestätigen würden.

Was steckt denn nun hinter dieser Tragödie und den tagtäglichen Hunderttausenden anderer Amerikaner? Die Schlußfolgerung einer Kommission, die unlängst Beschwerden über die Brutalität der New-Yorker Polizei nachging, lautete kategorisch: Die stärkste Triebfeder sei der Rassismus. Noch schonungsloser äußerte sich Rechtsanwalt William Kunstler von der New-Yorker Zentrale für Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte: "Den Vorgängen in Philadelphia lag die in den USA herkömmliche Unduldsamkeit gegen Andersdenkende zugrunde, besonders, wenn sie schwarz oder Latinos sind."

Die Behörden Philadelphias bestehen hartnäckig darauf, daß sie im Recht sind. US-Justizminister Edwin Meese persönlich hat nicht nur gutgeheißen, wie seine Untergebenen in der heiklen Situation vorgegangen sind, er hat auch allen geraten, sich das Vorgehen auf der Osage Avenue zum Vorbild zu nehmen.

Das sind alarmierende Symptome. Nicht von ungefähr fragt die "Daily World", die den Vandalismus in Philadelphia als "Staatsterrorismus" bezeichnet, wer das nächste Opfer sein wird.

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York

NZ KOMMENTAR

„BESTER FREUND!“

Im jüngsten Beschluß des US-Senats wurde die nächste Geldspritze für die Philippinen von der Erfüllung gewisser amerikanischer Forderungen abhängig gemacht.

Der Berater des US-Außenministers für Ostasien und Pazifik, Paul Wolfowitz, und sein Amtskollege aus dem Verteidigungsministerium, James Kelly, erklärten, daß die philippinische Regierung auf "die Notwendigkeit von Reformen, einschließlich der Veränderungen im militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich", aufmerksam gemacht wurde. Darüber hinaus wurde der Regierung vorgeschrieben, vorgezogene Präsidentschaftswahlen durchzuführen, den Chef des Generalstabs zu ersetzen u. ä.

Wie kam es zu diesen wahrhaftig frechen Forderungen? Offenbar fürchtet die USA-Regierung um den Fortbestand ihrer Luftwaffen- und Marinestützpunkte auf den Philippinen, der größten in Südostasien. Anlaß zur Besorgnis gibt den USA die schwere finanzielle Lage der Inselrepublik und — last not least — die dort laut werdenden Stimmen, die die Zweckmäßigkeit der Existenz der US-Stützpunkte bezweifeln. Und so macht man sich in Washington Gedanken, ob es nicht besser wäre, die jetzige philippinische Führung durch eine andere, gefügigere zu ersetzen.

Die USA, die sich rühmen, der beste Freund der Inselrepublik zu sein, heben hervor, daß sie den Philippinen eine Wohltat erwiesen hätten, als sie 1946 das Land in die Unabhängigkeit entließen. Dabei tut man in Washington so, als wüßte man nicht, daß die Philippiner die Unabhängigkeit ihres Landes in hartem Ringen gegen die japanischen Besatzer erkämpften. Unter den Kämpfern war übrigens auch der jetzige philippinische Präsident Ferdinand Marcos.

Diese Unverfrorenheit des "besten Freundes" löste auf den Philippinen einen Sturm der Entrüstung aus. Der politische Berater des philippinischen Präsidenten, Leonardo Perez, qualifizierte die amerikanischen Forderungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Geblendet von den Großmachtambitionen ließen die USA außer acht, daß die Philippinen seit 1946 ein souveräner und unabhängiger Staat sind.

N. ALEXEJEV

ANGRIFF ALS BESTE VERTEIDIGUNG?

Die Deklaration der sozialistischen Länder über die Lage in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat eine weltweite Resonanz gefunden. Francis Blanchard, Generaldirektor des ILO-Sekretariats, hat sich ebenfalls reaktionsschnell gezeigt und dem ILO-Verwaltungsrat seine Bemerkungen dazu vorgelegt. Dadurch wälzte Herr Generaldirektor mindestens einen Teil der Verantwortung für die in der ILO seit langem zu beobachtende besorgniserregende Situation auf ihren Verwaltungsrat ab und versuchte zugleich, das Dokument, das die sozialistischen Länder anlässlich der am 7. Juni zusammentretenden 71. ILO-Generalkonferenz unterbreitet haben, im Papiermeer des Genfer Hauptquartiers zu versenken.

Schon ein erster Blick auf die "Kommentare und Erläuterungen" des ILO-Generaldirektors zur Deklaration der sozialistischen Länder lehrt, daß er zu der negativen Einschätzung, die sie den Tätigkeitsergebnissen der ILO geben, und zu der Forderung, radikale Änderungen vorzunehmen, nichts zu sagen hat. In dieser wenig beneidenswerten Lage befleißigt sich der Generaldirektor einer recht plumpen Selbstverteidigung. Bald erklärt er, es sei "irreal" anzunehmen, die ILO könnte "selbständig" alle Probleme regeln, und die sozialistischen Länder hätten recht, ihr vorzuhalten, daß sie sich aus der Lösung heraushält. Bald behauptet er, die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt sei "trotz der Bemühungen" der ILO entstanden. Bald schließlich rechtfertigt er die Art und Weise, wie das von ihm geleitete Internationale Arbeitsamt die Verfahrensregeln der ILO zur Diskriminierung der fortschrittlichen Kräfte benutzt.

Wie baut Herr Blanchard seine "Selbstverteidigung" auf?

Die Deklaration der sozialistischen Länder macht darauf aufmerksam, daß das ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den nichtsozialistischen Ländern, das Leiden, Krankheiten, Hunger und Verzweiflung bei Menschen nach sich zieht, welche die Arbeit verloren oder noch nie eine Arbeitsstelle im Leben erhalten haben, von der ILO aktive Sofortmaßnahmen erfordert. Doch sehen die Werktätigen, daß sich die ILO faktisch über dieses akute Problem hinwegsetzt und zu seiner Lösung nichts unternommen hat. Das von der ILO 1969 verkündete "Internationale Beschäftigungsprogramm" hat keinen nennenswerten Einfluß auf die Minderung

der Arbeitslosigkeit ausgeübt. Dabei ist die Arbeitslosenzahl seit der Annahme dieses Dokuments in den kapitalistischen Industriestaaten von 8 Millionen auf 32 Millionen und in den Entwicklungsländern von 90 Millionen auf 360 Millionen gestiegen. Herr Blanchard gesteht ein: "Leider ist es wahr, daß die Arbeitslosigkeit und Teilbeschäftigung trotz aller Bemühungen der ILO eine noch sehr hohe Rate aufweisen." Aber welche Bemühungen? Der Generaldirektor kann sich da höchstens an folgende Beispiele erinnern: Die ILO habe "die Pläne, die Politik und die Programme für die Entwicklung einiger Länder studiert", "die Bemühungen der Länder eingeschätzt", "besondere Aufmerksamkeit geschenkt", "analysiert" und wiederum erforscht, Aufmerksamkeit geschenkt usw. Als wäre die ILO nur ein Informationsbüro oder die Redaktion eines Presseorgans!

Sie selbst erhebt ja Anspruch auf die Rolle eines universalen zwischenstaatlichen Forums für soziale und Arbeitsfragen. Ihre Aufgabe besteht darin, den politischen Willen der Mitgliedsstaaten zu mobilisieren, damit sie die Arbeitsbedingungen, die Beschäftigung und soziale Fürsorge verbessern. Das kann Herr Blanchard nicht gut verneinen. In seinen Erläuterungen gibt er zu, daß die ILO "den grundsätzlichen Wunsch, dieses Problem" (Arbeitslosigkeit) "zu bewältigen", mobilisieren müsse. Was spricht für die Annahme, daß die ILO diese Pflicht erfüllt? "Der wirksamste Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist die Anwendung der Konvention (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik", verkündet Herr Blanchard. Eine solche Erklärung des Mannes, der einen dermaßen verantwortungsvollen Posten bekleidet, ist zumindest merkwürdig. Besagte Konvention 122 wurde 1964 angenommen, unter den Verhältnissen einer zyklisch bedingten Verminderung der Arbeitslosigkeit in Ländern, denen dieses soziale Übel eigen ist. Dann wurde sie in der ILO revidiert, und zwar 1983/84, als die Arbeitslosigkeit beispiellos gewachsen war, weshalb das Gerede von einer "vollen, produktiven und frei gewählten Beschäftigung" besonders heuchlerisch wirkte. Bekanntlich versteht man im Westen unter "Vollbeschäftigung" nicht die absolute Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern die Aufrechterhaltung ihrer "Normalrate". Als "produktiv" gilt dort eine Beschäftigung, die den Unternehmern einen hohen Ausbeu-

tungsgrad sichert. Besonders gut finden die "Arbeitgeber" deshalb auch den Hinweis auf die "Freiheit" der Wahl der Beschäftigung durch die Werktätigen angesichts der zunehmenden chronischen Arbeitslosigkeit: Je größer die Reservearmee der Arbeitslosen ist, um so rascher willigen die Arbeitssuchenden in die erste beste Beschäftigung ein.

Herr Blanchard kennt sich in den Rechtsdingen aus: Die ILO habe die Konvention 122 deshalb durch eine einzige weitere Empfehlung ergänzt, weil die "überwiegende Mehrheit" im Ausschuß für Beschäftigung auf der vorjährigen ILO-Tagung der erwähnten Empfehlung lediglich "Orientierungsweisungen vorgezogen" habe. Aber immer wieder erhebt sich die Frage: Warum hat das Internationale Arbeitsamt, dem Herr Blanchard vorsteht, nicht von sich aus vorgeschlagen, wirklich effektive Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu erörtern und z. B. mit der Formulierung einer Konvention über das Recht auf Arbeit zu beginnen? In der Deklaration der sozialistischen Länder über die Lage in der ILO heißt es ohne Umschweife: "Nichts erreicht hat die ILO auch dort, wo sie als befugte Stelle ihr Wort hätte sagen, nämlich zur Aufnahme des Rechts auf Arbeit, dieses Grundrechts der Werktätigen, in die Konvention beizutragen, sollen." Der ILO-Generaldirektor tut nur so, als antwortete er auf diesen unmißverständlichen Vorwurf, wenn er sich auf den § 1 der erwähnten Empfehlung beruft, die die Konvention 122 über die falsche "volle und produktive" Beschäftigung ergänzt, welche für ihn "das Mittel ist, das Recht auf Arbeit zu realisieren".

Man wird den ILO-Generaldirektor fragen dürfen: Warum findet er es zulässig, dieses Recht auf Arbeit nur eben zu erwähnen, und was versteht er unter diesem Recht? Besagtes Recht wurde ja von der UNO in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in der Deklaration über den sozialen Fortschritt und die Entwicklung von 1969 verkündet sowie rechtmäßig in der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 verankert. Warum sollte die ILO nicht in ihrem Namen und gemäß Geist und Buchstaben ihrer Satzung eine präzise völkerrechtliche Definition des Rechts auf Arbeit geben? Das läge im Interesse der Werktätigen. Doch vorläufig steht die ILO eindeutig nicht auf seiten der Welt der Arbeit, sondern auf seiten der Welt des Kapitals. Das geht auch daraus hervor, daß die Organisation, statt das Recht auf Arbeit zu verkünden, erklärt, die Beschäftigung werde je nachdem verwirklicht, ob die Unterneh-

mer die Arbeit als "produktiv" (lies: profitabel für das Kapital) betrachten. Es ist, als wollte Herr Blanchard die Internationale Arbeitsorganisation in eine internationale Kapitalorganisation umfunktionieren.

Und bei dieser Einstellung zum Recht auf Arbeit, einem Grundrecht des Menschen, will der Generaldirektor die gerechten Vorwürfe, sich hauptsächlich mit zweitrangigen Aspekten der Beschäftigung zu befassen, als ungerecht zurückweisen!

Nicht zurückweisen kann er auch die in der Deklaration enthaltene treffende Kritik daran, daß in der ILO Aktivitäten für Frieden und Abrüstung gebremst werden. Im Unterschied zu den anderen UNO-Spezialorganisationen unternimmt die ILO keine Schritte, um die Resolutionen der UNO über Abrüstungsmaßnahmen in die Tat umzusetzen. Die Leitung des ILO-Sekretariats wollte lange Zeit überhaupt nichts von einer Erörterung der Abrüstungsprobleme und ihrer sozialen Aspekte hören: Die Organisation sei für diese Fragen nicht zuständig. Aber die immer neuen Runden des unheilvollen Wettrüstens haben selbst dem ILO-Hauptquartier vor Augen geführt: Durch die Weigerung, dieses akute Problem zu erörtern, würde die Organisation eingestehen, daß sie die Meinung von Millionen Werktätigen offen ignoriert und bewußt darauf verzichtet, ihre Interessen zu vertreten. Die arbeitenden Menschen unseres Planeten erkennen immer besser, daß das Wettüsten ihnen unsägliche Lasten auferlegt. Die Rüstungsproduktion vernichtet weit mehr Arbeitsplätze in den zivilen Wirtschaftszweigen, als sie Arbeitsstellen in der Rüstungsindustrie anbietet. Die militaristischen Budgets werden auf Kosten der Sozialprogramme hochgetrieben, die Raketen bezahlt — nur daß die Menschen infolgedessen weniger Nahrungsmittel und Kleidung kaufen.

Zur Beruhigung der besorgten Öffentlichkeit redet der ILO-Generaldirektor (übrigens wenig überzeugend) ein, man müsse zuerst Material zusammentragen und analysieren und dann — ja, dann mit Diskussionen, Symposien, Publikationen und sonstigem Gerede fortfahren.

Nichts Wesentliches kann Herr Blanchard auch den Thesen der Deklaration entgegensetzen, daß die ILO zu ideologischen Diversionen gegen die sozialistischen Länder, zur Einmischung in deren innere Angelegenheiten und zur Umwandlung des sogenannten Kontrollmechanismus der ILO in eine Gerichtsstanz gegen eine bestimmte Ländergruppe benutzt wird. Herr Blanchard ließ sich nichts einfallen außer der zynischen Erklärung, die Länder, die nicht damit einverstanden seien, in der ILO als Angeklagte behandelt zu werden, könnten sich an den Internationalen Gerichtshof wenden. Daß es aber nichtswürdig ist, anhand von Verleumdungen und Fälschungen einzelner Abtrünniger ganzen Gruppen von souveränen Staaten einen Verstoß gegen die ILO-Normen anzulasten, darauf kommt Herr Blanchard nicht.

Was den universalen Charakter der ILO betrifft, so kann er das einfach nicht fassen. Gegen die unumstößlichen Thesen der Deklaration über die Notwendigkeit, die Struktur der Organisation zu verändern, schluß damit zu machen, daß die Hauptposten im Internationalen Arbeitsamt einer winzigen Gruppe westlicher Länder zugeschoben werden, und die Posten gerecht, nach dem geographischen Prinzip, zu verteilen, ebenso gegen die Forderung nach der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung kann Herr Blanchard keine prinzipiellen Einwände erheben. Er versucht, mit recht kargen Statistiken zu jonglieren, aber die Ergebnisse müßten ihn selbst enttäuschen. In der Tat, was bedeuten ihm schon die Tatsachen, daß von den 82 höchsten Posten im Internationalen Arbeitsamt auf die Länder Osteuropas nur drei entfallen, daß ein Vertreter eines sozialistischen Landes nur einmal den Vorsitz auf einer ILO-Generalkonferenz hatte und nur ein einziger Gehilfe (nicht einmal Stellvertreter!) des Generaldirektors Bürger eines sozialistischen Landes ist? Nein, die Lage im ILO-Hauptquartier ist nicht normal, und mit seiner hitzigen und unbegründeten Selbstverteidigung bestätigt der Generaldirektor nur noch diesen Eindruck.

R. PANTELEJMONOW

AN UNSERE LESER

Abonnieren Sie die Wochenschrift für Politik "Neue Zeit". Sie erscheint russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch.

Bestellen Sie die "Neue Zeit" bei Buchhandlungen, Vertriebsorganisationen und Firmen, die sowjetische Publikationen führen und mit der Außenhandelsvereinigung Meshdunarodnaja kniga in Verbindung stehen.

NZ

KOMMENTAR

SCHNICKSCHNACK

Eine Woche nach der Polizeischlacht in Philadelphia, wo die Religionssekte Move unterging, machte — diesmal in Washington — eine neue Organisation von sich reden. Diese "Organisation" unterscheidet sich von der Sekte dadurch, daß sie gut, weil von der Regierung organisiert sei. Daher würde es niemandem einfallen, sie wegen Landfriedensbruchs mit Bomben zu belegen. Mehr noch, die Organisationsmitglieder erhalten allein im laufenden Finanzjahr 11 Mio Dollar ausgezahlt. Wie aus dem Weißen Haus verlautete, würden sich diese Zahlungen in Zukunft wesentlich erhöhen. Wofür bekommt man dieses Geld? Dafür, daß man in voller Lautstärke und in wüstesten Ausdrücken über einen Hetzsender 14 Stunden täglich die Kubaner und ihre Lebensweise beschimpft, die amerikanische Lebensweise aber lobt. Laut "Washington Post" sei ihr Ziel, das kubanische Regime "demokratisch" zu machen. "Philadelphia Inquirer" nannte diese Sendungen "eine wichtige Initiative zum Wohl des kubanischen Volkes". Nun, in Philadelphia weiß man es besser.

Das Tüpfelchen auf i setzte der Sprecher des US-Außenministeriums B. Calb: "Der Sender ist eine Art interne Kuba-Zentrale ... zur Sicherung der Freiheit in diesem Land."

Zum wievielten Mal schon ist man gezwungen festzustellen, daß man bei der Übersetzung des amerikanischen politischen Vokabulars in die normale menschliche Sprache sehr vorsichtig sein muß. Washington, das die neue kubafeindliche Abteilung der Stimme Amerikas "Sprachrohr der Freiheit" nannte, signalisiert die Absicht, die Konterrevolution auf der Freiheitsinsel aufzuheben.

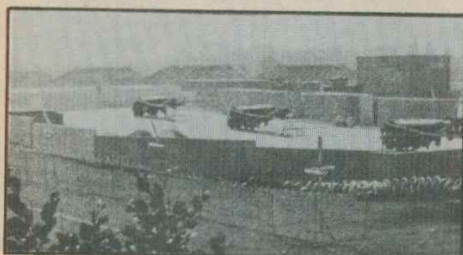
Anläßlich des Sendebeginns der provokatorischen Programme für Kuba jubelte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS: "Nach 24 Jahren und einem Monat, die seit dem Scheitern der Operation in der Schweinebucht vergangen sind, ist den USA eine erfolgreiche Invasion auf Kuba geglückt." Ein bildhafter Vergleich, der allerdings nicht ganz zutrifft. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß auch diese Invasion ein schmachliches Ende finden wird.

Y. CHROMOW

GEHEIMNIS EINER MÜLLDEPONIE

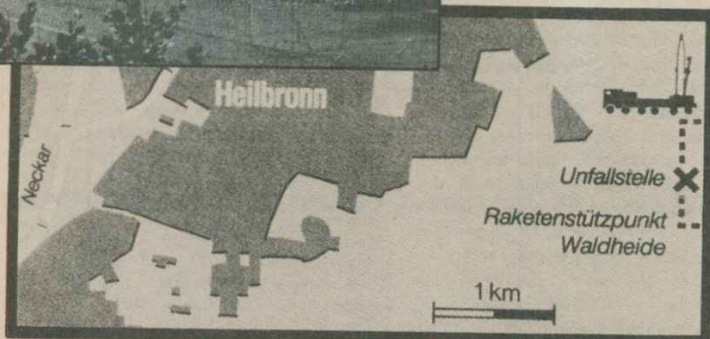
Ende März brachte ein Bewohner des unweit von Mutlangen gelegenen Dorfes Schechingen dem Gemeindevorsteher 13 Patronen und eine dicke

Siedlung liegen Gls aus der 56. US-Brigade der Feldartillerie, zu deren Bestand besagte nukleare Erstschlagsraketen gehören. Der Be-



Amerikanische Pershing-2-Raketen in Heilbronn, wo zu Jahresanfang eine Rakete bei einem Unfall in Brand geriet. Der Raketenstützpunkt liegt nur 4 km vor der Stadt...

Foto aus: "Stern" (BRD)



Schwarte: das Trainingshandbuch für die Bedienungsmannschaft der neuen Pershing II. All das hatte er in einem Müllcontainer der Gemeinde in Leinzell entdeckt. In dieser benachbarten

sucher war vor allem darüber empört, daß die Amerikaner Patronen wie leere Konservendbüchsen wegschmeißen. Und wenn sie Kindern in die Hände geraten? Der Gemeinde-

vorsteher rief sofort die Military Police an, doch dort wiegelte man den überwachenden Bürger ab.

In seinen besten Gefühlen beleidigt, leitete der Gemeindevorsteher den Fund an das Magazine "Stern" weiter, und darin erschienen die aufregendsten Auszüge aus dem Handbuch. Der "Stern" stellt fest: "Sein Inhalt ist geeignet, alle Befürchtungen zu bestätigen, die mit der NATO-Nachrüstung auf deutschem Boden verbunden sind."

Aus dem Handbuch des Herstellers Martin Marietta erhellt, daß der Start der Pershings entweder auf "vorbereitete 'Einsatzbefehle für den Notfall im Kriegszustand'" geschieht oder dann, wenn "die Anweisungen der dazu befugten Stellen" vorliegen. Daraus zieht der "Stern" den logischen Schluß, "daß nicht allein der US-Präsident die Atomwaffen freigeben kann".

Gemäß dem NATO-"Doppelbeschuß" sollen in der Bundesrepublik 108 Pershings stationiert werden. Das Pentagon hat jedoch 258 Raketen in Auftrag gegeben. Wozu? Das Handbuch klärt auch darüber auf: Containerisierte Raketenbestandteile würden im Depot Weilerbach (Rheinland-Pfalz) gelagert. Sie können jederzeit montiert und scharfgemacht werden.

Bonn

NZ-Korrespondent

KRYTRONS FÜR EINEN COUNTDOWN?

Käufer aus Tel Aviv: Wie heißt das Dingsda?

Washingtoner Verkäufer: Krytron, Sir.

Käufer: Packen Sie mir 800 Stück ein.

Verkäufer: So viel auf einmal?

Käufer: Na ja, auf alle Fälle.

Verkäufer: Leider kann ich nicht gleich so viel verkaufen. Wenn Sie nichts dagegen haben, schicke ich die Dinger Ihnen in Partien von 10-50 Stück zu. Zwischen 1979 und 1982 hat man dann Ihren Auftrag erfüllt.

Käufer: Okay!

Der "New York Times" vom 18. Mai zufolge mag so ein Gespräch zwischen einem Vertreter des israelischen Kriegsministeriums und dem US-Geschäftsmann Richard Kelly Smyth stattgefunden haben.

Aber zunächst einiges über das rätselhafte Krytron. Das ist ein winziger Umschalter, dazu da, den genauen Countdown bei einer nuklearen Explosion zu gewährleisten. Wie man jetzt weiß, wurden diese Dingerchen, Details von

Kernbomben, aus den USA nach Israel in Partien geliefert. Und das obwohl die USA den Atomsperrvertrag vor langer Zeit unterzeichnet haben! Das war ein Skandal.

Und so mußte in Los Angeles die Federal Grand Jury danach forschen, auf welche Weise Israel zu den Krytrons gekommen war.

Auf Anfrage der Grand Jury antwortete Tel Aviv, nichts darüber gewußt zu haben, daß diese Ware nur auf Lizenz geliefert werden darf; auch nichts darüber mitteilen können, wozu es diese Geräte brauche; trotzdem sei man in Tel Aviv bereit zu schwören, daß der Zweck nicht nuklear gewesen sei. Auch wolle man,

wenn man gebeten werde, einen Großteil davon, was überhaupt noch nicht zum Einsatz gekommen sei, gern zurückgeben. Die "Washington Post" bemerkt zu diesen Erläuterungen: "Die Israelis erklären, die noch gelagerten und angeblich ungebrauchten Krytrons werden den USA zurückgegeben. Und wie ist es mit den übrigen?"

Offenbar bewegt diese Frage auch die arabischen Nachbarländer Israels. Unbewegt zeigen sich nur die USA. Freilich baten sie "um die Erlaubnis, Israels nukleare Top-secret-Objekte zu inspizieren", aber die Bitte schließt auch eine Verweigerung von seiten Israels nicht aus.

D. SWEREW

"NEUE ZEIT"

BEIS
MAC

Seinen nach war gischer Re Ultrarass Geschäfts Stützen Auf Multi er herabse er Millia hatte e p irgendein fürchtete dem Schm litischer M wird uns volle Mi Hughes in kanischen

FÜR BESON
VERDIENST

Auch di reichischen Na gingen den 4 der Befreiung vom Hitlerfasc das 30. Jubiläur zeichnung des ges — natürlich Weise. Mit braunen Pamph selten sie verschämte Kar das Andenken a des Naziterrori und offen die "Führers" zu p sonders rege si nazis in den l richtungen de publik. Der öst Innenminister B eingestehen, d der Neonazi in den Schulen h zu unerträglich nicht nur in de Der Akademisch Universität Gra am Vorabend Gründungstages mater, Wissens "besondere y auszuzeichnen. fiel dabei auf zw ren — Kretzenb lber. Dem erste

23.85

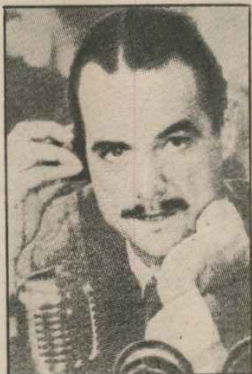
CHULE

chungen
patholo-
remist und
Beruf —
Eine der
gesellschaft.
ire konnte
Selbst war
Außerdem
Angst vor
tion. Doch
nicht vor
meiner po-
chaffen. So
geheimnis-
Howard
des ameri-
publizisten

Michael Drosnin geschil-
dert, das in Großbritannien
herauskam.

Dem Autor gelang es, das
Privatarchiv von Hughes,
das sich zwei Jahre vor
dessen Tod 1976 in ein
Nichts aufgelöst hatte, auf-
zuspüren.

Robert Maheu, rechte
Hand von Hughes, schmiedete — zusammen mit der
CIA — Pläne für die Ermor-
dung Fidel Castros mit Hilfe
der amerikanischen Mafia.
Was Spitzenpolitiker an-
geht, so enthielt das Archiv
Belege über Zahlungen an



Die Anweisungen des "ge-
heimnisvollen Milliardärs"
wurden von vielen Vertre-
tern der Machtelite wi-
derspruchslos befolgt

Foto aus: "Sunday Times"
(Großbritannien)

Richard Nixon, Hubert Hum-
phrey, den damaligen Vor-
sitzenden der Demokrati-
schen Partei, Larry
O'Brien, und Senator Paul
Laxalt, Manager der Wie-
derwahl Reagans 1984.

Hughes hat im Grunde
einen ganzen Bun-
desstaat — Nevada — ge-
kauft. Und das zusammen
mit Spielhöllen, Gangstern
und "Volksvertretern", den
Gesetzgebern dieses
US-Staates. Aber was ist
schon ein Bundesstaat! "Ich
bin fest entschlossen, in
diesem Jahr einen Präsi-
denten eigener Wahl zu haben,
und zwar einen, der mir
zutiefst verpflichtet sein und
sich als Schuldner fühlen
wird", schrieb Hughes in

sein Tagebuch, kurz vor
dem Auftakt des
Wahlkampfes 1968. Damals
wurde Nixon Präsident...

Im Roman "Der Pate"
träumt der Mafiaboß von
einer Zeit, da die Gangster
einen eigenen Präsi-
dentschaftskandidaten no-
minieren werden.
Christopher Hitchens, Lite-
raturkritiker der britischen
Wochenschrift "Observer",
schreibt, Geschäftsleute wie
Hughes hätten schon seit
langem solche Zeiten
Wirklichkeit in den USA
werden lassen. "Hughes ist
tot", konstatiert Hitchens,
"doch sein Beispiel inspi-
riert weiterhin ein gewisses
Publikum."

W. KSENIN

ein Ehrendoktor der Univer-
sität Graz verliehen, dem
zweiten die Pro-Meritis-
Medaille.

Kretzenbacher hatte
1945 die Universität wegen
seiner fanatischen Nazitätig-
keit während der
faschistischen Besetzung
Österreichs verlassen müs-
sen. Ihler, der ebenfalls vor
40 Jahren Lehrverbot an der
Universität erhalten hatte,
war berüchtigt vor allem als
Apologe des Hitlerfaschis-
mus, als Autor des Ju-
beltraktats "Die nationalso-
zialistische Staatslehre".
Sein Name tauchte auch in
den Kriegsverbrecherakten
des Nürnberger Prozesses
auf, war ja bewiesen, daß
Ihler insbesondere einer
der rabiatesten und fana-
tischsten Anhänger von Hit-
lers Überfall auf Jugosla-
wien gewesen war. Doch
das ist nicht seine einzige
"Heldentat". 1938 hatte er
mit ganzem Einsatz dabei
Hand angelegt, die Univer-
sität Graz von "politisch
unzuverlässigen" Wis-
senschaftlern und "unari-
schen Elementen" zu säu-
bern. Damals wurden 40
Professoren und Dozenten,
darunter drei No-
belpreisträger, auf die
Straße gesetzt.

G. MJASNIKOW

"NEUE ZEIT" 23.85

SPIONOMANIE

Die Norweger gelten seit jeher als ruhiges
Volk mit gesundem Menschenverstand. Doch seit
einiger Zeit trifft man unter Politikern, Militärs
und Journalisten immer häufiger auf Abweichun-
gen. Anzeichen von Spionomanie tauchten auf.
Besonders deutlich macht das der Prozeß gegen
einige Aktivisten der Friedensbewegung "Das
Volk erhebt sich gegen den Krieg".

Anlaß für diesen Gesinnungsprozeß war die
Veröffentlichung einer Artikelserie, die die
wahren Absichten der militärischen
NATO-Vorbereitungen auf norwegischem Terri-
torium enthüllt, in der Zeitschrift "Ikke vald"
("Nein zur Gewalt"). Diese Beiträge gründen
sich übrigens auf frühere Presseveröffentlichun-
gen. Dort wird überzeugend nachgewiesen, daß
die Pentagon-Strategie für Nordeuropa trotz
allen offiziellen Behauptungen keineswegs der
Sicherheit Norwegens dient.

Die Veröffentlichungen von "Ikke vald"
warfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die
NATO. Die Folgen ließen nicht auf sich warten.
Die Polizei machte eine Haussuchung und
ordnete Beschlagnahmen in der Redaktion der
Zeitschrift an, die Verfasser der Artikel wurden
der Spionage angeklagt.

Keine neue Methode! Vor einiger Zeit war ein
ähnlicher Prozeß gegen Nils Gleditsch und Owen
Wilkes inszeniert worden, die Autoren des
Buches "Uncle Sams Kaninchen", das die
Beteiligung norwegischer Geheimdienste an
gegen die UdSSR gerichteten Aktivitäten der
CIA und des Pentagon enthüllte. Es folgten
Repressalien — Gefängnis und Geldstrafen.
Jetzt wurde ein weiterer Prozeß provoziert.
Immer mehr norwegische Demokraten und
Friedenskämpfer werden Opfer von Repressa-
lien.

D. DIMOW

LEERES VERSPRECHEN

Die RSA-Regierung kündigte
ihre Absicht an, die Verbote für
Mischehen aufzuheben. Diese
Verbote gehören zum Kodex
der Apartheidgesetze, die eine
"getrennte Entwicklung" der
rassischen Gruppen vorsehen.
Wer es wagt, diese Schwelle zu
überschreiten, wird gerichtlich
verfolgt. So sorgen die Ras-
sisten für die "Reinheit der
weißen Rasse". Eine Reinheit,
die übrigens durchaus relativ

ist. In einem kürzlich in
Kapstadt veröffentlichten Buch
wurde dokumentarisch nachge-
wiesen, daß viele, die so stolz
auf ihr "weißes Blut" sind,
schwarze Vorfahren haben.

In Washington beeilte man
sich, Pretorias neuen
Schachzug der Politik der
"konstruktiven Zusammenar-
beit" gutzuschreiben. Taten ja
die RSA-Behörden diesen Zug
in der Hoffnung, den Massen-

aktionen der Afrikaner gegen
die Apartheid entgegenzuwir-
ken. Außerdem ist das Ganze
nur ein Versprechen.

Die Reaktion afrikanischer
Kreise Südafrikas, auf die man
in Pretoria und Washington
hoffte, ist negativ. Das leere
Versprechen der Behörden
wurde als Versuch gewertet,
die Apartheid zu "flicken",
während es an der Zeit ist, sie
für alle Zeit zu beseitigen. Doch
Pretoria ist dazu, wie es offiziell
verlauten läßt, nicht bereit.

L. SKURATOW

KAMPUCHEA: KAMPF UND AUFBAU



Heng Samrin, der Generalsekretär des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchea und Vorsitzende des Staatsrates der VR Kampuchea, gewährte unserem Sonderkorrespondenten Viktor Zoppi nachstehendes Interview.

NZ: Genosse Generalsekretär, die Sowjetbürger empfinden eine aufrichtige Kameradschaft und Freundschaft zum kampucheanischen Volk und verfolgen mit unvermindertem Interesse die Vorwärtsentwicklung der Volksrepublik Kampuchea. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Errungenschaften des kampucheanischen Volkes in der Zeit nach der Befreiung vom Pol-Pot-Regime?

Heng Samrin: Wir sind der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Sowjetregierung und dem ganzen Sowjetvolk für die aufrichtige moralische und materielle Unterstützung in unserem gerechten Kampf zutiefst dankbar.

Um die Erfolge und Errungenschaften der vergangenen 6 Jahre richtig beurteilen zu können, muß man sie damit vergleichen, wie wir anfangen mußten. Das Land lag in Trümmern. Seine sozialen und wirtschaftlichen Strukturen waren völlig zerstört. Das Pol-Pot-Regime hatte eine gewaltige Anzahl von Menschen, die in verschiedenen Volkswirtschaftszweigen beschäftigt waren, vernichtet. Die Kampucheaner, die überlebt hatten, waren in einer unerträglich schweren Lage, sie litten unter Krankheiten und einer fürchterlichen Erschöpfung. Zudem mußten wir sofort nach der Befreiung den hinterlistigen Umtrieben unserer Feinde entgegenzutreten. Die Pekinger Hegemonisten, die US-Imperialisten, die Rechts-extremisten aus Thailand und ihre Handlanger aus anderen Ländern begannen die Pol-Pot-Banden und sonstigen reaktionären Khmer-Gruppierungen zu bewaffnen und in Wühlaktionen gegen unser Land auszubilden. Diese Kräfte haben sich bis heute nicht damit abgefunden, daß unsere Volksmacht den Kampucheanern ein neues, freies Leben gebracht, sie erstmalig in der zweitausendjährigen Geschichte Kampuchea zu wahren Herren über ihr Land gemacht, ja in sehr kurzer Zeit unsere Gesellschaft selbst beispiellos verändert hat. Hier nur eine Tatsache: Wir haben die Pol-Pot-Leute 1979 vertrieben, aber bereits 1980 die Gefahr einer Hungersnot beseitigt.

Bedeutende politische Erfolge kennzeichnen das Jahr 1981. Wir hielten die Parlamentswahlen ab und begannen in breitem Umfang mit der Schaffung der revolutionären Machtorgane auf allen Ebenen. Schließlich fand der IV. Parteitag der Revolutionären Volkspartei Kampuchea (RVPK) statt. Er legte die Aufgaben unserer Revolution sowie den genauen Kurs der Innen- und Außenpolitik fest.

1982 führten wir starke Schläge gegen die aggressiven Pläne unserer Feinde, und dies im politischen und militärischen Bereich sowie in jenem psychologischen Krieg, den sie gegen uns unter dem Aushängeschild einer "dreiseitigen Koalitionsregierung" aufzuziehen versuchten. Formal stand ihr Sihanouk vor, faktisch aber deckte sie die Pol-Pot-Leute. Die Notwendigkeit, dem Feind eine Abfuhr zu erteilen, hinderte uns nicht daran, die wirtschaftlichen Probleme erfolgreich zu lösen. 1983 brachten wir auf einer Fläche von 1,74 Mio ha 2 Mio t Reis ein. Jenes Jahr ist in unsere neue Geschichte auch deshalb eingegangen, weil auf der Gipfelkonferenz der drei Länder Indochina sowie auf ihren anderen Treffen und Beratungen zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen ein außerordentlich wichtiger Schritt zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern von Vietnam, Laos und Kampuchea getan wurde.

Auch das gesellschaftliche Leben im Lande selbst hat sich merklich aktiviert. Die Frauen-, die Jugendorganisation, die Gewerkschaften und andere Massenbewegungen hielten ihre Kongresse ab. Ein Treffen der Teilnehmer am Armeewettbewerb und der erste Kongreß der Besten des gesamtationalen Wettbewerbs zogen ein Fazit aus der Arbeit in den Jahren seit der Befreiung. Wir konstatierten, daß wir dank der Einheit unseres Volkes entscheidende Siege im militärischen Bereich erringen konnten: Die befestigten Stellungen und

wichtigsten Stützpunkte des Feindes längs der kampucheanisch-thailändischen Grenze wurden zerschlagen. Das vereitelte die wahnwitzigen Pläne der Pol-Pot-Leute und ihrer Verbündeten, die Volksmacht in unserem Land 1984/85 zu stürzen.

Die kampucheanische Armee befestigte ihre Stellungen an der Grenze zu Thailand. Jetzt garantiert sie den Einwohnern der Gebiete, wo die Feinde früher in unser Territorium eindringen, die friedliche Bevölkerung terrorisieren und ihr normales Leben stören konnten, volle Sicherheit. Mit Recht stolz sind wir auch auf die Ergebnisse der Arbeit unter jenen, die seinerzeit auf die Propaganda des Feindes hereinfielen. Dank der humanen Politik von Partei und Staat gegenüber diesen betrogenen Menschen gehen sie immer häufiger auf die Seite des Volkes über. Gegenwärtig ist das schon eine Massenerscheinung.

Sehr viel tun wir für den Parteaufbau. In Ortschaften, Industrie- und Agrarbetrieben entstehen die Grundorganisationen der RVPK. Ihre führende Rolle ist merklich erstarkt. In hohem Maße dank diesem Umstand können wir viele Schwierigkeiten überwinden. Ein Beispiel wäre die Landwirtschaft. Die Witterungsverhältnisse waren im vorigen Jahr recht ungünstig: zuerst eine langwierige Dürre und dann eine starke Überschwemmung in mehreren Gebieten des Mekongbeckens. Doch überwandten wir — in vieler Hinsicht dank der Partei und ihren örtlichen Organisationen — alle Unbilden, die Arbeit ging weiter, der Bevölkerung wurden normale Lebensbedingungen gesichert. Der Erfolg in der Innenpolitik bedingte die wichtigsten Errungenschaften in der Außenpolitik und Diplomatie; das Ansehen der VR Kampuchea in der Welt ist bedeutend gewachsen. Die Folge war eine eindeutige und unumkehrbare Schwächung der Positionen unserer Feinde.

In der gegenwärtigen politischen Situation würde ich drei Hauptmomente hervorheben.

Erstens steuern unsere Partei und die Einheitsfront des nationalen Aufbaus und Schutzes von Kampuchea fest und unwandelbar den innen- und außenpolitischen Kurs, den wir festgelegt haben. Unsere vorrangige Aufmerksamkeit gilt der Erziehung von Kadern in allen Gliederungen des Verwaltungssystems, dessen Vervollkommen wir anstreben. Wir erziehen unsere Genossen zur hohen Verantwortung für die Erhöhung ihres beruflichen Könnens und fordern, daß sie es lernen, Schwierigkeiten standhaft zu ertragen, die gestellten Aufgaben selbstlos zu erfüllen und die Arbeit entsprechend den konkreten Verhältnissen sachkundig zu organisieren.

Zweitens sind unsere Streitkräfte und unser Volk aufs engste miteinander

verbunden. Was sie eint, ist ihr Patriotismus. In den mehr als 6 Jahren seit der Befreiung haben unser Volk und unsere Armee stets politische Reife und Bewußtheit gezeigt. Sie verteidigten entschlossen die Unabhängigkeit und widmeten all ihre Kräfte der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft, namentlich unserer wichtigsten Branche, der Landwirtschaft, die der Industrie Rohstoffe liefert. All das taten sie, um zu erreichen, daß unser materielles und geistiges Leben von Tag zu Tag reicher wird.

Drittens ist die rechtzeitige und allseitige moralische und materielle Hilfe und

leisten wir eine großangelegte Aufklärungsarbeit in allen Bevölkerungsschichten, am beharrlichsten unter jenen, die von unseren Gegnern betrogen wurden; wir erreichen auch, daß sie auf die Seite des Volkes, der Revolution übergehen und zu ihren Familien zurückkehren. Gleichzeitig achten wir sehr darauf, daß die Organe der Staatsmacht und die Kaderabteilungen überall die politische Linie von Partei und Staat gegenüber Personen, die ihre Irrtümer erkannt haben, ohne jegliche Abweichungen verwirklichen.

In unserer tagtäglichen politischen Arbeit verwirklichen wir die Prinzipien,

unsere revolutionären Kräfte, wobei wir Maßnahmen zur Festigung von Einfluß und Autorität der Partei an der Basis — in Städten und Dörfern, in staatlichen Betrieben und in der Armee — als besonders wichtig ansehen.

Unserer Meinung nach ist das die sicherste Methode, die von der Partei gestellten politischen Aufgaben zu erfüllen. Heute verfolgen wir drei eng miteinander verknüpfte Ziele: den Feind zu bekämpfen und die von ihm betroffenen Menschen für uns zu gewinnen; die Produktion zu steigern; die Reihen der Revolutionäre, der Verwaltungs- und Parteifunktionäre zu festigen. Bei der Lösung dieser Probleme können wir unter den Werktätigen Menschen auswählen, die würdig sind, die Partei, die revolutionären Massenorganisationen und die Organe der Staatsmacht aller Ebenen aufzufüllen.

NZ: Die Feinde des kampucheanischen Volkes haben in den Kämpfen schwere Niederlagen erlitten, lassen jedoch, da sie durch die internationale Reaktion auf jede Weise ermuntert werden, von ihren Plänen nicht ab und versuchen bis heute, die friedliche Arbeit des kampucheanischen Volkes zu stören. Was könnten Sie in diesem Zusammenhang sagen?

Heng Samrin: Nach dem Sturz von Pol Pots Völkermord-Regime am 7. Januar 1979 erwiesen die Imperialisten und bestimmte reaktionäre ASEAN-Kreise, darunter die äußerst rechten Reaktionskräfte in Thailands Führungskreisen, der gestürzten blutigen Clique größtmögliche Unterstützung. Bangkok gewährte den geschlagenen Pol-Pot-Banden und anderen reaktionären Khmer-Gruppierungen Zuflucht auf dem thailändischen Territorium. Von dort unternahmen sie Versuche, in Kampuchea einzudringen, um Terrorakte zu verüben und den revolutionären Prozeß in unserem Lande zu untergraben. In den Jahren 1982 und 1983 scheiterten die Pläne des Gegners, einige Grenzprovinzen zu besetzen, um zwei Zonen, zwei Staaten zu schaffen und die Positionen der "dreiseitigen Koalitionsregierung" zu festigen.

1984 trugen sich unsere Gegner mit noch gefährlicheren Plänen: Sie wollten die revolutionäre Macht in Kampuchea stürzen. Bewaffnete Banden der Khmer-Reaktionäre hätten tief in kampucheanisches Gebiet eindringen und Distrikt- sowie Provinzstädte besetzen sollen. Parallel dazu war geplant, durch verschiedene Sabotageakte einen psychologischen Krieg zu entfalten, die Wirtschaft zu desorganisieren, die Produktion zu stören und dadurch die Bevölkerung in Schwierigkeiten zu stürzen.

Peking und die ultrarechten Kreise Thailands versuchten, Laos unter Druck zu setzen. Die Thai-Truppen okkupierten rechtswidrig drei laotische Orte. Zugleich wurden Aggressionen gegen sechs Nordprovinzen Vietnams verübt, an dessen Grenze China über eine Million Soldaten und 1000 Flugzeuge konzentrierte sowie Be-



Unterstützung, die uns unsere vietnamesischen, laotischen und sowjetischen Freunde, alle sozialistischen Bruderländer und die fortschrittliche internationale Öffentlichkeit erweisen, von außerordentlich großer, entscheidender Bedeutung.

NZ: Welche Hauptaufgaben stellt die RVPK dem Land in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaus der neuen Gesellschaft?

Heng Samrin: Sie wurden vom IV. Parteitag der RVPK bestimmt: vor allem zuverlässiger Schutz der Unabhängigkeit der Republik und der nationale Aufbau mit der Zielsetzung, allmählich zum Sozialismus überzugehen.

Wir nutzen alle Möglichkeiten im militärischen, politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Kampf, um zu erreichen, daß die feindlichen Kräfte mit jedem Tag schwächer werden und immer neue Niederlagen erleiden. Zugleich

Künftige Erbauer des neuen Kampuchea

die die kampucheanische Landeskonferenz der Parteikader gebilligt hat, und das sozialökonomische Entwicklungsprogramm 1985, wobei wir auf jede Weise die landwirtschaftliche Produktion ausbauen. Viel Beachtung schenken wir auch der Kultur- und Erziehungsarbeit, der Entwicklung des Gesundheitswesens und der allmählichen Hebung des Lebensstandards des Volkes. Das erklärt, warum das Volk die Sache der Revolution, der Partei und des neuen kampucheanischen Staates von Tag zu Tag mehr unterstützt. Unser Volk düstet nach Frieden und Glück. Entschlossen kämpft es gegen die Feinde, aktiv baut es sein Heimatland auf und verteidigt es. Damit wir auch künftig erfolgreich in dieser Richtung handeln können, müssen wir die Einheit aller Teile unserer Gesellschaft festigen. Wir stärken

festigungen baute. Peking zog ein Spionagenetz im Süden Vietnams auf, um durch Wühlaktionen die SR Vietnam zu schwächen. Damit wollten unsere Gegner erreichen, daß Vietnam seine Freiwilligen-Einheiten aus Kampuchea abzieht, um Laos zu helfen und die eigenen Nordgrenzen zu verteidigen. Dann hätten sie leichter unsere Regierung stürzen können. Aber ihre Vorhaben endeten dank der Kampfsolidarität von Kampuchea, Vietnam und Laos mit einem völligen Zusammenbruch.

Die Lage in Kampuchea ist gegenwärtig stabiler denn je zuvor. Die Streitkräfte haben ihre Stellungen längs der Grenze zu Thailand befestigt und so eine zuverlässige Garantie für Ordnung und die Sicherheit der Bevölkerung geschaffen. Das Volk beteiligt sich aktiv am Aufbau und Schutz der Heimat und blickt zuversichtlich in die Zukunft.

Von Tag zu Tag nimmt die Autorität unserer Republik in der Welt zu. Die Öffentlichkeit mehrerer westlicher Länder, z. B. Schwedens und Frankreichs, verurteilt die Pol-Pot-Clique und fordert, daß ihr keine politische und militärische Hilfe mehr erwiesen wird, da die internationale Reaktion sie benutzt, um die Spannungen zu steigern. Für die Pekinger Hegemonisten sind die Pol-Pot-Leute ein Instrument, die Spannungen in der Region anzuheizen. Es liegt auf der Hand, daß der Weg zur Umwandlung Südasiens in eine Zone von Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit über friedliche Verhandlungen zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten ohne Einmischung von außen führt.

NZ: Der internationale Imperialismus gibt die Versuche nicht auf, Kampuchea durch Isolierung, Boykott und Erpressung müde zu machen. Welche Maßnahmen trifft Ihr Land, um seine internationalen Positionen zu festigen?

Heng Samrin: Die Politik der Imperialisten zu dem Zweck, Kampuchea von der internationalen Öffentlichkeit, vom sozialistischen Weltsystem, vor allem von der UdSSR und von Vietnam, zu isolieren und abzutrennen, ist gescheitert. Diese Politik hatte auch keine Erfolgchancen, denn unser Kampf für Unabhängigkeit, Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt entspricht den gemeinsamen Bestrebungen der Mehrheit der Erdbevölkerung und den Entwicklungstendenzen der gegenwärtigen Epoche. Deshalb spüren wir trotz aller Versuche der Feinde, die VR Kampuchea zu verleumden, die zunehmende Unterstützung der fortschrittlichen, friedliebenden Weltöffentlichkeit. Gegenwärtig haben 40 Staaten und nationale Befreiungsorganisationen unsere Republik anerkannt, mehrere Länder haben diplomatische Beziehungen zu ihr aufgenommen. Die VR Kampuchea wird auch künftig konsequent die Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Nichtpaktgebundenheit, der Freundschaft mit allen Völkern durchführen, ausgehend von den Prinzipien der Gleichheit, gegenseitigen

Achtung und Nichteinmischung, ausgehend auch von den Interessen jedes einzelnen Landes und des Weltfriedens sowie des weltweiten sozialen Fortschritts. Das ist die unabänderliche Position der VR Kampuchea, und sie festigt deren internationale Rolle.

NZ: Wer Ihr Land besucht, sieht viele Beweise für die fruchtbare sowjetisch-kampucheanische Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit? Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Erweiterung und Festigung unserer bisherigen Beziehungen?

Heng Samrin: Die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Kampuchea und der UdSSR entwickeln sich zu unserer höchsten Zufriedenheit, sie werden von Jahr zu Jahr gefestigt und ausgebaut. Was das kampucheanische Volk in den letzten sechs Jahren auf allen Gebieten erreicht hat, ja sein neues Leben ist unlösbar mit der brüderlichen rechtzeitigen Hilfe verbunden, die uns Vietnam, Laos, die befreundeten sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion, angedeihen lassen. Seit den ersten Tagen unserer Volksrepublik unterstützte die UdSSR Kampuchea in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die UdSSR hat uns bei der Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Volksbildung und Gesundheitswesen geholfen. Sie beteiligte sich am Bau von mehr als 50 Objekten, darunter der Technischen Hochschule der Kampucheanisch-Sowjetischen Freundschaft (die Hochschule wurde bis Anfang 1984 völlig wiederhergestellt), des vierten Heizkraftwerks in Phnom Penh, eines Krankenhauses der Sowjetisch-Kampucheanischen Freundschaft und des Berufsausbildungszentrums Tuk Thlai, das noch erweitert werden soll. In der Provinz Kompong Cham, in Kompong Som, Battambang und Siemreap entstehen mit sowjetischer Hilfe Kraftwerke, in Phnom Penh eine landwirtschaftliche Hochschule. Bald werden in der Hauptstadt mit dem Beistand unserer sowjetischen Freunde die Wasserversorgung wiederhergestellt, mehrere Hotels, Kinos und der Zirkus renoviert sein. Hervorgehoben sei, daß ca. 1600 kampucheanische Studenten in der UdSSR studiert haben bzw. jetzt studieren, um später zur Entwicklung unserer Wirtschaft beizutragen. Die kampucheanisch-sowjetische Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft und Bildungswesen erweitert sich ebenfalls ständig.

Ich schätze die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Kampuchea und der UdSSR sehr hoch ein, weil sie nicht nur den Interessen unseres Landes entsprechen und die brüderlichen Verbindungen zwischen unseren beiden Völkern fördern, sondern auch zur Festigung der gesamten sozialistischen Ländergemeinschaft, zum siegreichen Kampf für Frieden und Sozialismus beitragen. ■

Auf der koreanischen Halbinsel zeichnet sich eine ermutigende Entwicklung ab. Nachdem es über zehn Jahre keinerlei konstruktive Kontakte zwischen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) und Südkorea gegeben hatte, entstanden Möglichkeiten zur Erörterung von ökonomischen und politischen Fragen, zur Schaffung der hierfür erforderlichen Atmosphäre des Vertrauens.

USA lassen

Muskeln spielen

Das Problem der nationalen Wiedervereinigung Koreas, das eng verbunden ist mit der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Fernen Osten, gehört zu den kompliziertesten Fragen der heutigen internationalen Beziehungen. Dieses Problem entstand im Ergebnis der Spaltung Koreas durch Schuld des US-Imperialismus.

Die USA verhinderten, daß die günstigen Voraussetzungen, die im Ergebnis des Sieges über die japanischen Militaristen durch die Sowjetarmee im August 1945 und dank der Befreiung Koreas von der Kolonialherrschaft entstanden waren, zur Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates genutzt wurden. Eben die USA zogen die Fäden, als im Süden der Halbinsel ein Marionettenregime entstand und dann im August 1948 die "Republik Korea" ausgerufen wurde. Dann versuchte man, die demokratischen Errungenschaften des koreanischen Volkes im Norden zu beseitigen und die am 9. September 1948 gebildete KDVR zu erdrosseln, indem man gegen sie eine Aggression unter UNO-Flagge und mit Beteiligung von Truppen aus 16 Staaten entfesselte. Auf der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, auf der es auch um Korea ging, vereitelten die USA, ihre Verbündeten und die Vertreter Südkoreas gerechte Beschlüsse für eine Friedensregelung in Korea.

Infolgedessen werden die Beziehungen KDVR-Südkorea bis heute durch das Waffenstillstandsabkommen geregelt, das am 27. Juli 1953 von den Vertretern der KDVR, der VR China und im Namen der UNO von den USA unterzeichnet wurde, d. h. von den Seiten, die unmittelbar am Krieg der Jahre 1950-1953 teilnahmen. Südkorea weigerte sich, das Abkommen zu unterzeichnen.

WIEDERVEREINIGUNG: ZWEI STANDPUNKTE

Dr. sc. Wladimir TICHOMIROW

Obgleich unter dem Waffenstillstandsabkommen die Unterschrift der USA steht, taten sie alles, um Südkorea in ihre militärstrategische Bastion in Asien zu verwandeln. Unter US-Druck entsandte das Söuler Regime Truppenverbände nach Vietnam, wo sie am schmutzigen Krieg gegen die Völker Indochinas teilnahmen. Südkorea wurde fanatisches Mitglied der 1966 gegründeten Regionalvereinigung ASPAC, der die Rolle eines militärisch-politischen Blocks zugedacht war. Die USA förderten die Annäherung Südkoreas und Japans sowie den Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Ländern (1965), der die politische Zusammenarbeit Tokio--Söul einleitete.

Pulverfaß Südkorea

Ronald Reagan erklärte im Herbst 1983 in Söul, Südkorea sei für die USA "unter dem Sicherheitsaspekt von lebenswichtiger, grundlegender Bedeutung". In Washington meint man, die Aufrechterhaltung und permanente Ausweitung der US-Militärpräsenz sei unabdingbare Prämisse, um die US-Interessen in der Region durchzusetzen. Gegenwärtig sind im Süden über 41 000 amerikanische Soldaten und Offiziere auf mehr als 40 Stützpunkten und anderen militärischen Objekten stationiert. Hierbei wird das militärstrategische "Engagement" durch sehr bedeutende ökonomische Interessen ergänzt. Anfang 1982 machten allein die direkten US-Investitionen in die südkoreanische Wirtschaft 25,8% der gesamten Auslandsinvestitionen aus.

Die Reagan-Administration hat das US-Nuklearpotential in Südkorea bedeutend verstärkt. Die Gesamtzahl der Nuklearsprengköpfe liegt jetzt bei über 1000. Anfang der 80er Jahre besaßen die US-Truppen in Südkorea neben konventionellen Waffen 352 Systeme und 686 Kernladungen

mit einer Gesamtstärke von 222 Kilotonnen. Nuklearbestückte Cruise Missiles und Neutronenwaffen sollen in Südkorea stationiert werden. US-Kriegsschiffe mit Nuklearwaffen laufen ständig die südkoreanischen Häfen Chinhae und Pusan an. Jetzt sind bereits 150 amerikanische F-16-Jagdbomber, die Nuklearwaffen tragen können, im Landessüden stationiert. Südkorea wurde zu einem vorgeschobenen US-Nuklearstützpunkt.



Die USA geben Söul bedeutende Militärhilfe. Allein in den letzten vier Jahren überstieg sie 800 Mio Dollar, 1985 soll sie um weitere 240 Mio angehoben werden. Bis 1989 will Söul bei den USA Rüstungsgüter für 8 Md. Dollar ankaufen, u. a. F-16-Jagdbomber, Tow- und Hawk-Raketen sowie andere modernste Waffen.

Zudem baut das südkoreanische Regime eine eigene Rüstungsindustrie auf, die derzeit mehr als 50% des Bedarfs der regulären Armee mit ihren über 600 000 Mann und 3 Millionen Reservisten deckt. Kein Wunder, daß die südkoreanische

Armee heute eine der größten und am besten ausgerüsteten in Asien ist.

Mit verteilten Rollen

Zu ihren Kriegsvorbereitungen in Südkorea ziehen die herrschenden Kreise der USA immer mehr auch Japan heran. Zwischen Tokio und Söul werden die militärischen und politischen Beziehungen ausgebaut, seit 1979 gibt es einen parlamentarischen Rat für Sicherheitsfragen, alljährlich werden Beratungen der Außen- und der Verteidigungsminister abgehalten, um die außenpolitischen und militärischen Aktivitäten zu koordinieren. Die 1983 von Japan gewährten Kredite von 4 Md. Dollar werden in Söul als Belohnung für die aktive Unterstützung der militärpolitischen Strategie des US-Imperialismus im Fernen Osten betrachtet. Die Annäherung Südkoreas an Japan unter der Ägide der USA verfolgt das Ziel, den Kern eines künftigen militärisch-politischen Bündnisses im Pazifikraum zu schaffen. Über derartige Pläne ließen sich

Das Pentagon und in letzter Zeit auch Tokio haben Südkorea in ein Waffenarsenal mit den modernsten Massenvernichtungswaffen verwandelt. In Südkorea befinden sich über 41 000 amerikanische Soldaten und Offiziere

Foto: TASS

wiederholt Präsident Reagan, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger aus. Fragen, die mit der Bildung einer Dreier-Allianz, der Aktivierung der militaristischen Beziehungen zwischen Südkorea und

Japan sowie der Verstärkung ihrer Rolle bei der Verwirklichung der US-Vorherrschaftspläne im Fernen Osten verbunden sind, wurden im September 1984 beim Tokio-Besuch des südkoreanischen Regimechefs Chung Doo Hwan erörtert.

Zeigt das nicht u. a. die Teilnahme Südkoreas zusammen mit den USA und Japan an Patrouillenfahrten in der Korea-Straße? Bei den Manövern "Team Spirit", "Rimpac" u. a. üben Truppenverbände der drei Länder Offensivoperationen. Ja, sie spielten sogar einen Nuklearangriff auf die KDVR durch.

Washingtons militaristischer Kurs, die Kriegsvorbereitungen des Söuler Regimes und als Folge die zunehmenden Spannungen auf der koreanischen Halbinsel und im gesamten Fernen Osten schaffen große Hindernisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung des Landes, untergraben die Bemühungen der Friedenskräfte zur Festigung der Sicherheit in der Region.

Nichtsdestoweniger setzt sich die Regierung der KDVR unermüdlich für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung des Landes ein. Dank diesen beharrlichen Anstrengungen wurde in den Jahren

1972–1973 ein Dialog möglich, der aber durch Schuld der südkoreanischen Seite vereitelt wurde. Auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) im Oktober 1980 wurde ein Programm für die nationale Einheit formuliert. Hauptpunkt ist der Vorschlag für die Bildung einer Demokratischen Föderativen Republik Korea bei gleicher Vertretung des Nordens und des Südens in den höchsten Leitungsorganen des Landes und bei Bewahrung der dort bestehenden Ideologien und Gesellschaftssysteme.

Dialog notwendig

Die USA lehnen die konstruktiven Vorschläge Phjongjangs immer wieder kategorisch ab. Ihre negative Reaktion auf die Friedensinitiative, die das Zentrale Volkskomitee und der Ständige Rat der Obersten Volksversammlung der KDVR Anfang 1984 ergriffen haben, demonstriert diese obstruktivistische Haltung ein weiteres Mal.

Was ist das Wesen dieser Initiative? Phjongjang schlägt dreiseitige Verhandlungen unter Beteiligung

von Vertretern der KDVR, der USA und Südkoreas vor, um die Lage auf der koreanischen Halbinsel zu erörtern. Die Initiative berücksichtigt einen Vorschlag der USA, die sich für eine gleichberechtigte Teilnahme Südkoreas an den Verhandlungen aussprechen. Sie sieht die Beendigung der militärischen Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea vor. Hierfür wird der Abschluß eines Friedensvertrages statt des geltenden Waffenstillstandsabkommens vorgeschlagen. So könnten auf der Halbinsel dauerhafte, stabile Beziehungen des Friedens hergestellt werden.

Phjongjang schlägt Söul auch die Unterzeichnung einer gegenseitigen Nichtsanktionserklärung als Garantie der friedlichen Koexistenz vor, ferner einen beiderseitigen Abbau der Streitkräfte und die Proklamierung der koreanischen Halbinsel zur kernwaffenfreien Zone.

Natürlich muß für einen produktiven Nord-Süd-Dialog ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Seiten ausgeschlossen werden, das aber bedeutet den Abzug der US-Truppen aus Südkorea und die Beseitigung der Militärstützpunkte.

CHINA

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Zum 60. Jahrestag der Revolution von 1925–1927

Die Revolution 1925–1927, die größte Dimensionen, Massencharakter und eine ausgeprägte antiimperialistische Ausrichtung besaß, ging in die Geschichte des nationalen Befreiungskampfes des chinesischen Volkes als eines seiner leuchtendsten Kapitel ein.

Der Revolution waren Aktionen des chinesischen Volkes gegen die Einmischung und die Intervention der größten imperialistischen Mächte, England, Frankreich, USA und Japan, gegen deren Versuche, die progressive Regierung Sun Yatsen zu erdrosseln, vorausgegangen. Auftakt aber war der antiimperialistische Streik von Arbeitern, Studenten und Vertretern anderer Gesellschaftsschichten, der Ende Mai/Anfang Juni 1925 ("Bewegung des 30. Mai") in Schanghai entflammte.

An diesem Tag schoß die Polizei des internationalen Settlements in Schanghai eine Massendemonstration

von Arbeitern und Studenten zusammen. Schon am 31. Mai gründeten die chinesischen Kommunisten einen Generalrat der Gewerkschaften von Schanghai; er rief zu einem Generalstreik auf, der am 1. und 2. Juni in Schanghai begann.

Von Anbeginn an stützte sich die chinesische Revolution auf die internationale Solidarität, die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse, der Fortschrittskräfte der ganzen Welt. Für die chinesischen Revolutionäre, für die junge (1921 gegründete) und damals noch unerfahrene Kommunistische Partei Chinas war das von enormer Bedeutung. Die Kommunisten hatten eine Vielzahl überaus komplizierter nationaler und Klassenaufgaben zu lösen, die ohne die theoretische, ideologische und organisatorische Hilfe der kommunistischen Weltbewegung schwer in Angriff zu nehmen waren.

Besonders wertvoll waren unter diesen

konkreten historischen Bedingungen die von der Komintern erarbeiteten Thesen: von der Notwendigkeit, in China eine demokratische antiimperialistische Einheitsfront aufzubauen: durch Zusammenarbeit der KP mit der Guomindang und die organisatorische Konstituierung der Einheitsfront im Rahmen der Guomindang-Partei unter Bewahrung der politischen und organisatorischen Selbständigkeit beider Parteien; über den Charakter der chinesischen Revolution als antiimperialistische, bürgerlich-demokratische Revolution mit der Betonung ihres gesamt-nationalen Charakters auf der ersten Etappe.

Die der Form nach unterschiedliche Hilfe für die chinesische Revolution seitens der kommunistischen Weltbewegung war nicht nur eine Inspirationsquelle, sondern trug auch dazu bei, daß bei den chinesischen Revolutionären das Verständnis für die Wirksamkeit des proletarischen Internationalismus heranreifte.

Eine konkrete Form der internationalen Solidarität und der Hilfe für die chinesische Revolution war die in Sowjetrußland entstandene internationale Bewegung "Hände weg von China!". Sun Yatsen gab dieser Initiative eine hohe Einschätzung. In einem Brief an das chinesische Volk schrieb er: "Vergeßt nicht, daß dort, in Rußland, der Aufruf verbreitet wurde: 'Hände weg von China!' Vielleicht lächeln die europäischen Kapi-

Die Oberste Volksversammlung der KDVR bekräftigte im Januar 1984 diese Vorschläge und behandelte die Frage "Über die Schaffung von Friedensgarantien in Korea und die Beschleunigung der selbständigen friedlichen Wiedervereinigung der Heimat". Die entsprechenden Beschlüsse sowie eine Botschaft an die Parlamente und Regierungen der Länder der Erde wurden verabschiedet.

Ein asiatisches Sprichwort sagt: "Ein weiter Weg beginnt mit dem ersten Schritt." Die Regierung der KDVR tut bereits nicht den ersten Schritt zur Anbahnung von Kontakten mit Südkorea, die zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für einen politischen Dialog beitragen würden. Im Herbst 1984 leistete sie über das Rote Kreuz der Bevölkerung des Südens nach schweren Naturkatastrophen große Hilfe. Mitte November v. J. wurden in Panmunjon Nord-Süd-Verhandlungen über ökonomische und kommerzielle Fragen aufgenommen. Gleichfalls begannen Gespräche zwischen Vertretern der Rot-Kreuz-Gesellschaften der KDVR und Südkoreas über eine Reihe von Problemen der Zusammenführung

von Familien, die der Korea-Krieg (1950–1953) getrennt hat.

Kim Il Sung erklärte in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar d. J., daß die Aufnahme von Kontakten zwischen Nord- und Südkorea "ein überaus wichtiges Ereignis von großer Bedeutung für die Entspannung ..., die Erreichung von Übereinstimmung und die Konsolidierung der Lage ist, um Wege zu einer friedlichen Wiedervereinigung der Heimat zu eröffnen". Die ersten Schritte in diesem Dialog, betonte er, "könnten bei ihrer Weiterentwicklung allmählich in Gespräche auf höherer Ebene hinüberwachsen, und dann können auch politische Gespräche auf hoher Ebene erfolgen".

Dieses Ziel verfolgt auch der jüngste konkrete Vorschlag der Obersten Volksversammlung der KDVR für Verhandlungen zwischen den Parlamenten des Nordens und des Südens. Er sieht die Teilnahme von Abgeordneten jeder der Seiten an Parlamentssitzungen der anderen Seite vor wie auch den gegenseitigen Austausch von Parlamentarierdelegationen.

Die Initiativen der KDVR wurden

weltweit unterstützt. Bei den sowjetisch-koreanischen Gesprächen auf höchster Ebene im Mai 1984 in Moskau wurde erklärt: "Die Sowjetunion tritt konsequent dafür ein, daß Korea auf friedlichem Wege, auf demokratischer Grundlage, nach dem Abzug der US-Truppen aus Südkorea wiedervereinigt wird. Das ist unsere feste und unveränderliche Position. Wir unterstützen die wichtigen Initiativen der KDVR, die die Unterzeichnung eines Friedensvertrages anstelle des geltenden Waffenstillstandsabkommens, die Annahme einer Nichtangriffserklärung vom Norden und vom Süden, den gegenseitigen Abbau der Streitkräfte und die Verwandlung der koreanischen Halbinsel in eine kernwaffenfreie Zone vorsehen. Diese Vorschläge zu verwirklichen, bedeutet, die Lage in Korea grundlegend zu verbessern und günstige Voraussetzungen für einen produktiven Nord-Süd-Dialog zu schaffen."

Davon, wie diese Initiativen verwirklicht werden, hängt die schnellstmögliche Gewährleistung der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel, die Lösung des Problems der Wiedervereinigung des Landes ab.

talisten über diese Losung, weil sie meinen, sie werde nichts ausrichten, da die Sowjetunion ja weit von China entfernt sei. Doch das ist es ja gerade, daß es für Losungen aus Moskau keine Entfernung gibt. Wie der Blitz fliegen sie um die ganze Erde und finden Wiederhall im Herzen jedes Werktätigen."

Die Bewegung "Hände weg von China!" erfaßte nach den blutigen Repressalien der Interventen gegen die Arbeiter von Qingdao und Schanghai im April, Mai 1925 viele Länder.

Eine hervorragende Rolle bei der Organisierung der Solidaritätskampagne und der Hilfe der internationalen Arbeiterklasse für die kämpfenden Werktätigen Chinas gehörte der Komintern und ihren nationalen Sektionen sowie der Gewerkschaftsinternationale, der Kommunistischen Jugendinternationale. Sie sammelten Spenden für die streikenden chinesischen Proletarier, organisierten Meetings und Demonstrationen zur Unterstützung der chinesischen Revolution, gegen die Einmischung der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Chinas und leiteten andere internationale Solidaritätsaktionen ein.

In einem Brief des Chinesischen Gewerkschaftsbundes vom Juni 1925 an die sowjetischen Gewerkschaften hieß es: "Nichts steigert so unsere Kräfte im schweren Kampf gegen den Weltimperialismus wie die brüderliche moralische und materielle Hilfe, die uns das europäische, und insbesondere das russische, Proletariat so umfassend erweist. Die Einheitsfront der Werktätigen des Ostens und des Westens nimmt Wirklichkeit an. Darin liegt die Gewähr des künftigen Sieges."

Die Wirksamkeit der Hilfe der Sowjetunion und der internationalen Unterstützung durch die Arbeiter vieler Länder während der Revolution 1925/27 wurde in China hoch eingeschätzt. "In der Bewegung des 30. Mai", hieß es in einem Werk chinesischer Historiker, "wurde sich das chinesische Volk zutiefst bewußt, daß die Sowjetunion und das Proletariat vieler Länder der Erde seine wahren Freunde sind. Ihre moralische wie materielle Hilfe für uns hat in bedeutendem Maße die Entschlossenheit und Standfestigkeit des chinesischen Volkes in dessen Kampf

gegen den Imperialismus gestärkt."

Die KPdSU und der Sowjetstaat unterstützten stets, geleitet von den Prinzipien des Internationalismus und der proletarischen Solidarität, auf allen Etappen des Kampfes des chinesischen Volkes die chinesische Revolution. Die Lehren der Geschichte, insbesondere die der chinesischen revolutionären Bewegung, zeigen, daß gemeinsame Handlungen die Kräfte der internationalen Solidarität der Völker, die gegen die Willkür des Imperialismus, gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution kämpften, um ein Vielfaches wachsen lassen.

Die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker können immer mit der festen Solidarität der KPdSU, des Sowjetstaates, der sowjetischen Menschen rechnen. Auf dem April-Plenum (1985) des ZK der KPdSU wurde mit aller Bestimmtheit gesagt: "Die Solidarität mit den Kräften des Fortschritts und der Demokratie, mit jenen Ländern und Völkern, die gegen die Obermacht der Reaktion ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen, ist für uns eine prinzipielle Frage. Hier bleibt unsere Linie so klar, wie sie stets war."

A. KARTUNOWA

SO WAR ES IN JALTA

Bei der Abreise aus Jalta, wo vom 4. bis 11. Februar 1945 die Krim-Konferenz der Alliierten tagte, schrieb Roosevelt an Stalin: "Ich bin überzeugt, daß die Völker der Welt das von dieser Konferenz Geleistete nicht nur billigen, sondern auch als wirkliche Garantie dafür ansehen werden, daß unsere drei Großmächte im Frieden ebensogut wie im Krieg zusammenarbeiten können."

So dachten darüber auch die anderen Konferenzteilnehmer. In der von den Großen Drei unterzeichneten Erklärung hoben sie hervor, daß nur bei fortwährender und zunehmender Zusammenarbeit und Verständigung der drei Länder und aller friedliebenden Völker das vornehmste Anliegen der Menschen wahr werden könne: ein fester und langanhaltender Frieden.

Wie der belgische Forscher Jean Blume in seinem Buch* feststellt, ist diese Erklärung noch jetzt eins der wichtigsten, wenn nicht überhaupt das wichtigste geschichtliche Dokument — sie beweise, daß das Leben auf der Erde friedlich gestaltet werden kann.

Das Buch ist hochaktuell. Heutzutage erscheinen im Westen zahlreiche Artikel und Geschichtsbände, deren Verfasser die Quintessenz der Krim-Konferenz und der auf ihr getroffenen Vereinbarungen verfälschen. Nach dem Grundsatz: "Nur durch Vergewaltigung der Geschichte kann man ihr gute Söhne erziehen" wollen die Geschichtsklitterer ihren Lesern weismachen: Im Schloß Liwadija, in dem die wichtigsten Sitzungen stattfanden, sei Europa in Einflußsphären zerstückelt worden. Schließlich müsse sich der Westen um den Abbau des Jaltaer Erbes und zugleich der ganzen Nachkriegsgestaltung in Europa bemühen, die doch in der KSZE-Schlussakte bestätigt worden ist.

Auf unumstößliche Tatsachen gestützt, die im Westen noch jetzt totgeschwiegen werden, erläutert Blume, wer die Konferenzergebnisse einer Revision unterziehen möchte und wozu. Er geht von zwei eng verknüpften Geschichtsperioden aus: von der Vorkriegszeit, als die Westmächte alle Bemühungen Moskaus um die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit zunichte machten und Hitler zum "Feldzug

gen Osten" antrieben, und von der Zeit nach Roosevelts Ableben am 12. April 1945.

Blume schreibt, nach Roosevelts Ausscheiden habe sich in der Außenpolitik Washingtons ein Trend im Interesse jener Finanz- und Industriekreise durchgesetzt, die sich ihre innige Sympathie und ihre engen Verbindungen mit den verwandten Kreisen in Deutschland und Japan bewahrt haben. Ihre demokratische Gesinnung war rein äußerlich, ihre Kriegsgewinne waren enorm. Für sie galten nur Profitrücksichten, sie träumten von neuen Märkten, und so zogen sie denn den Weltkrieg in die Länge und zeigten sich zu beliebigen Abenteuern wie dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki bereit, der, so schreibt Blume, militärisch ungerechtfertigt war, weil der Sieg über Japan schon feststand.

Der belgische Forscher ist der Meinung, mit dem Einsatz dieser barbarischen Waffe habe man vor allem weitreichende politische Ziele verfolgt: die USA vor der Welt als Supermacht aufzubauen, deren nukleare Stärke helfen sollte, die Welt nach amerikanischer Manier umzumodeln und an Stelle des in Jalta verbrieften Vertrauens zur UdSSR sowie des Zusammenwirkens mit ihr Moskau ein Diktat aufzuzwingen.

Vor noch nicht langer Zeit ist aus freigegebenen Geheimakten der USA bekanntgeworden, daß die US-Generäle schon Ende 1945 zu einem Atombombenüberfall auf die UdSSR rüsteten. Ferner, daß der Nationale Sicherheitsrat 1948 detaillierte Pläne für eine Besetzung der UdSSR bestätigte, die sich kaum von denen Hitlers unterschieden.

Blume erinnert daran, daß unter dem nuklearen Schirm der USA 1949 der erste gegen die sozialistischen Länder gerichtete Militärblock der Welt — die NATO — entstand. Blume zeigt, daß es noch immer der Traum der westlichen Oligarchie ist, die Menschheit schon den Namen Jalta vergessen zu machen. So einflußreich diese Kreise auch seien, dürfe man nicht in Pessimismus verfallen. Die Lehren von Jalta, das viel zu dem schon 40 Jahre währenden Nachkriegsfrieden in Europa beitrug, manifestieren den Sieg der Vernunft über die Unvernunft und erinnern an die reale Möglichkeit konstruktiver Beziehungen zwischen Ost und West.



Am 20. Mai um 2 Uhr nachts unterzeichneten nach ermüdenden, zweitägigen Gesprächen Vertreter der Staatlichen Beschäftigungsbehörde (SAV) und des Zentralverbandes der Staatsangestellten (TCO-S), dem 9 Gewerkschaften angehören, ein Abkommen über die Bedingungen für die Beendigung des Streiks. "18 Tage, die Schweden erschütterten" — so charakterisierte die große Stockholmer Zeitung "Dagens Nyheter" den Streik, durch den viele Lebensbereiche des Landes gelähmt waren.

Was sind die Gründe für den größten Arbeitskonflikt der letzten Jahre? Wie beeinflusste er die politische und ökonomische Lage in Schweden?

Der Streik begann am 2. Mai, nachdem sich die SAV geweigert hatte, die Forderung des Gewerkschaftsverbandes nach einer Lohnerhöhung von 3,1% über die festgelegte Obergrenze von 5% hinaus zu befriedigen. Die zusätzlichen Zahlungen sollten auch rückwirkend für das laufende Jahr, d. h. ab 1. Januar 1985, gelten. Die Gewerkschaftsführung motivierte ihre Position so: Der Tarifvertrag hat einen Punkt, der Lohnerhöhungen bis auf den Stand der Angestellten des privaten Sektors berechtigt.

Die SAV begründete ihre Absage so: Diese Forderung widerspreche der bei den Gesprächen in Rosenbad erzielten Vereinbarung und untergrabe dadurch die Antiinflationstrategie der Regierung. Im Juni 1984 hatten sich die Gewerkschaften bei einer Begegnung in Rosenbad (der Residenz des Ministerpräsidenten) bereit erklärt, Zurückhaltung bei Forderungen nach Lohnerhöhung zu zeigen und 1985 fünf Prozent nicht zu überschreiten. Nach Meinung von Regierungsexperten ist das erforderlich, um das Inflationsstempo auf 3% zu beschränken. Doch der TCO-S-Vorsitzende H. Hellers antwortete auf diese Kritik, er sei in Rosenbad nur als Beobachter zugegen gewesen und keinerlei Verpflichtungen eingegangen.

Der TCO-S hat 265 000 Mitglieder — Eisenbahner, Fluglotsen, Zollbeamte, Lehrer, Polizisten, Angestellte des Verteidigungsministeriums, Mitarbeiter von Justiz- und Steuerbehörden, des Post- und Telegrafendienstes, andere Gruppen von Angestellten. Zur Teilnahme am Streik wählte die TCO-S-Führung ca. 20 000 ihrer Mitglieder aus, die Schlüsselposten im staatlichen Wirtschaftssektor und in den wichtigsten staatlichen Einrichtungen innehaben. So kamen der Luftverkehr auf den Inlands- und Auslandsrouten, der Güterzugverkehr und die Frachtbeförderung auf den Fährverbindungen Schwe-

* Jean Blume, "Les blocs ne sont pas nés à Yalta". Collection idées. Fondation Joseph Jacquemotte. 1985. Bruxelles.

SELBST DIE POLIZEI STREIKT

Wladimir PAWLOW
NZ-Korrespondent

dens mit Finnland, Dänemark und Norwegen fast zum Erliegen. Post, Telegrafämter, viele Schulen und Hochschulen wurden geschlossen, die Polizei stellte ihre Patrouillendienste ein.

Am 11. Mai gab die SAV angesichts der Gefahren, die der Streik für die schwedische Gesellschaft heraufbeschwöre, die Aussperrung von 80 000 Staatsangestellten bekannt. Ziel dieser Maßnahme war, die Gewerkschaftskassen zu leeren, aus denen die Streikteilnehmer ihren vollen Lohn erhielten. So hoffte die SAV, die Streikenden zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze zu zwingen.

Der Streik hatte nicht die volle Unterstützung der Bevölkerung. Nach Meinungsumfragen in den ersten Streiktagen sprachen sich ca. 25 Prozent der Schweden dafür aus, daß der Riksdag einen Sonderbeschluß über die Beendigung des Streiks fassen sollte. Mit weiterer Zuspitzung des Konflikts nahm die Zahl der Befürworter einer solchen Maßnahme bedeutend zu. Die meisten Schweden, die den Staatsangestellten höhere Löhne zubilligten, meinten, diese Frage hätte auf dem Verhandlungswege gelöst werden können.

Auf die öffentliche Meinung, auf die Einstellung zum Streik übte die negative Haltung des Zentralverbandes Schwedischer Gewerkschaften (LO) mit seinen mehr als zwei Millionen Mitgliedern großen Einfluß aus. Der LO-Vorsitzende Stig Malm, der die Initiatoren des Streiks entschieden verurteilte, nannte ihr Handeln "verantwortungslos". Er betonte, daß der LO einige Gewerkschaften angehören, deren Mitglieder verglichen mit den Staatsangestellten einen geringeren Lohnzuschlag erhalten haben, doch nichtsdestoweniger nicht streiken.

Wie sich erst nach Beendigung des Streiks erwies, hatte Ministerpräsident Olof Palme direkt an der Regelung des Konflikts teilgenommen, als er sich am 15.

Mai hinter verschlossenen Türen mit der TCO-S-Führung traf. Entsprechend dem am 20. Mai geschlossenen Abkommen erhalten die TCO-S-Mitglieder einen Lohnzuschlag von 2% ab 1. Dezember 1985. Das sei nicht sonderlich viel, doch gehe es, wie ein Kommentator des Schwedischen Rundfunks betonte, um das Prinzip, d. h. um das Recht der Gewerkschaft, die strikte Einhaltung des Tarifabkommens zu verlangen.

Wer nun hat in diesem Arbeitskonflikt

die skandinavische Fluggesellschaft SAS und ihre Tochterfirma "Linjeflug" finanzielle Verluste von über 300 Mio Kronen.

Den größten Schaden nahm der Außenhandel des Landes — sein Volumen ging um 700 Mio Kronen täglich zurück. Das führte nicht nur zu direkten finanziellen Verlusten, sondern auch zu einer gewissen Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Firmen.

Der Streik verlief vor dem Hintergrund negativer Tendenzen, die sich in den letzten Monaten in den Finanzen und der Wirtschaft des Landes bemerkbar gemacht hatten. Die Zuwachsraten der Industrieproduktion, die Handels- und die Zahlungsbilanz im ersten Quartal d. J. wurden mit einem Defizit abgeschlossen. Ein allmählicher Abfluß von Devisenreserven setzte ein, der nach Beginn des Streiks in eine panische Auslandsflucht des Privatkapitals ausartete.

In dieser Lage griff die Regierung zu Sondermaßnahmen. Am 13. Mai wurde die Anhebung der Diskontsätze um 2%



Foto aus:
"Dagens Nyheter" (Schweden)

gesiegt: die Regierung oder der Gewerkschaftsverband? Wie ein hiesiger Kommentator bitter scherzte, gibt es keine Gewinner, sondern nur einen Verlierer — die schwedische Wirtschaft.

Nach vorläufigen Schätzungen beliefen sich die täglichen Verluste durch den Streik auf ca. 1 Md. Kronen. So machten

bekanntgegeben. Mit 11,5% gehören sie zu den höchsten in Westeuropa. Diese Maßnahme soll nicht nur den Devisenabfluß stoppen, sondern auch Auslandskapital nach Schweden locken. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Kreditzinsen der staatlichen Banken um 2,5% anzuheben sowie den Konsumgüterkauf auf Kredit zu erschweren.

All das wird zweifelsohne zu einer Senkung der Kaufkraft

breiter Bevölkerungsschichten beitragen. Finanzminister Kjell-Olof Feld, der das versteht, behauptete, die Regierung hätte handeln müssen wegen des negativen Einflusses des Streikes auf die Wirtschaft des Landes. Doch der Streik war nur eine Art Katalysator. Die Hauptgründe für den Devisenabfluß sind der überhöhte Dollarkurs und der Egoismus der schwedischen transnationalen Konzerne, die es vorziehen, ihr Kapital zu einträglicheren Bedingungen im Ausland zu investieren.

Der Streik hatte, ob das seine Führer wollten oder nicht, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakter. So sind der Zeitpunkt des Streiks und die Zusammensetzung seiner Teilnehmer auffallend.

Gestreikt wurde zu einer Zeit, als der Wahlkampf bereits voll angelaufen war — bis zu den Riksdagswahlen sind es nur noch vier Monate. Meinungsumfragen zufolge haben sich die Positionen der Sozialdemokraten in den letzten Monaten bedeutend gefestigt. Der harte Arbeitskonflikt spielte objektiv der bürgerlichen Opposition in die Hände, indem er Ansehen und Einfluß der Regierung untergrub. Die Führer der bürgerlichen Parteien gaben der Regierung die ganze Schuld am Streik, warfen ihr Inkompetenz vor. Die Teilnahme von Ministerpräsident Olof Palme aber an der Regelung des Konflikts wurde von ihnen als unzulässige Einmischung in den freien Verhandlungsprozeß interpretiert.

Nun zu den Teilnehmern des Streiks. Es sind die am besten bezahlten Angestellten. Viele von ihnen unterstützen nicht die Ideologie der Sozialdemokraten und deren Politik. Ein Teil der Streikenden nutzte zweifelsohne die sich bietende Möglichkeit, um der Regierung "ganz legitim" ein Bein zu stellen und die These der Sozialdemokraten zu widerlegen, nur sie seien imstande, mit den Gewerkschaften Vereinbarungen zu erzielen und den "Arbeitsfrieden" zu gewährleisten.

Die jähe Zuspitzung der sozialen Widersprüche im Lande demonstriert ein weiteres Mal, daß dem "schwedischen Gesellschaftsmodell" alle Gebrechen des kapitalistischen Systems eigen sind. "Der Konflikt zeigt anschaulich", sagte der Vorsitzende der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens, R. Hagel, "all jene Schwierigkeiten, mit denen die Sozialdemokratie bei der Durchführung ihrer Politik unter Bedingungen konfrontiert wird, da die gesamte reale Macht in Schweden dem Monopolkapital gehört."

Stockholm

BRD

NICHT BESSER UND NICHT SCHLECHTER

Schon 40 Jahre entzieht sich der Naziverbrecher Mengele seiner gerechten Strafe. Über seine Verbrechen, darüber, wie ihm die US-Geheimdienste halfen, der Justiz zu entkommen, haben wir bereits ausführlich berichtet. Kürzlich besuchte unser Korrespondent Günzburg, wo die Blutspur des KZ-Arztes ihren Anfang nimmt.

Fünf Minuten Fußweg sind es vom Zentrum Günzburgs, einer Kleinstadt in Nordbayern, bis zur Landmaschinenfabrik, dem größten Betrieb der Stadt. Über dem Eingang prangt der Name MENGELE. Es ist Arbeitszeit, die Straße ist wie leergefegt. Aus dem Tor rollen immer wieder LKWs, die den gleichen Namen — Mengele — tragen. Gegenüber dem Werksgebäude stehen dreigeschossige Einzelhäuser. Im Vorgarten harkt eine alte Frau welkes Laub zusammen. Ich wende mich an sie:

"Dieses Werk gehört Angehörigen des Nazi-Verbrechers Josef Mengele. Was denken Sie über ihn — heute, 40 Jahre nach Kriegsende?"

"Über Dr. Mengele? Er soll Verbrechen verübt haben, doch ich glaube das nicht."

"Sie glauben das nicht? Warum?"

"Ich kannte ihn schon als Gymnasiasten. Es war ein wirklicher Prachtkerl! Nein, er wäre zu solchen schlimmen Dingen nicht imstande gewesen."

Was aber denkt die Jugend?

Einige Straßen weiter liegt das Gymnasium. Der Unterricht ist zu Ende. Gruppen 14- und 15jähriger warten auf den Bus. Ich trete an sie heran, stelle mich vor, frage:

"Was wißt ihr über Josef Mengele?"

Die Schüler schauen sich an und schweigen. Schließlich sagt einer von ihnen:

"Nein, nein, wir wissen nichts..."

"Wirklich nichts?"

Erneut Schweigen, dann antwortet ein anderer: "Das war ein Arzt in Auschwitz. Er nahm medizinische Experimente an Menschen vor."

"Woher weißt du das?"

"Ich habe das in der Zeitung gelesen."

"Wurde bei euch im Gymnasium von Mengele gesprochen?"

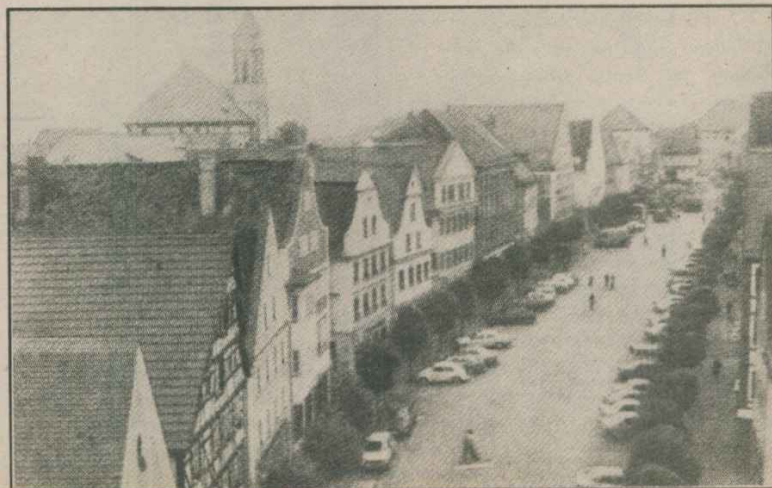
"Nein, in der Schule haben wir nichts von ihm gehört."

Es war das gleiche Gymnasium, wo Mengele sein Abitur machte.

Zufallsbegegnungen, zufällige Antworten? Ich war nicht der erste Journalist, der Günzburger nach ihrer Meinung über Josef Mengele fragte. Vor mir hatten das amerikanische, britische und bundesdeutsche Kollegen getan. Und das Ergebnis war stets das gleiche: Die Älteren "glauben nicht", daß Mengele schwerste Verbrechen verübt hat. Die Jugend aber weiß entweder wenig darüber oder hat Angst, ihre Meinung zu sagen.

Während die einen schweigen, versuchen die anderen, den Nazihenker zu

Günzburg. Der Naziverbrecher Josef Mengele besuchte seine Heimatstadt auch nach dem Krieg
Foto aus: "Die Welt" (BRD)



verklären. Josef Baumeister, früher Lehrer am hiesigen Gymnasium, brachte in schwäbischem Dialekt einen Band von Gedichten heraus. Ein Verswerk widmete er Josef Mengele. "Die Heimat wirft auf dich keinen Stein!" ruft der ehemalige Lehrer aus.

Das Büchlein erschien 1984, doch auch jetzt noch wird es im hiesigen Buchladen angeboten. Als ich die Verkäuferin fragte, ob viele es kaufen, antwortete sie stolz: "Ja, viele, sehr viele!"

In den Buchregalen fand ich kein einziges Buch über Auschwitz oder über die Naziverbrechen im allgemeinen. Dafür strotzte es nur so von antisowjetischen, revanchistischen und militaristischen Schriften.

Aus dem Buchgeschäft kehrte ich mit einer vom hiesigen Verlag herausgegebenen "Geschichte der Stadt Günzburg" zurück. Aus ihr erfuhr ich, daß ein weiterer bekannter Nazi — Franz Xaver Schwarz, ein Hitler-Intimus, der bereits 1922 der NSDAP beitrug und in ihr das einflußreiche Amt des Schatzmeisters bekleidete — von hier stammt. Doch der Autor Paul Auer lobpreist Schwarz als Wohltäter der Stadt. Wie sich herausstellt, hatte Schwarz in Günzburg das "HJ-Heim" aufgebaut, "das ... mit weißen Sälen, mit Spiel- und Sportplatz... Stätte geselliger Spiele und Abende wurde". Der gleiche Ton auch gegenüber der Familie Mengele: "Die Geschichte unseres Waldbades beginnt mit einer Spende von 30 000 DM, die der Ehrenbürger der Stadt, Fabrikbesitzer Karl Mengele, ... der Stadt zur Anlage eines Freibades überwies."

Der Ehrenbürger Karl Mengele, nach dem man eine Straße in Günzburg benannte, ist der Vater des Mörderarztes. Karl Mengele war selbst Mitglied der NSDAP und sogar eine der Lokalgrößen der Hitlerpartei. Papa Mengele wußte sehr wohl, womit sich sein Sohn befaßte... Er besuchte ihn sogar einmal zu Weihnachten in Auschwitz. Mengele sen. überstand den Krieg wohlbehalten. Das Werk und mit ihm zusammen die wahre Macht in der Stadt blieben in seiner Hand. Josef Mengele aber, der aus Auschwitz floh, als sich die Sowjetarmee dem Lager näherte, lebte in den ersten Nachkriegsjahren entweder in Günzburg oder besuchte die Stadt wiederholt.

Daß sich Mengele nach dem Krieg in Günzburg aufhielt, ist kein Gerücht, sondern eine Tatsache, die die Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. bestätigte. In einer 1964 abgegebenen Erklärung hieß es: "... "wo er" (Mengele) "sich in den letzten Jahren mehrmals unter falschem Namen zu Besuchen aufgehalten und sich auch mit seiner Frau getroffen habe. Es steht fest, daß sich Mengele bis 1950 in (West)-Deutschland aufgehalten habe. Während dieser Zeit sei er auch in seinem Heimatort Günzburg gewesen, wo sein Bruder" (Alois) "eine Landmaschinenfabrik führe. Möglich sei, daß der einstige KZ-Arzt von dieser Seite finanzielle Unterstützung ... finde. Es stehe jedenfalls

fest, daß Günzburg noch heute wie eine verschworene Gemeinschaft hinter der Familie Mengele stehe."

Zweifelsohne hat Josef Mengele Kontakte zu seinen Angehörigen unterhalten und unterhält sie möglicherweise auch heute noch. Die Ehefrau eines in den 50er Jahren verstorbenen seiner drei Brüder, Martha Mengele, wurde später Josefs Frau. Auf dieser Eheschließung hatte Mengele sen. bestanden, der das Familienvermögen zusammenhalten wollte. Die Hochzeit soll in Uruguay stattgefunden haben. Marthas Sohn von ihrem ersten Mann, einer der jetzigen Firmeninhaber, Karl-Heinz, ist also zugleich Neffe und Stiefsohn Josef Mengeles.

Martha Mengele lebt heute in Meran (Italien). Warum gerade dort? Vielleicht deshalb, weil diese Stadt "Zwischenstation" auf dem Weg von Naziverbrechern nach Lateinamerika war?

"Die Entwicklung des Hauses Mengele ist Stadtgeschichte, denn es gehört zu uns, in der gleichen verbindenden Weise, wie wir den Namen dieser Stadt mit seinem Namen verbunden haben." Der Mann, der das einmal sagte, ist der Oberbürgermeister von Günzburg, der Sozialdemokrat Rudolf Köppler. Er übt dieses Amt bereits 15 Jahre aus. Unter Köppler wurde einer von Josef Mengeles Brüdern, Alois, Ehrenbürger der Stadt.

Der Oberbürgermeister begrüßte mich überraschend in Russisch (was er während seines Studiums in Westberlin gelernt hatte). Dann aber, ins Deutsche übergehend und, ohne meine Fragen abzuwarten, begann er davon zu sprechen, daß

Josef Mengele natürlich einen "entsetzlichen Schatten auf die Stadt" werfe. Das, was er verbrochen habe, sei barbarisch, und jeder müsse alles tun, damit sich derartiges nie wiederhole. Es sei ja ein Zufall, daß Mengele gerade in Günzburg geboren sei.

Einige Journalisten, fuhr Köppler fort, verbreiten die Legende von Günzburg als einer Hochburg unverbesserlicher Nazis. Doch dem sei nicht so. In Günzburg gebe es natürlich Leute, die für die neonazistische NPD stimmten — doch nicht viele. Die Stadt sei also nicht schlechter und nicht besser als andere auch...

Eben so entschieden wie Köppler verteidigte auch der CSU-Landrat Georg Sinnacher die "Ehre der Stadt". Natürlich sei Josef Mengele, wie er mir sagte, eine Schande für die Stadt... Sie sagten, die Menschen hätten Angst, sich über Mengele zu äußern. Das könne man ja verstehen. Sie wollten dem Ruf der Firma nicht schaden. Die Stadt habe eine hohe Arbeitslosigkeit — 12,5 Prozent. Was aber werde sein, wenn die Firma, die ein Viertel der Arbeitsplätze in der Stadt biete, Aufträge verlöre?

... Zurückgekehrt nach Bonn, gehe ich die in meiner Abwesenheit angehäufte Post durch. Dabei stoße ich in der "UZ" auf die Meldung, daß die Behörden des Kreises Friedberg (Bundesland Hessen) eine Auschwitz-Ausstellung untersagten. Da muß ich mich an die Worte des Oberbürgermeisters von Günzburg erinnern: "Unsere Stadt ist nicht besser und nicht schlechter als andere auch..."

A. TOLPEGIN
Günzburg—Bonn NZ-Korrespondent

BIOGRAPHISCHES



OBERBEFEHLSHABER DER VOLKSSTREITKRÄFTE UND VORSITZENDER DES PROVISORISCHEN MILITÄRRATES DES SUDAN, GENERALOBERST ABDEL RAHMAN SEWAR ED-DAHEB

Geboren 1934 in Omdurman (Sudan). 1958 absolvierte er das Militärcollege in Khartum im Rang eines Oberleutnants. Studierte ferner an Militäreinrichtungen in Großbritannien und Jordanien, absolvierte die Nasser-Militärakademie in Kairo.

A. R. S. Ed-Daheb diente

in verschiedenen Einheiten der sudanesischen Armee. den militärischen Umsturz War Militärattache bei der im Sudan am 6. April Botschaft Sudans in Uganda. 1985 leitete, gab im Namen Seit 1976 tätig im Generalstab der Volksstreitkräfte des Sudan. Im März 1985 durch Erlaß von Präsident Nimeiri ernannt zum Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte der demokratischen Republik Sudan.

A. R. S. Ed-Daheb ist Mohammedaner, verheiratet, Vater von fünf Kindern.



Lew JELIN

Was schwebt uns bei dem Wort Sklaverei vor! Das alte Rom. Gladiatoren. Spartakus. Amerika. Sklavenhandel. Plantagen. Der Krieg zwischen Norden und Süden. Das alles kennen wir aus Schul- und anderen Büchern, es ist Geschichte. Aber auch jetzt, am Ende des 20. Jahrhunderts, gibt es Sklaven und Sklavenhalter und obendrein die schändliche Kindersklaverei.

Die Arbeitsgruppe der UNO für die Bekämpfung der Sklaverei ist zu dem traurigen Schluß gelangt, daß es — ungeachtet gesetzlicher Verbote und der von der UNO 1959 verabschiedeten Erklärung der Rechte des Kindes — auf der Welt noch immer Zwangsarbeit für Kinder gibt. Wie der Genfer Berichtsteller des Pariser "Monde" schrieb, ist die moderne Sklaverei grenzenlos. Man hat neue, nicht weniger haarsträubende Knechtungsmittel als in früheren Jahrhunderten gefunden, und die UNO mußte dem Begriff Sklaverei sogar eine weitergespannte Auslegung geben. Jetzt zählt dazu "eine beliebige Form der Ausbeutung von Menschen, eine beliebige Gewalt, die Menschen Leiden und Qualen zufügt und ihnen die Freiheit nimmt".

Es gibt viele Millionen solche "neuen Sklaven". Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge arbeiten in den Entwicklungsländern 75 Millionen Kinder zwischen 8 und 15 Jahren. UNO-Experten

schätzen die Zahl der kleinen Arbeiter in der ganzen Welt fast auf das Doppelte. Genaue Angaben kann es nicht geben, mit der Zahl der Sklaven brüstet sich heutzutage niemand.

Die Wurzel des Übels

Man betastet die Armmuskeln, sieht einem Kind in die Zähne. Was tuts, daß das noch die Milchzähne sind, dafür ist so eine Arbeitskraft billig.

Die Sklavenmärkte, die mancherorts fast ungetarnt sind, leiden nie Warenmangel. In Peru kann man ein Mädchen zwischen 7 und 14 Jahren für die Hausarbeit kaufen. In der RSA kostet ein kleiner schwarzer Boy 1,88 Dollar im Monat.

Es gibt Gegenden, wo die Sklaverei noch in ihrer uralten Form besteht: glühende Sonne, Plantagen, die Aufseherpeitsche. In Mexiko ernten 20 000 Kinder zwischen 8 und 14 Jahren Zuckerrohr. In Brasilien verwendet man dazu schon

Siebenjährige, auf den Kokospalmpflanzungen Malaysias sogar Sechsjährige. Der berühmte Ceylontee entsteht unter den Händen Fünfjähriger. Die Sterberate unter ihnen ist doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt.

Die Plantagen sind aber nicht immer das größte Übel. Die kleinen kolumbianischen Bergleute haben es kaum leichter als die Plantagenarbeiter. Sie leisten nicht soviel wie die Erwachsenen. Dafür können sie aber aus den engsten, also auch gefährlichsten Flözen Kohle herausholen und gehen öfter als die Erwachsenen zugrunde. Kleine Glasbläser in Brasilien haben Tuberkulose. Hongkonger Mädchen, die täglich 12–14 Stunden in elektronische Apparate feinste Drähte einlöten, erblinden.

Das Sozialforschungsinstitut der Universität Kuala Lumpur (Thailand) hat am Beispiel der Nordostprovinz Buriram folgende Statistik erarbeitet: 90 Prozent der landlosen Bauern verkaufen einen Sohn oder eine Tochter nach Bangkok, wo etwa 6000 halblegale, angebliche Familienbetriebe bestehen. Jedes Jahr werden rund 40 000 Käufe getätigt. Den Eltern werden 50–100 Dollar gezahlt, was sie nicht aus der Not rettet. Dafür aber braucht in der Familie ein Mund weniger sattgemacht zu werden.

Die "Newsweek" (USA) berichtet von einem thailändischen Mädchen namens Rampai, das für ein Jahr an den Besitzer eines solchen "Familienbetriebs" für Garne verkauft wurde. Außerdem waren da noch 13 kleine Mädchen. Sie arbeiteten in einem finsternen, muffigen Raum sechs Tage in der Woche je 10 Stunden, schliefen auf dem Fußboden, bekamen zu wenig zu essen und durften nicht krank werden, denn auch die Kranken mußten ihr Soll schaffen, sie wurden mit Stockschlägen angetrieben.

"Wenn Kinder ohne normale Beleuchtung und Ernährung eingesperrt sind und sich niemand um ihre Gesundheit kümmert, so grenzt das an Sklaverei", zitiert die "Newsweek" einen thailändischen Experten.

Es ist Sklaverei.

Die Leiter des UNICEF(UNO-Kinderfonds) konstatieren: "Es ist traurig, aber wahr: In den meisten Entwicklungsländern müssen, damit die Familie nicht zugrunde geht, Kinder zwischen 12 und 15 Jahren arbeiten." Richtiger wäre: zwischen 5 und 15. Die Wurzel des Übels ist die aus der Kolonialzeit stammende Zurückgebliebenheit dieser Länder. Die Kolonialmächte pumpten aus den Kolonien in Asien, Afrika und Lateinamerika ihre Naturschätze heraus und stellten sie größtenteils auf den Anbau von Nutzpflanzen ein, an denen sie selbst interessiert waren. Daher die "angeborene" Unter-

entwicklung der Infrastruktur, die absurde Beschäftigungsstruktur und das erschreckende Elend. Schuld ist auch, daß die "Mutterländer" den Kolonien Milliarden oder sogar Billionen abgezapft haben. Leider ist die Nabelschnur noch ziemlich fest, um so mehr, als der Kolonialismus vom Neokolonialismus abgelöst worden ist, der genauso auf Raub ausgeht.

Angehende Millionäre

So ist es in den armen Entwicklungsländern. Und wie im Westen?

Wir lesen in der "Newsweek": "In der dritten Welt arbeiten Kinder, um zu essen. In den USA tun sie es, um Taschengeld oder einen Wagen zu haben." Das ist ebenso wahr wie die Legende vom kleinen Schuhputzer auf dem Broadway, der Chancen hat, Millionär zu werden. Es müßte zehn Broadways geben, um alle kleinen US-Bürger zu fassen, die ein Sklavendasein fristen.

Man nennt sie Naßbrücken oder grüne Vagabunden, die arbeitslosen US-Amerikaner und Einwanderer, die allein oder mit Familie durch die Agrarstaaten der USA ziehen und sich für Erntearbeiten verdingen. Manchmal zahlt man ihnen ein wenig, oft aber gar nichts. Sie bekommen Abfälle zu essen, werden eingesperrt, und es kommt auch vor, daß man bei einem Fluchtversuch auf sie schießt. Wer dürfte da nicht an die "guten alten Zeiten"? Es ist, als hätte General Grant General Lee nicht geschlagen, als hätte der Norden nicht gesiegt. Im heutigen Kalifornien, Arkansas, Florida und Virginia lebt die Sklaverei des Südens fort. Von den Landarbeitern sind 25 Prozent Kinder. Sie bringen den vierten Teil der Obsternte ein. Die gleichen Plantagen, die gleiche Sklavenarbeit, bloß nicht in der armen dritten Welt, sondern im reichen Westen.

Darüber wird nur selten geschrieben, gewöhnlich wenn etwas besonders Schlimmes ans Licht kommt, wie z. B. der Skandal in Michigan, wo das respektable Farmerpaar Ike und Margharete Kozminski elf Jahre lang seinen Landarbeitern nur Trockenbrot und Hühnerfutter vorsetzte und sie 17 Stunden täglich arbeiten ließ. Nur zweimal im Jahr zahlten sie ihnen Lohn: je 3 Dollar zu Weihnachten und zu Ostern.

Diese sind irgendwie durchgekommen, ein anderer, ein 14-jähriger Landarbeiter, aber wurde 1981 in einer kalifornischen Apfelsinenpflanzung von einem Kran erdrückt.

Die Kinder der illegalen Einwanderer aus Lateinamerika und Asien arbeiten in den USA in "Familienunternehmen" wie den thailändischen, nur daß sie in den USA Schwitzbuden genannt werden. Es gibt sehr viele, sogar in New York. Durch Beschäftigung von Einwanderern und erst recht ihren Kindern, denen man wenig zu

zahlen und die man ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften unter beliebigen Bedingungen arbeiten lassen kann, treiben die Unternehmer die Rentabilität ihrer Fabriken und die eigenen Gewinne enorm in die Höhe. Außerdem brauchen sie keine Sozialabgaben zu leisten, so daß die Schwitzbuden und die Sklavenarbeit von Kindern in den Augen der Unternehmer eine großartige Kapitalanlage sind.

Auch der Handel mit Kindern ist in Amerika keine Seltenheit. Unlängst wurde eine Bande ausgehoben, die auf Taiwan ihr Unwesen trieb. Ein Ehepaar kaufte bei Eltern Kleinkinder bis zu 3 Jahren und beförderte sie nach den USA und nach Kanada. Die Verbrecher schafften etwa 200 solche Geschäfte. Nelda Coldwell aus Layton (Bundesstaat Utah) lebte auch davon, kleine Lateinamerikaner "unterzubringen". Sie brachte 70 solche Geschäfte unter Dach und Fach. Die Zeitung "2001" (Venezuela) schrieb, daß Sklavenhändler allein in den beiden letzten Monaten 1984 über 100 Kinder aus Honduras nach den USA verschoben. Das Geschäft ist lohnend. Die neuen Eltern aber, die dafür 3000 bis 10 000 Dollar anlegen, gehen ein Risiko ein. Wie, wenn ihnen das gelieferte Kind nicht gefällt? Es gibt übrigens eine Menge Arten, aus einem Kind das ausgegebene Geld herauszupressen. Man kann daraus z. B. einen Filmstar machen, allerdings nicht für Filme, die öffentlich gezeigt werden. Oder man kann gekaufte oder eigene Kinder auf den Strich gehen lassen. Der Zeitschrift "Panorama" (Italien) zufolge sind mindestens 600 000 kleine Jungen und Mädchen in den USA Opfer elterlicher Zuhälter geworden.

Das Pornogeschäft floriert immer mehr. Dafür werden oft Kinder mißbraucht, die solche Erzeugnisse nicht einmal sehen dürften. Der "Nouvel Observateur" (Frankreich) schreibt: "In Amerika ange-

stellte Forschungen haben ergeben, daß man durch Stimulieren der Nachfrage mit Hilfe der Reklame auch die Produktion stimulieren kann. Man gewöhnt die Leute an den Gedanken, daß der Geschlechtsverkehr mit Kindern tragbar sei." Kein Wunder, daß im Westen jedes Jahr Zehntausende Sexualverbrechen an Kindern verübt werden. In den USA besteht ganz ungetarnt eine Organisation namens Man-boy love, die Liebesbeziehungen zu 3-jährigen Jungen verächtet.

Macht man kleine Menschenlein, die noch nicht willensstark genug sind und keine Widerstandsfähigkeit haben, zur Ware und preßt sie in eine widernatürliche Rolle, so ist das Sklaverei, obwohl gewisse Leute in den USA und in Westeuropa es Freiheit nennen — eine freie Gesellschaft bringe eine freie Moral hervor. Dabei sind Kinderprostitution und Notzuchtvergehen an Kindern nichts anderes als Ausgeburt dieser absoluten, schrankenlosen "Freiheit".

"Elisabeth privat"

Am 27. August v. J. wurde im Hotel "Holyday Inn" in Eindhoven (Niederlande) auf Zimmer 730 die Leiche der 6-jährigen Thea Puijsbroeck gefunden. Todesursache: eine Überdosis Rauschgift.

Die Sache war abstoßend. "Wir brauchten unsere ganze Selbstbeherrschung, um uns den Verdächtigen gegenüber nicht zu vergessen", sagte der Untersuchungsbeamte Van Shaik. "Um so mehr, als die Mutter des Kindes dazugehörte. Sie heißt Jopie und geht auf den Strich. In den letzten Jahren 'arbeitete' sie in dem drittklassigen Etablissement 'Elisabeth privat' in der Haarlemmermeerstraat 26. Diese liegt im Südwesten Amsterdams, in einem kleinbürgerlichen Viertel. Blumen auf den Fensterbrettern und bunte Gardinen im holländischen Stil. Das Etablissement gehörte einem Ehepaar namens Iwan und Elisabeth. Ihnen vertraute Jopie die Obhut ihrer Tochter an. Das Zuhälterpaar gab der Kleinen Kokain zu schnupfen ("das ist Aspirin, Kindchen, damit dir der Kopf nicht wehtut") und trieben mit ihr ihre Späße.

Thea Puijsbroeck und ihre Mutter.
Die Polizei hat keine Beweise
Fotos: "L'Express"
und "Nouvel Observateur"
(Frankreich)



Das Kind bekam Krämpfe. Das nette Paar machte sich davon und ließ das Kind in dem leerstehenden Zimmer sterben.

Später beschlagnahmte die Polizei bei dem Pärchen eine Videokassette, in der die kleine Thea in der Hauptrolle zu sehen ist.

Wußte die Mutter von alledem? Das sei kaum zu beweisen, meint die Polizei. Sie hat es aber bestimmt gewußt, aber geschwiegen, weil sie von den Unternehmern des "Privatetablissemments" Rauschgift bekam und Angst hatte, gefeuert zu werden.

"Sex plus Rauschgift plus Kinder — abscheulich!" schreibt der "Nouvel Observateur". Und so sieht die neue Sklaverei des 20. Jahrhunderts aus.

Für kleine Gentlemen

Wieviel kleine Sklaven gibt es in Westeuropa? Die genaue Zahl ist unbekannt. Tatsache aber ist z. B., daß man sich in Westberlin billig einen Jungen oder ein Mädchen bei einem überflüssig gewordenen "Gastarbeiter" kaufen kann.

BRD. Dem Bonner "General-Anzeiger" zufolge werden in der BRD ca. 60 000 Kinder bis zu 14 Jahren mit Arbeiten beschäftigt, die ihnen verboten sind. 9- bis 10jährige Deutsche bedienen Drehbänke oder arbeiten auf Bauten. Unfälle sind etwas Alltägliches. Empört fügt das Blatt hinzu, das erinnere an mittelalterliche Sklaverei. Welches Bundesland ist am weitesten damit vorgeschritten? Bayern.

Italien. Was ist aus dem "Bambinokult" geworden? Claudio Betti von der Sozialfürsorge sagt: "Es sieht so aus, als ob die Verzweiflung über das Elend die herkömmlichen Familienbände zerstört. Bleibt nur die Ausbeutung." Sie ist erbarmungslos. Die Eltern des Michele Colluna verkaufen den Jungen auf dem Markt seiner Vaterstadt für einige tausend Lire und 4 kg Käse als Hirtenjungen. Dafür arbeitete Michele von 3 Uhr morgens bis zum Sonnenuntergang. Mehrmals versuchte er zu fliehen, die Eltern schickten ihn aber immer wieder zurück. Das Kind nahm sich das Leben.

In Neapel arbeiten 100 000 Kinder. "Wir bekommen vielleicht wenig, aber was ist zu machen?" sagt ratlos der "Ernährer", der die Schulbank drücken sollte, statt hinterm Ladentisch zu stehen. Und er hat recht. In seiner kleinen Welt herrscht auch eine wenn auch statistisch nicht erfaßte Arbeitslosigkeit. Jederzeit findet sich wohl ein Dutzend Gleichaltriger, die nur zu gern seine Stellung haben möchten.

Spanien. Hier hat die Sache etwas Spezielles. Ja, die spanischen Kinder arbeiten wie die deutschen und italienischen in Fabriken und Werkstätten, auf Bauernanwesen und in Läden. Aber wie die Zeitschrift "Cambio 16" (Madrid) schreibt, "ist die weitestverbreitete Form

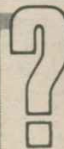
der Ausbeutung von Kindern in Spanien die Straßenbettelei".

Großbritannien. Dort arbeiten 1,5 Millionen Kinder, nur 25 Prozent von ihnen zusammen mit den Eltern, die übrigen entweder, wo Kinderarbeit verboten ist, oder zu einer Zeit, wenn nicht gearbeitet werden darf. Das Zeitungsaustragen in aller Herrgottsfrühe ist eine Beschäftigung für Gentlemen, und wahrscheinlich erzieht sie den kleinen Engländer zu der im Leben so notwendigen Pünktlichkeit. Was lernt man aber beim Ausmistern von Pferdeställen auf der Rennbahn oder aber beim Aufräumen in einem Restaurant, womit oft kleine Engländerinnen beschäftigt werden.

Bis zu 20 Prozent der Londoner Schulkinder fehlen oft. Viele nicht, weil sie ins Kino, sondern weil sie auf Arbeit gehen. Der "Monde" (Paris) schreibt: "Die meisten sind überzeugt, daß eine Berufsausbildung nichts bedeutet, weil man nach der Schule sowieso arbeitslos wird." Die bittere Ironie liegt darin, daß man bis zu 16 Jahren leichter Arbeit findet, weil Kindern weniger gezahlt wird. Ein Engländer, der lange Arbeitslosenunterstützung auszahlte, erzählt: "Ich kenne viele Familien, die zum erstenmal mit der Arbeitslosigkeit zu tun bekommen und bei denen nur ein Sohn oder eine Tochter Arbeit hat. In solchen Fällen sehen die Eltern den Kindern die verbotene Arbeit nach."

Ebenso wie auf anderen Arbeitsmärkten für Kinder merkt auch in England keiner was bis zum nächsten Skandal. Im Abstellraum einer Fleischerei fand ein 14jähriger Junge, der dort arbeitete, 1982 den Tod. Das Messer glitt ab und zerschnitt ihm die Schlagader an der Hüfte. Da kam das Problem ins Gespräch. Bald aber verstummte es wieder. Für die Beschäftigung von Kindern werden in Großbritannien im Jahresdurchschnitt zwei Unternehmer belangt. Etwas wenig, wenn man bedenkt, daß nach Angaben der Organisation "Low Pay Unit" 59 000 Kinder allein in diesem Jahr schon schwere Betriebsunfälle hatten, nicht wahr?

"Die Krise hat Kinderarbeit hervorgebracht", faßt der "Monde" zusammen. Richtiger ist, daß die kapitalistische Ausbeutung die Schuld an der Kinderarbeit trägt. Wo Arbeitslosigkeit und Not herrschen, wo ein Mann seine Familie nicht ernähren kann und ein anderer Lohngehalt sparen möchte, wo der Gewinn wichtiger als alle ethischen Begriffe ist und die heiligsten menschlichen Gefühle abtötet, da entstehen "Familienunternehmen" und "Familiensyndikate", da florieren Kinderhandel und Kinderprostitution. Da ist die Kindersklaverei ganz in der Ordnung.



Mit welchem Recht behalten die USA den Teil Kubas, in dem sich der Marinestützpunkt Guantanamo befindet? S. ZARJOW

Gebiet Archangelsk,

RSFSR
Den "auf ewige Zeiten" lautenden Pachtvertrag über 117 Quadratkilometer kubanischen Gebiets an der Bucht Guantanamo zwingen die USA Kuba am 16. Februar 1903 auf. Er wurde aufgrund der sogenannten Platt-Ergänzung zur kubanischen Verfassung geschlossen. Eine der acht Bestimmungen verpflichtete Kuba, "den USA Gelände zu verkaufen oder verpachten, die sie für Kohlen Speicher und Piers brauchen". Die Ergänzung verstieß gröblich gegen die 1902 nach langjährigem Unabhängigkeitskampf der Kubaner verkündete Souveränität der Republik Kuba. Im Laufe des Krieges zwischen Spanien und den USA, der 1898 endete, besetzten US-Truppen die Insel und erklärten, sie würden sie nur bei Annahme der Platt-Ergänzung verlassen.

Im Pachtvertrag über Guantanamo heißt es, das Territorium werde von den USA "so lange, wie sie es für nötig erachten", benutzt werden.

Heute ist Guantanamo einer der wichtigsten Marine- und Luftwaffenstützpunkte der USA in der Karibik. Dort befinden sich ein Flugplatz für schwere Transportflugzeuge, zwei für die Luftwaffe und Marineflugzeuge, ferner Magazine für Heeresgut, Treibstoff und Proviant; Startanlagen für Boden-Luft-Raketen. Die Besatzung ist 5000 Mann stark.

Das Bestehen des Stützpunkts läuft der jetzigen, 1976 beschlossenen Verfassung Kubas zuwider, deren Artikel 10 lautet: "Kuba verwirft die von ihm als widerrechtlich und ungültig befundenen Verträge, Pakte und Konzessionen, die auf ungleicher Basis zustande kamen oder seine Souveränität mißachten oder aber schmälern." Die Regierung Kubas erklärt, sie werde den Kampf um Rückerstattung des Teils der Insel nicht aufgeben, dafür aber nach Möglichkeit friedliche Mittel und Wege suchen.

Die sowjetische Presse hat viel über den Streik der britischen Bergleute geschrieben. Doch warum ignorieren Sie die Tatsache, daß es dabei ja um die Schließung unrentabler Gruben geht? Sollte man etwa Betriebe, die nicht mehr rentabel sind, weiter aufrechterhalten? Ich bin davon überzeugt, daß auch bei Ihnen unrentable Betriebe geschlossen werden.

Bryan REDCLIFF
London, Großbritannien



Es diskutiert

APN-Kommentator

Wladimir

GREWITSCH

Nein, Mr. Redcliff, die sowjetische Presse hat keineswegs das Argument der britischen Behörden ignoriert, es gehe dabei um die Schließung unrentabler Schächte. Es kommt ja gar nicht so selten vor, daß ein Betrieb seine Rentabilität verliert. Wir verstehen, daß die Wirtschaftswissenschaftler, auf deren Einschätzungen sich Whitehall stützt, auch recht haben können. Damit Sie aber verstehen, warum die sowjetischen Menschen die Handlungen der britischen Behörden trotz allem als ungerecht ansehen, wollen wir auf unsere Erfahrungen bei der Lösung ähnlicher Probleme verweisen. Nehmen wir die besagte Kohleindustrie. Infolge der verschlechterten Förderungsbedingungen in den erschlossenen Lagerstätten bringt dieser Zweig der sowjetischen Wirtschaft seit 1977 insgesamt Verluste. Natürlich erwirtschaften manche Betriebe einen Gewinn, doch zwei Drittel der Produktionsvereinigungen benötigen staatliche Subventionen. Aus "reinen" Rentabilitätsbetrachtungen sollten sie geschlossen werden. Doch es gibt auch andere Erwägungen, die von einer übergeordneten Rentabilität diktiert werden. Sollten ja nicht nur die augenblicklichen, sondern auch die langfristigen wirtschaftlichen Erfordernisse berücksichtigt werden. Die Kohle ist der wichtigste organische Brennstoff, über den sowohl die UdSSR als auch die meisten anderen Länder, einschließlich Großbritanniens, verfügen. Deshalb sind wir bemüht, den Kohleanteil am Energiehaushalt aufrechtzuerhalten und langfristig sogar zu erhöhen. Wenn man sich nur von reinen Kosten-Gewinn-Rechnungen leiten läßt und die unrentablen Gruben schließt, hat das ernsthafte Folgen und stört die Proportionen der energiewirtschaftlichen Entwicklung.

Wozu die rücksichtslose Profitjagd führt, zeigen die Erfahrungen westlicher

Länder. Seinerzeit war das Erdöl billig, und seine Vorräte schienen unerschöpflich, so daß die kapitalistischen Staaten die Kohleförderung drosselten. Deshalb war, als die Energiekrise ausbrach, die Kohleindustrie im Westen schwer angeschlagen. Vergleichen Sie, Mr. Redcliff, doch die Milliarden Pfund Sterling, die für die Aufrechterhaltung der Kohleförderung erforderlich wären, mit den Dutzenden, ja Hunderten Milliarden Pfund, die aufgebracht werden mußten, um den durch die Energiekrise angeordneten Schaden zu decken. Die UdSSR hat eine solche Krise nicht durchgemacht. Nicht nur, weil sie rechtzeitig Mittel in die Erschließung der Öl- und Gasvorkommen Sibiriens investierte (übrigens bezeichneten in der damaligen Weltkonjunktur westliche Spezialisten diese Investitionen gleichfalls als "unrentabel"), sondern auch, weil sie ihre Kohleindustrie planmäßig ausbaute.

Es gibt noch einen anderen wichtigen Aspekt. In der UdSSR sind heute 525 Gruben und 63 Tagebaue in Betrieb. Einige von ihnen drosseln jetzt ihre Förderung. Doch, wie ich bereits darlegte, wollen wir diese Betriebe nicht aufgeben. Solange es möglich ist, versuchen wir, das Leben der alten Gruben durch Modernisierung und Rekonstruktion zu verlängern. Die Erfahrungen unseres Landes zeigen, daß dies eine durchaus reale, wirksame Methode zur Bekämpfung der Unrentabilität ist. So war der berühmte Kotschegarka-Schacht im Donezbecken über 100 Jahre in Betrieb, die Förderung war dort rückläufig. Heute, nach der Rekonstruktion, liefert er mehr Kohle als je zuvor.

Natürlich werden auch bei uns Gruben geschlossen. Doch bleiben die Bergleute nicht arbeitslos. Wir meinen, daß ökonomische Beschlüsse nicht ohne Berücksichtigung der möglichen sozialen Folgen gefaßt werden dürfen. Im Donezbecken müssen die Kiwskaja-Grube und die Fominskoje-Grubenverwaltung geschlossen werden — sie bauen die letzten Lagerstätten ab. Dort sind 1500 Bergleute tätig. Diese Frage wurde vom Ministerium für Kohleindustrie, den örtlichen Behörden und den Gewerkschaftsorganisationen erörtert. Dann beschloß man, in unmittelbarer Nähe einen neuen Tiefschacht anzulegen. Seiner Kapazität nach wird er um das 3,5fache die beiden

alten Gruben überbieten und 2740 Arbeitsplätze schaffen. In ein bis anderthalb Jahren soll der Schacht in Betrieb genommen werden.

Sie fragen, was zu tun sei, wenn die Kohlevorräte in der betreffenden Region ganz erschöpft sind und es sinnlos ist, daneben einen neuen Schacht anzulegen. Eine derartige Situation gibt es in keinem der 20 britischen Schächte, die die Behörden schließen wollen. Doch derartige ist natürlich nicht ausgeschlossen. So wurde in Nowowolynsk (Ukr. SSR) in den 70er Jahren deutlich, daß die Förderung in den hiesigen Gruben zurückgehen würde. Zusätzliche geologische Untersuchungen zeigten, daß nur einige Gruben ausreichende Lagerstätten besaßen. Doch natürlich konnten diese Gruben nicht die Menschen von den zu schließenden Schächten aufnehmen. Ein Teil der Bergleute konnte in andere Landesteile gehen, wo neue Kohlevorkommen abgebaut werden und sogar ein Arbeitskräftemangel zu verzeichnen ist. Doch weitaus nicht alle wollten ihre Heimatstadt verlassen. Da entschlossen sich die Planungsbehörden, Nowowolynsk als Standort für einen Betrieb, der technologische Anlagen für die elektrotechnische Industrie erzeugen soll, zu wählen. Seiner Lage und einigen anderen Kriterien nach war Nowowolynsk im Grunde nicht ganz dafür geeignet, doch ging es hier um die Lösung eines akuten sozialen Problems. So wurde Ende der 70er Jahre die erste Baustufe des Werkes in Betrieb genommen. Dort fanden nach einer auf Staatskosten erfolgten Umschulung die Bergleute der stillgelegten Gruben Arbeit. Nicht wahr, Mr. Redcliff, "rein wirtschaftlich" gesehen, nicht die optimale Variante. Man hätte auch eine "rentablere" Lösung finden können. Aber unter sozialem Aspekt?

Übrigens bedeutet all das nicht, die UdSSR würde eine Position der "ökonomischen Romantik" vertreten. Wir streben zweifelsohne danach, daß unsere Betriebe rentabel sind, daß sie Gewinn bringen. Hier kommt der Vervollkommenheit des Systems der Planung und Leitung, der Preisbildung und der Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine nicht geringe Rolle zu.

Daran wird jetzt gearbeitet. Mit zunehmender Ausrüstung der bestehenden Gruben durch noch modernere Technik und der Inbetriebnahme neuer leistungsstarker Tagebaue im Ostteil der UdSSR wird die Rentabilität unserer Kohleindustrie gleichfalls steigen. Doch wir wollen keinesfalls die Gewinne der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter steigern. Nicht von ungefähr wurde auf dem April-Plenum (1985) des ZK der KPdSU unterstrichen: Die gesamte ökonomische Entwicklung des Landes muß letztlich den Interessen der sowjetischen Menschen untergeordnet sein.

PS

Operation "Offene Tür"



Die Führer der Republikanischen Partei der USA starteten eine Operation unter der Bezeichnung "Offene Tür". Ihr Ziel ist es, innerhalb von 100 Tagen 100 000 Demokraten zu den Republikanern hinüberzuziehen. Doch wie? Natürlich durch intensive Bearbeitung, durch Kritik am Kurs der Demokraten sowie unter Hinweis auf die Beispiele jener führenden Demokraten, die bereits zu Reagans Partei übergewechselt sind. In die Operation soll eine halbe Million Dollar investiert werden. Zudem will man "Newsweek" zufolge größeren Fischen auch Geld anbieten.

Wie französisch ist die Küche?

Die nationale Küche ist der Stolz der Franzosen. Doch laut einem im Auftrag des Kultur- und des Landwirtschaftsministeriums erstellten Bericht ahnen die Feinschmecker beim Besuch bekannter Restaurants kaum, daß ihre Bestellungen meist von ausländischen Köchen, zudem auf gleichfalls importierten Kochplatten zubereitet werden. Reuter meldet ergänzend, die Speisen würden meist auch auf importierten Tellern gereicht.

Feind hört mit



Die Obersten des Bundesamtes für Verfassungsschutz halten ihre Mitarbeiter für zu geschwätzig. Damit sie in Zukunft weniger ausplaudern über ihre unsauberen Arbeitsmethoden, ließ der Verfassungsschutzboß in den Diensträumen Aushänge anbringen, die zum Schweigen aufrufen. Derartige Aushänge sind dem Magazin "Stern" zufolge nichts Neues. In der Nazi-Zeit konnte man auf Schritt und Tritt lesen: "Schweigt und warnt jeden, der schwatzt. Pst!"

Sage mir, wer dein Freund ist...



Auf der Zusammenrottung ehemaliger SS-Angehöriger Anfang Mai in Nesselwang (BRD) prahlten die Mörder nicht nur mit ihren Untaten im letzten Krieg. Sie lobten auch lautstark den "Mut" von US-Präsident Reagan, der trotz der Proteste der Öffentlichkeit den Nazifriedhof in Bitburg besucht hatte. "Er ist einfach ein Prachtkerl!" rief der Veteran der Division "Totenkopf", Johann Rosenberg, der "New York Times" zufolge aus. "Ich bin

entzückt von Präsident Reagan und möchte ihm die Hand drücken", erklärte ein anderer SS-Mann.

Danebengegriffen

Ronald Reagan küßte kürzlich bei einem öffentlichen Auftritt, bei dem er wieder einmal gegen Nikaragua hetzte, in rührender Manier ein Kind, das dem Publikum als "nikaraguanischer Flüchtling" präsentiert wurde. Doch das Spektakel platzte. Wie sich herausstellte, war es keineswegs ein nikaraguanisches, sondern ein amerikanisches Kind. Der britische "Observer" schrieb dazu: "In Washington spielt man weiterhin Theater. Doch wenn man dort nicht will, daß Reagans Politik völlig scheitert, sollte er beim nächsten Mal das richtige Kind küssen."

Auch ein Rekord

Ein Rekord ganz besonderer Art wurde von pakistanischen Zollbeamten aufgestellt. Der britischen Zeitung "Guardian" zufolge beschlagnahmten sie eine für Kanada bestimmte, 17,5 t schwere Haschischlieferung. Geschätzter Wert: 100 Mio Dollar. Das Rauschgift wurde in einer Gebirgsregion, ca. 50 km vor Karatschi, erst nach erbittertem Schußwechsel sichergestellt.

Adel verpflichtet

Charles James Spencer, Marquis von Standford, Sohn und Erbe des Herzogs von Marlborough, dessen Vermögen auf 50 Mio Pfund Sterling geschätzt wird, wurde des Versuchs für schuldig befunden..., auf der Suche nach Rauschgift eine Apotheke auszurauben. Der 29-jährige englische Adelige wurde der Madrider Zeitung "Pais" zufolge zu 1000 Pfund Geldstrafe verknackt. "Selbst die Mächtigen dieser Erde können wegen Rauschgift auf dem Boden der Gesellschaft landen", erklärte ein Londoner Richter bei der Urteilsverkündung.

Bordellwerbung

Das Bundesgericht Australiens fällte ein Urteil, das dem Streit zweier Puffmütter ein Ende bereitete. Sie hatten einander bezichtigt, die gleichen Reklamesprüche zu verwenden und Freier abzuwerben. Reuter zufolge wurde eine der beiden, eine gewisse Victoria Roberts, angewiesen, nicht mehr "exquisite Ladies" anzukündigen, da die Konkurrenz ihre Gunstgewerblerinnen mit den gleichen Worten anpreist.

In ohnmächtiger Wut

Der bekannte amerikanische Sänger Stevie Wonder, der kürzlich mit dem "Oscar" ausgezeichnet wurde, erklärte, er nehme diese Ehrung im Namen von Nelson Mandela — dem legendären Kämpfer gegen die Apartheid, der in einem südafrikanischen Gefängnis gequält wird — entgegen. In ohnmächtiger Wut untersagten die RSA-Behörden die Aufführung seiner Lieder im Lande.

Jedem Tierchen sein Pläsierchen



Auf die 51 Millionen Einwohner Frankreichs entfallen jetzt 9 Millionen Hunde (die Zahl der Katzen ist statistisch noch nicht erfaßt). Um dieses Heer von Vierbeinern zu ernähren, geben die Franzosen der Wochenschrift "Vie Ouvrière" zufolge alljährlich 10 Md. Franc (!) aus. Doch die Liebe zu den Hunden verlangt auch andere Opfer und Ausgaben. Die Vierbeiner beißen nicht selten: Jedes Jahr bekommen 500 000 Franzosen Hundezähne zu spüren.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines

AEROFLOT OFFERT
 die neue internationale Fluglinie
MOSKAU—DÜSSELDORF—MOSKAU

Nur drei Stunden braucht die TU 154
 für die 2400 km lange Strecke.

WILLKOMMEN IN DER UdSSR!



Flugplan

SU 201 TU 154 Sonntags	Flughafen	SU 202 TU 154 Sonntags
10.20 ab 11.30 an	Moskau Düsseldorf	an 17.40 ab 12.40
Sonntags	Flughafen	Sonntags

Ortszeit

Ausführliche Information
 über Aeroflot-Vertretungen
 in Ihrem Land.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Das RSA-Regime greift zu Terror und Gewalt, um die antirassistischen Massenaktionen im ganzen Land niederzuschlagen. Verstärkte Polizei- und Armee-Einsätze sperren die von den Unruhen erfaßten afrikanischen Siedlungen ab. Tränengasgranaten, Schrotsalven und MPI-Gasen sind die Antwort der Regierungstruppen auf die friedlichen Manifestationen der unbewaffneten Menschen. In den letzten Monaten wurden 350 Afrikaner getötet, sehr viele schwer verletzt oder verstümmelt. Aber trotz der Repressalien kann das RSA-Regime der anwachsenden Bewegung nicht Herr werden, die gegen die Apartheid auftritt.

Der gerechte Kampf der Afrikaner wird von allen unterstützt, denen die Apartheid verhaßt ist. Die Hilfe, die die Washingtoner Administration den rassistischen Fanatikern erweist, löst zunehmende Empörung aus. Die Administration verurteilt in Worten die Apartheid, mit ihren Taten aber behindert sie alle Versuche, die RSA einem Wirtschaftsboykott zu unterziehen. Die Gegner der Apartheid in der ganzen Welt, auch in den USA, solidarisieren sich mit dem Kampf der

SOLIDARITÄTSWOCHE FÜR DEN KAMPF DER VÖLKER IM SÜDEN AFRIKAS



Die Polizei schickt sich an, eine Demonstration zu sprengen

Eines der Opfer des Polizeieinsatzes

Völker im Süden Afrikas und prangern die Washingtoner Regierungskreise wegen ihrer faktischen Mittäterschaft bei den Verbrechen der Rassisten an.

Fotos: TASS



USA. Gegner der Apartheid protestieren

Beim Begräbnis eines von Polizisten ermordeten 20jährigen Afrikaners aus der Siedlung Alexandra

